



Vorarlberg
unser Land



Der Vorarlberger Weg – mit Mut und Verantwortung für unser Land

Arbeitsprogramm 2024 – 2029

IMPRESSUM:

Medieninhaber, Herausgeber, Verlagsort:

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landespressestelle
Landhaus, Römerstraße 15
6901 Bregenz

Hersteller, Herstellungsort:

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Abteilung Vermögensverwaltung
Hausdruckerei
6900 Bregenz

Bildrechte Cover:

Land Vorarlberg | ©(Schrus) Montafon Tourismus GmbH, Stefan Kothner | www.vorarlberg.at/datenschutz

***Der Vorarlberger Weg –
mit Mut und Verantwortung für unser Land***

Arbeitsprogramm

***der Vorarlberger Volkspartei (ÖVP) und der Vorarlberger Freiheitlichen (FPÖ)
für die XXXII. Gesetzgebungsperiode des Vorarlberger Landtags (2024 – 2029)***

Präambel

Die Vorarlberger Volkspartei und die Vorarlberger Freiheitlichen bilden auf Grundlage eines klaren Wählerauftrags bei der Landtagswahl am 13. Oktober 2024 eine gemeinsame Landesregierung. Das vorliegende Arbeitsprogramm für die XXXII. Gesetzgebungsperiode des Vorarlberger Landtags ist die Grundlage der Zusammenarbeit von Volkspartei und Freiheitlichen in der Landesregierung und im Landtag.

Die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist eine politische Kultur, die von Toleranz, Respekt und gegenseitiger Wertschätzung geprägt ist. Aufgrund der zahlreichen weltweiten Krisen der vergangenen Jahre, deren soziale und gesellschaftliche Auswirkungen auch bei uns im Land nach wie vor spürbar sind, ist es wichtiger denn je, dass die politischen Verantwortungsträgerinnen und -träger einen partnerschaftlichen, fairen und vertrauensvollen Umgang miteinander pflegen und das Gemeinsame vor das Trennende stellen.

Die Landesregierung steht zum Rechtsstaat und seinen demokratischen Grundpfeilern, den Grund- und Menschenrechten, zu den bürgerlichen Freiheiten und zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Vorarlberg liegt im Herzen Europas: Eigenständig und selbstbewusst, ist Vorarlberg Teil eines vereinten Europas, das für Frieden, Demokratie, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Wohlstand steht. Wir treten für ein starkes Europa der Regionen im engen Austausch mit den Bodensee- und Alpenregionen ein.

Wir setzen uns aktiv für die Gleichberechtigung von Frau und Mann ein. Respekt, Toleranz und Wertschätzung gegenüber allen Menschen, ungeachtet Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung oder Weltanschauung, leiten unsere Sprache und unser Tun. Allen antidemokratischen Tendenzen und extremistischen Strömungen, die den Rechtsstaat in Frage stellen oder die Meinungs- und Pressefreiheit gefährden, stellen wir uns entschieden entgegen, egal welcher Ideologie, Religion oder Überzeugung sie entspringen.

Die Sorgen der Vorarlberger Bevölkerung im Bereich Asyl und Zuwanderung sind für uns ein klarer Arbeitsauftrag. Wir unterscheiden dabei zwischen Asyl, Kriegsflucht und Migration. Menschen, die vor Krieg und persönlicher Verfolgung fliehen müssen, erhalten Schutz, Unterstützung und gegebenenfalls Asyl. Aus Verantwortung gegenüber all jenen, die bereits in unserem Land leben und ihren Beitrag leisten, nehmen wir darauf Bedacht, unser Sozial- und Bildungssystem nicht zu überlasten.

Für eine gelingende Integration braucht es klare Regeln. Wir fördern Integration und fordern sie auch aktiv ein. Wer bei uns leben will, muss unsere Werte und Verfassungsgrundsätze anerkennen, sich an unsere Gesetze halten und bereit sein, Deutsch zu lernen und sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Nur so halten wir den sozialen Frieden in unserem Land aufrecht.

Unser Ziel ist es, Vorarlberg in den nächsten Jahren so weiterzuentwickeln, dass wir uns auch weiterhin mit den besten Regionen in Europa messen können. Wir wollen das Leben in Vorarlberg spürbar erleichtern und unser Land für seine Bürgerinnen und Bürger weiterhin als lebenswerte, sichere und leistbare Heimat gestalten.

Das vorliegende Arbeitsprogramm enthält eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten, die dazu einen wichtigen Beitrag leisten werden. Diese werden wir, transparent und nachvollziehbar, Schritt für Schritt umsetzen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf folgende große Zukunftsthemen:

- Vorarlberg ist dank innovativer Unternehmen und leistungswilliger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein attraktiver und erfolgreicher **Wirtschaftsstandort**. Damit das auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten so bleibt, fördern wir unternehmerische Initiativen und schaffen Rahmenbedingungen, damit sich **Leistung** auch tatsächlich lohnt. Überregulierungen, insbesondere in der eigenen Verwaltung, sollen abgebaut werden.
- Vorarlberg setzt auf **sozialen Zusammenhalt**. Mitbürgerinnen und Mitbürger, die – aus welchen Gründen auch immer – weniger leistungsfähig als andere sind und Hilfe benötigen, können auf das dichte soziale Netz in Vorarlberg vertrauen.
- **Leben und Wohnen** müssen in Vorarlberg **leistbar** sein. Dazu gehört auch die Chance, **Eigentum** schaffen zu können. Wir setzen passende Maßnahmen, um diesem Anspruch gerecht zu werden.
- Damit Vorarlberg **Familienland Nummer 1** bleibt und chancenreichstes Land für Kinder wird, unterstützen wir Kinder und junge Familien, fördern die Solidarität der Generationen und gewährleisten eine hochwertige Pflege- und Gesundheitsversorgung.
- Die **Klimaveränderungen** und die in immer kürzeren Abständen auftretenden Extremwetterereignisse verdienen unsere volle Aufmerksamkeit. Um diese erfolgreich bewältigen zu können, setzen wir Maßnahmen, die von der Bevölkerung und den Betrieben mitgetragen werden und diese nicht überfordern. Vorarlberg setzt schon seit langem auf **Nachhaltigkeit**. Das Ziel, bis 2050 energieautonom zu sein, wird mit Nachdruck weiterverfolgt.
- Die **Sicherheit** aller Menschen in Vorarlberg ist uns ein zentrales Anliegen. Der Schutz vor Verbrechen, Gewalt und Naturkatastrophen steht im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Die gemeinsame Klammer, um diesen Ansprüchen gerecht werden zu können, ist die finanzielle Stabilität des Landeshaushalts. Die Verantwortung für die kommenden Generationen ist die zentrale Leitlinie unserer Politik. Mit einer stabilen und vorausschauenden Budgetpolitik wird es uns gelingen, die kommenden Herausforderungen zu meistern. Mögliche Mehrkosten sollen durch strukturelle Gegenfinanzierungen ausgeglichen werden.



Markus Wallner



Christof Bitschi

Inhaltsverzeichnis

1. Standort stärken – Wohlstand schaffen	6
1.1 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit	7
1.2 Arbeitsmarkt und Ausbildung – Fachkräfteoffensive für Vorarlberg	9
1.3 Förderung der regionalen Wirtschaft, Tourismus und Nachhaltigkeit	13
1.4 Mehr Freiheit, weniger Bürokratie, Senkung von Abgaben	16
1.5 Zukunftsfähige Mobilität sicherstellen	17
1.6 Raumplanung als Entwicklungsmotor	21
1.7 Leistbarer Wohnraum und Schaffung von Eigentum	24
2. Gesundheits- und Pflegeversorgung sichern – soziales Netz erhalten	27
2.1 Gesundheitsversorgung und Sekundärprävention	28
2.2 Public Health – Gesundheitsförderung und Primärprävention	34
2.3 Sport – Leidenschaft für Bewegung fördern	37
2.4 Pflege – gut betreut alt werden	40
2.5 Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen	43
2.6 Gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherheit gewährleisten	45
3. Lebensraum sichern und nachhaltig nutzen	47
3.1 Energiepolitik und Klimaschutz – unabhängig und nachhaltig	48
3.2 Natur und Umwelt – nachhaltig denken, verantwortungsvoll handeln	52
3.3 Landwirtschaft und ländlicher Raum – Lebensraum Vorarlberg gestalten	55
3.4 Forstwirtschaft – „Schützen durch Nützen“	61
3.5 Unser Wasser – höchste Qualität und bester Schutz	62
3.6 Tierschutz aktiv fördern	63
4. Zusammenhalt für ein gutes Miteinander stärken	65
4.1 Solidarisches Miteinander der Generationen	66
4.2 Gleichberechtigtes Miteinander von Frau und Mann	69
4.3 Integration fördern und aktiv einfordern	69
4.4 Demokratie, Bürgerbeteiligung und Ehrenamt stärken	71
4.5 Kultur leben und erleben im ganzen Land	72

5. Sicher leben in Vorarlberg	75
5.1 Sicherheit vor Ort ausbauen und erhalten	75
5.2 Gute Rahmenbedingungen für Polizei und Bundesheer sicherstellen	76
5.3 Kriminalität konsequent bekämpfen – Präventionsarbeit fortsetzen	77
5.4 Land als starker Partner für Feuerwehr und Rettungswesen	78
5.5 Katastrophenschutz sicherstellen	79
6. Beste Bildung für alle	81
6.1 Elementarpädagogik – zentral für die kindliche Entwicklung	82
6.2 Beste Schulen für unsere Kinder	83
6.3 Dynamischer Wissenschafts-, Forschungs- und Weiterbildungsstandort	86
7. Selbstbewusstes Land im Herzen Europas	88
7.1 Finanzielle Spielräume erhalten	88
7.2. Die Chancen Europas nutzen – Europa der Regionen	89
7.3 Das Land ist ein verlässlicher Partner von Städten und Gemeinden	90

1. Standort stärken – Wohlstand schaffen

Die aktuelle wirtschaftliche Lage ist sehr anspruchsvoll und herausfordernd. Erst Anfang Oktober haben die Fachleute der Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen für 2024 nochmals nach unten und zeitlich nach hinten korrigiert. Somit sinkt auch 2024 die reale Wirtschaftsleistung, und wir befinden uns nach einem negativen Wirtschaftswachstum im Jahr 2023 nun im zweiten Jahr in Folge in einer Rezession.

Wirtschaftsstandorte mit starker Industrie und Bauwirtschaft sind von den aktuellen Entwicklungen dabei überproportional betroffen. Die privaten Haushalte agieren bei den Konsumausgaben trotz hoher Lohnabschlüsse eher zurückhaltend, und zudem belastet die enge Verflechtung Vorarlbergs mit der deutschen Wirtschaft die ökonomische Entwicklung des Standorts.

Die Vorarlberger Wirtschaft hat sich in dieser herausfordernden Zeit nicht zum ersten Mal als sehr resilient erwiesen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich dank großer Anstrengungen der Unternehmen als ziemlich stabil, wird aber bei einer verlängerten Rezession zunehmend unter Druck geraten. Vorarlberg kann aktuell noch aus einer Position der Stärke heraus agieren. Insbesondere die Abflachung der Produktivitätsgewinne der vergangenen Jahre erfordert aber eine produktivitätsorientierte Wirtschaftspolitik zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsposition der heimischen Wirtschaft und somit der Absicherung des Wohlstands.

Der Fokus soll dabei auf einer zukunftsgerichteten Innovationspolitik, dem Arbeitsmarkt, Entlastungsmaßnahmen, strukturellen Veränderungen und dem laufenden Transformationsprozess der Vorarlberger Wirtschaft und ihren Bedürfnissen liegen. Eine leistungsfähige Infrastruktur, Logistik und gute Erreichbarkeit spielen dabei eine ebenso wichtige Rolle wie rasche und unbürokratische Verfahren, wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten am Standort und die Transformation zu einem nachhaltig erfolgreichen Wirtschafts- und Produktionsstandort im 21. Jahrhundert. Dazu bedarf es einer klaren wirtschaftspolitischen Ausrichtung, die Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit fördert, ohne die sozialen und ökologischen Herausforderungen zu vernachlässigen. Es gilt, die Standortbedingungen zu optimieren, Unternehmen zu entlasten und Vorarlberg als attraktiven Wirtschaftsstandort zu stärken und weiterzuentwickeln.

Raumplanung ist eine komplexe und wichtige Querschnittsmaterie, die viele Bereiche und Akteure betrifft. So umfasst sie nicht nur die Flächennutzung und Siedlungsentwicklung, sondern auch Mobilität, Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, Umweltschutz und soziale Aspekte. Ziel ist es, den begrenzten Raum in Vorarlberg bestmöglich zu nutzen und die verschiedenen Interessen in Einklang zu bringen. Dies erfordert auch in Zukunft eine enge Zusammenarbeit zwischen Land, Regionen, Gemeinden und den Bürgerinnen und Bürgern.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, und wie wir wohnen, ist ein bestimmender Faktor für die Lebensqualität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land. Es gilt, in der Wohnpolitik des Landes unterschiedliche Maßnahmen zu setzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Erwerb von Eigentum gezielt zu fördern. Ein wesentlicher Fokus soll dabei darauf liegen, jungen Menschen Perspektiven aufzuzeigen und sie auf dem Weg zur eigenen

Wohnunterkunft zu unterstützen. Durch gezielte Maßnahmen soll leistbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten geschaffen, die Balance zwischen Eigentumserwerb und Mietwohnungsangebot gewahrt bleiben, es sollen gezielt Anreize gesetzt werden, und der soziale Wohnbau zur Schaffung von gemeinnützigen Wohnungen soll weiterhin unterstützt werden. Das im Landtag einstimmig beschlossene Wohnbaupaket soll dabei weiterhin umgesetzt werden.

Unsere gemeinsamen Ziele sind:

- **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit**
- **Fachkräfteoffensive für Vorarlberg**
- **Förderung der regionalen Wirtschaft**
- **Mehr Freiheit – weniger Bürokratie**
- **Zukunftsfähige Mobilität sicherstellen**
- **Raumplanung als Entwicklungsmotor**
- **Wohnen wieder leistbar machen**

1.1 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Innovationsservice. Vorarlberg zählt dank seiner Unternehmen zu den innovativsten Regionen Europas. Die Innovationen der Vorarlberger Wirtschaft sind die Basis für den Wohlstand, weshalb die Innovationstätigkeiten weiter stimuliert und unterstützt werden sollen. Dazu soll die Forschungs- und Entwicklungsquote (F&E) erhöht und ein erleichterter Zugang zu F&E-Dienstleistungen ermöglicht werden. Rund 90 % aller Forschungsausgaben werden derzeit von Unternehmen getragen, was den hohen Stellenwert aus Unternehmenssicht unterstreicht. Gleichzeitig gilt es, verstärkt Bundesmittel im F&E-Bereich abzuholen und die Wirtschafts-Standort Vorarlberg GmbH (WISTO) als Dienstleisterin im Bereich Innovation sowie F&E weiter zu etablieren.

Forschungs- und Innovationsstruktur. Wissenschaft und Forschung sind eine wesentliche Grundlage für betriebliche Innovationen. Mit dem Ausbau und der Weiterentwicklung der regionalen F&E-Strukturen, insbesondere an der Fachhochschule Vorarlberg und der Universität Innsbruck, wie beispielsweise der Digital Factory Vorarlberg mit dem Austrian Institute for Technology, dem Institut für Textilphysik und Textilchemie, der Lebensmitteltechnologie sowie der Hochschule St.Gallen, wird der Bereich der betriebsnahen Forschung deutlich gestärkt. Stiftungsprofessuren, eine Verstärkung kooperativer Netzwerke sowie der selektive Ausbau universitärer Strukturen ergänzen diese Aktivitäten mit dem Ziel, Technologietransfers in die Wirtschaft bedarfsorientiert zu unterstützen und Innovationen voranzutreiben.

Produktionsstandort Vorarlberg. Vorarlberg soll als attraktiver Produktionsstandort weiter gestärkt werden, indem die ansässigen Unternehmen bei der Modernisierung und Digitalisierung unterstützt werden. Durch Investitionen in Infrastruktur und Technologie sowie durch Förderung der Fachkräfteausbildung wird die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der regionalen Produktionsbetriebe zudem gestärkt.

Familienunternehmen. Die Vorarlberger Familienunternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft. Durch sie ist der Standort breit aufgestellt, was wiederum eine gewisse Stabilität und Resilienz des Wirtschaftsstandorts gewährleistet. Vorarlberg ist eine offene Volkswirtschaft und sichert seine Wettbewerbsfähigkeit unter anderem durch die Erschließung neuer, internationaler Märkte. Die wirtschaftspolitischen Überlegungen unterstützen diese Positionierung.

Standortstrategie. Mit der Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) „Vorarlbergs Wirtschaft im europäischen Konkurrenzumfeld“ aus dem Jahr 2022 wurde die Grundlage für die weitere evidenzbasierte Ausrichtung der Wirtschaftspolitik geschaffen. Diese Basis gilt es weiterzuentwickeln und regelmäßig zu aktualisieren, um passend auf Trends und Herausforderungen zu reagieren. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Standortpolitik ein und helfen dabei, weiterhin zielgerichtete Maßnahmen zur Förderung der regionalen Wirtschaft zu entwickeln.

Marke Vorarlberg. Mit der Marke Vorarlberg positioniert sich Vorarlberg als chancenreichster Lebensraum für Kinder und stärkt durch einen einheitlichen Markenauftritt auch den Wirtschaftsstandort. Mit gezielten Marketingstrategien präsentiert sich Vorarlberg national und international als attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten, um Fachkräfte anzuziehen, und fördert dadurch auch die regionale Wirtschaft.

Innovationsumfeld Campus V. Der Campus V wird als dynamisches Innovationsumfeld weiterentwickelt, das mit Einrichtungen wie dem neu zu schaffenden „Erlebnisraum Marke“, der CampusVäre, dem Designforum Vorarlberg oder einem neuen MINT-Labor auch weiterhin entsprechende Räume zum Experimentieren und für kollaborative Projekte bieten soll. Der von der Wirtschaftskammer Vorarlberg forcierte „Campus der Wirtschaft“ ergänzt das Angebot und fördert den Austausch zwischen Unternehmen, Kreativen und der Wissenschaft und treibt so Innovationen voran.

Stärkung der Unternehmens- und Gründungsdynamik. Startups bringen frische Ideen, schaffen neue Arbeitsplätze und tragen zur Wettbewerbsfähigkeit bei. Um dieses Potenzial noch stärker zu nutzen, werden die Leistungen für Startups im neuen Kompetenzzentrum Startup Vorarlberg gebündelt. Eine strukturierte Förderkette sowie die Beratung durch den Gründerservice flankieren das neue Informations- und Beratungsangebot mit Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und Output. So soll ein dynamisches Umfeld geschaffen werden, das Unternehmergeist fördert und Vorarlberg als attraktiven Standort für Startups und junge Unternehmen etabliert.

Umsetzung der Tourismusstrategie. Die Ziele des Tourismusleitbildes und der Tourismusstrategie 2030 werden unterstützt, die Kernziele und Leitprojekte gefördert. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Weiterentwicklung des Tourismusstandortes Vorarlberg, die Produkt- und Angebotsentwicklung, der Ausbau des Bildungsangebotes, die Attraktivierung der Tourismusberufe sowie die Gästemobilität.

F&E-Strategie. Die Forschungs- und Entwicklungsstrategie soll konsequent umgesetzt werden, um Innovationen zu fördern, die F&E-Quote zu erhöhen und verstärkt Bundesmittel zu lukrieren. Durch die Unterstützung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei

der Entwicklung neuer Technologien und Produkte wird die Wettbewerbsfähigkeit Vorarlbergs nachhaltig gestärkt.

Digitale Transformation. Die digitale Transformation soll verstärkt gefördert werden, um nachhaltige und innovative Geschäftsmodelle zu etablieren. Durch die Unterstützung bei der Implementierung digitaler Technologien und umweltfreundlicher Praktiken wird den Unternehmen geholfen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Eigenständige Energieversorgung. Vorarlberg strebt eine eigenständige und unabhängige Energieversorgung an, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Bevölkerung und Betriebe vor länger anhaltenden Blackouts zu schützen. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien und moderner Speichertechnologien wird die Energieautonomie der Region erhöht und zum Klimaschutz beigetragen.

Digitale Infrastruktur. Der Breitbandausbau wird auf Basis des erarbeiteten Glasfaserstandards entsprechend der gesamtheitlichen Netzstrategie vorangetrieben. Durch den Aufbau eines Glasfaserrings und die Erschließung aller Landesteile gemäß der Netzstrategie soll sichergestellt werden, dass sowohl Unternehmen als auch Privathaushalte von schnellen und zuverlässigen Internetverbindungen profitieren. Das 340-Millionen-Euro-Investitionspaket der illwerke vkw AG trägt dabei entscheidend zur Zielerreichung bei. Neben dem Breitbandfestnetz soll auch das 5G-Netz in Vorarlberg ausgebaut werden.

Moderne Verwaltung und schlanke Gesetze. Verwaltungsreform und Bürokratieabbau sind stete Prozesse, die auf allen Ebenen zu vollziehen sind. Eine rasch arbeitende und leistungsfähige Verwaltung sowie schnelle und effiziente Behördenverfahren tragen entscheidend dazu bei, die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes hoch zu halten. Zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes sollen zudem unnötige bürokratische Hemmnisse abgebaut und Regelungen konsequent auf ihre Wirtschaftsfreundlichkeit und Praktikabilität hinterfragt werden. Bei neuen Gesetzen soll auf möglichst einfache und verständliche Formulierungen geachtet werden, Spielräume im Vollzug sollen erhalten werden und es soll auf Eigenverantwortung gesetzt werden.

1.2 Arbeitsmarkt und Ausbildung – Fachkräfteoffensive für Vorarlberg

Vollbeschäftigung. Die Gesellschaft wird älter und die Struktur der Bevölkerung verändert sich. Vorarlberg muss sein vorhandenes Arbeitskräftepotenzial bestmöglich nutzen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Am Vorarlberger Arbeitsmarkt sollen möglichst alle Personen in hohem Maße beteiligt sein (Vollbeschäftigung), und der Vorarlberger Wirtschaft sollen die benötigten Fachkräfte ausreichend zur Verfügung stehen.

Qualifizierung und Weiterbildung. Die Qualifikation der Vorarlberger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bildet die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung der Vorarlberger Wirtschaft und damit der gesamten Region. Die Qualifikationen der Arbeitskräfte sollen dabei laufend an die Anforderungen eines sich ständig verändernden Arbeitsmarktes

angepasst und die Beschäftigungsfähigkeit erhöht werden. Die passenden Weiterbildungsangebote in den unterschiedlichsten Bereichen, wie etwa die Angebote von Schloss Hofen, BFI oder WIFI sind dabei essenziell. Mit dem Digital Campus Vorarlberg (DCV) wurde zudem ein Leuchtturmprojekt geschaffen, das es konsequent weiterzuentwickeln gilt.

Lehre und berufliche Ausbildung. Vorarlberg ist das Land der Lehre und soll es auch bleiben. Die Lehrlinge von heute sind die dringend benötigten Fachkräfte von morgen. Als Vorzeigeregion, in der sich rund die Hälfte der Jugendlichen für eine Lehre entscheidet, bietet Vorarlberg ein Erfolgsmodell mit hervorragenden Zukunftsaussichten. Die hohe Qualität der dualen Ausbildung ist eine Visitenkarte unseres Landes und trägt zu einer vergleichsweise sehr geringen Jugendarbeitslosigkeit bei. Das Erfolgsmodell Lehre soll ständig weiterentwickelt und unterstützt werden.

Lehrlingsprogramme. Um interessierten Lehrlingen zusätzliche Qualifikationen zu ermöglichen, werden Programme wie „Lehre mit Matura“ und die „Duale Akademie“ gezielt gefördert. Diese Angebote verbinden praktische Ausbildung mit höherer Bildung und eröffnen jungen Fachkräften erweiterte Karrierechancen. Programme wie „Lehrlings-Erasmus“ erweitern zudem die Möglichkeiten für Lehrlinge und fördern internationale Erfahrungen.

Überbetriebliche Lehrausbildung. Die überbetriebliche Lehrausbildung kann eine wichtige Brückenfunktion übernehmen. Jugendliche, die keinen regulären Lehrplatz finden, erhalten die Chance auf eine fundierte Ausbildung, mit dem Ziel während dieser Ausbildung in ein reguläres Lehrverhältnis zu wechseln. Durch die Stärkung der überbetrieblichen Lehrausbildung erhalten Jugendliche auch eine Perspektive.

Verein Lehre in Vorarlberg. Der Verein „Lehre in Vorarlberg“ hat sich als zentrale Anlaufstelle rund um das Thema Lehre etabliert. Er versorgt alle Interessensgruppen mit Informationen und unterstützt bei Fragen zur dualen Ausbildung. Gleichzeitig unterstützt er die Sozialpartner bei der Umsetzung ihrer Schwerpunkte für die Lehre in Vorarlberg.

Meisterprüfungen fördern. Die Absolvierung von Meisterprüfungen soll zusätzlich unterstützt und gefördert werden. Weiteres Ziel ist, auch die Kosten der Meister-Vorbereitungskurse bei erfolgreichem Prüfungsabschluss zu übernehmen; allenfalls in Form einer Ko-Finanzierung durch Sozialpartner und Betriebe. Damit würden Fachkräfte bei der Weiterqualifizierung unterstützt und die Kompetenz im Handwerk und Gewerbe gestärkt. Gleichzeitig wird der Karriereweg Lehre dadurch weiter attraktiviert.

Fördergesellschaft für den Arbeitsmarkt (FAV). Die FAV soll zukünftig als Bindeglied zwischen Arbeit und Wirtschaft etabliert werden und die beteiligten Akteure koordinieren, um mehr Fachkräfte aus- und weiterzubilden sowie den Arbeitsstandort Vorarlberg nachhaltig zu stärken. Sie betreibt die Weiterentwicklung des regionalen Bildungs- und Qualifizierungssystems, unterstützt bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften und arbeitet an einer stärkeren Ausschöpfung des Potenzials der Vorarlberger Erwerbsbevölkerung. Dadurch wird eine Höherqualifizierung über alle Bildungsniveaus hinweg erreicht sowie eine höhere Beschäftigungsfähigkeit, angepasst an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes.

Berufsschulen. Vorarlberg setzt konsequent auf die beste Ausstattung für beste Ausbildung in den Berufsschulen. Durch Investitionen in die Ausbildungsinfrastruktur in allen Wirtschaftsbereichen wird die Qualität der Lehre und Ausbildung gesichert. Eine wichtige Investition der nächsten Jahre stellt dabei die Modernisierung und Erneuerung der Landesberufsschulen 1 bis 3 in Bregenz dar, unter anderem auch zur Rückholung der Kunststofftechnikausbildung nach Vorarlberg.

Weiterentwicklung der Gastgeberschule für Tourismusberufe (GASCHT). Die GASCHT dient der Fachkräfteausbildung im Tourismus. Sie soll in enger Abstimmung mit der Wirtschaft weiterentwickelt und dadurch die hohe Qualität der Ausbildung im Tourismus bedarfsgerecht weiter gestärkt werden. Dabei soll die schulische Tourismusausbildung im Hinblick auf die räumlichen, infrastrukturellen Voraussetzungen wie auch die Nutzung von organisatorischen und inhaltlichen Synergien zwischen der GASCHT und der Landesberufsschule weiterentwickelt werden.

FH Vorarlberg. Die Studiengänge und Ausbildungsmöglichkeiten an der FH Vorarlberg werden verstärkt am Bedarf der heimischen Wirtschaft und des Standorts Vorarlberg ausgerichtet. So wird sichergestellt, dass der regionale Arbeitsmarkt mit den benötigten qualifizierten Fachkräften versorgt werden kann.

MINT-Initiative. Für die Zukunftsfähigkeit des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Vorarlberg ist es unabdingbar, ausreichend Humanressourcen für eine innovationsbasierte Entwicklung bereitzustellen. Daher sollen die MINT-Aktivitäten weiter forciert und die Bewusstseinsbildung sowie das Interesse in der Bevölkerung an technologischen Neuerungen, entsprechenden Aus- und Weiterbildungen und Beschäftigungsmöglichkeiten gefördert werden. Initiativen wie das MINT-Labor tragen dazu bei, insbesondere junge Menschen für diese Bereiche zu begeistern.

Code4Talents. Das Interesse von Kindern und Jugendlichen am Programmieren und an digitalen Technologien soll frühzeitig gefördert werden. Mit dem Projekt „Code4Talents“ werden Kinder spielerisch mit der digitalen Welt in Kontakt gebracht und entwickeln ein Verständnis für die Funktionsweisen digitaler Programme. Die Stärkung und Weiterentwicklung dient dazu, die digitalen Kompetenzen der nächsten Generation zu stärken und sie optimal auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Digitale Kompetenzen. Der Ausbau digitaler Kompetenzen soll durch Weiterbildungsmaßnahmen bei Institutionen wie dem Digital Campus Vorarlberg, dem WIFI oder BFI weiter gefördert werden. Damit werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei unterstützt, sich den Herausforderungen der Digitalisierung zu stellen und ihre Kompetenzen dem Bedarf am Arbeitsmarkt anzupassen.

Keinen Jugendlichen zurücklassen. Vorarlberg hält konsequent an seiner Jugendbeschäftigungs- und Ausbildungsgarantie fest. Jeder junge Mensch im Alter von 15 bis unter 25 Jahren, der länger als drei Monate ohne Arbeit ist, erhält innerhalb der nächsten drei Monate ein Beschäftigungs- oder Ausbildungsangebot. So soll Jugendarbeitslosigkeit verhindert und jungen Menschen eine entsprechende Perspektive geboten werden.

Qualifizierung benachteiligter Personengruppen. Um die Chancen benachteiligter Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, soll intensiv mit dem AMS und den sozialökonomischen Betrieben zusammengearbeitet und entsprechende Projektmittel aus dem Europäischen Sozialfonds lukriert werden. Die gute und bewährte Zusammenarbeit mit dem AMS wird fortgesetzt und gemeinsam sollen spezielle und auf den Vorarlberger Arbeitsmarkt maßgeschneiderte Programme und Unterstützungen angeboten werden.

Saisonarbeitskräfte. Zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs im Tourismus braucht es eine laufende Überarbeitung und Erweiterung der Saisonkontingente und der Liste der Mangelberufe. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Wirtschaft in saisonabhängigen Branchen ausreichend Arbeitskräfte findet und der Fachkräftebedarf gedeckt werden kann.

Erwerbsbeteiligung von Frauen. Der Frauenanteil in der Erwerbsbevölkerung soll konsequent erhöht werden; insbesondere in MINT-Bereichen gibt es ein großes Potenzial. Durch gezielte Maßnahmen sollen Frauen in Technikberufen gefördert und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden.

Kinderbildung und -betreuung. Funktionierende Betreuungsangebote für Kinder und ein gut ausgebautes Betreuungs- und Pflegenetz sind wesentliche Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gezielte Zuwanderung und Recruiting. Der Arbeitsmarkt der Zukunft braucht ein neues Verständnis von qualifizierter Zuwanderung und der Bedeutung und gesellschaftlichen Wertschätzung dringend benötigter Fachkräfte für den Standort. Dabei sollen ganz gezielt jene Fachkräfte aktiv gesucht werden, die am Arbeitsmarkt in Vorarlberg gebraucht werden. Zwischen qualifizierter Zuwanderung und Asyl ist dabei klar zu unterscheiden. Initiativen wie „CHANCENLAND VORARLBERG“ und „Network Vorarlberg“ werden weiterentwickelt, um Fachkräfte außerhalb Vorarlbergs gezielt anzusprechen.

Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Projekte und Arbeitsprogramme, die Asylwerbende mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit auf den Integrationsprozess und den Einstieg in den Arbeitsmarkt vorbereiten, sollen verbessert werden. Durch Sprachkurse, kulturelle Orientierung und sozialen Austausch lernen Asylwerbende Vorarlberger Gepflogenheiten kennen und können aktiv an der Gemeinschaft teilnehmen. So werden die Voraussetzungen geschaffen, im Falle eines positiven Asylbescheids eine möglichst rasche Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Mehrleistungen finanziell honorieren. Eine erhöhte Leistungsbereitschaft soll stärker honoriert werden, insbesondere bei Facharbeits- und Schlüsselarbeitskräften. Um die Wirtschaft zu unterstützen und den Mitarbeitern mehr finanziellen Anreiz sowie Anerkennung für ihre Mehrleistung zu bieten, sollen Überstunden steuerfrei gestellt werden.

Arbeiten im Alter. Viele Menschen in der Regelpension wünschen sich, im Alter weiterhin die Möglichkeit, in einem gewissen Ausmaß berufstätig zu bleiben, was auf den hohen Personalbedarf der Wirtschaft trifft. Aktuelle Zuverdienst-Regelungen stellen jedoch eine Hürde dar. Hier sind weitere Verbesserungen notwendig, um die Altersbeschäftigung

spürbar zu erhöhen und die Leistungsbereitschaft auf eine entsprechende Leistungsanerkennung treffen zu lassen.

1.3 Förderung der regionalen Wirtschaft, Tourismus und Nachhaltigkeit

Land der Familienbetriebe. Vorarlberg zählt zu den erfolgreichsten Wirtschaftsstandorten Europas und weist eine der höchsten Bruttowertschöpfungen pro Kopf sowie eine im Vergleich sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit auf. Familienunternehmen mit internationalem Renommee, hohe Exportraten, Innovationskraft sowie ein starkes Gewerbe und Handwerk, Handel und Qualitätstourismus prägen unseren Standort. Diese Erfolgsgeschichte soll fortgeführt und Vorarlberg weiterhin als Land der Familienbetriebe gestärkt werden.

Gezielte regionale Auftragsvergabe. Jede öffentliche Vergabe an ein regionales Unternehmen stärkt die Gemeinschaft und ist ein wichtiger Beitrag zur Regionalität. Es geht dabei insbesondere auch darum, die Wertschöpfung und Kaufkraft in der Region zu halten, die örtliche Nahversorgung, Arbeitsplätze, Wohlstand und Lebensqualität zu sichern. Deshalb sollen regionale Vergaben auch zum Nutzen der gesamten Bevölkerung gestärkt und ausgebaut werden.

Stärkung der ländlichen Regionen. Der ländliche Raum und die regionalen Strukturen sind essenziell für die Identität und Attraktivität unseres Landes. Die ländlichen Regionen sollen durch die Sicherung und den Ausbau von Arbeitsplätzen vor Ort, die Verbesserung der Infrastruktur und die Gewährleistung einer guten Gesundheitsversorgung sowie einer flächendeckenden Nahversorgung mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs gestärkt werden. So wird die Lebensqualität in allen Landesteilen hochgehalten und Abwanderung verhindert.

Innovativer Qualitäts- und Ganzjahrestourismus. Vorarlberg setzt auf einen innovativen Qualitätstourismus und fördert Ganzjahresangebote sowie starke Destinationen. Ferienwohnungen werden weiterhin streng reglementiert. Die Regelungen zur Unterbindung von Investorenmodellen sind essenziell und sollen bestehen bleiben, und die für Vorarlberg passende Unterkunftsstruktur soll am Bedarf der Region und den wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen ausgerichtet werden.

Betriebsgebiete und aktive Bodenpolitik. Für die Entwicklungsmöglichkeiten heimischer Betriebe ist die Verfügbarkeit von Gewerbe- und Betriebsflächen wesentlich. Zukünftig sollen strategisch bedeutsame Betriebsgebiete verstärkt gesichert und in Abstimmung mit den Standortgemeinden ausgewiesen werden. In diesen Gebieten sollen entsprechende Höhen- und Dichteentwicklungen ermöglicht werden, um den Verbrauch von Boden möglichst gering zu halten. Durch eine Erweiterung des Aufgabenbereichs des Bodenfonds von Wohnbau hin zur Sicherung von Gewerbeflächen wird die aktive Bodenpolitik des Landes weiter ausgebaut.

Nutzung von Bestand. Betriebserweiterungen unmittelbar am bestehenden Standort sollen erleichtert und die Nachnutzung von betrieblichen Bestandsgebäuden forciert werden. Rasche Genehmigungsverfahren sollen Unternehmen helfen, vorhandene Ressourcen effizient zu nutzen und Leerstand zu vermeiden.

Stärkung der Ortszentren. Ortszentren und Siedlungskerne sind vor allem in den Talschaften und Regionen abseits der Ballungsräume von großer Bedeutung. Die Gemeinden sollen bei der Entwicklung der Ortszentren zur Attraktivierung des öffentlichen Raums und zur Gewährleistung einer hohen Aufenthaltsqualität unterstützt werden. Dazu gehören insbesondere die Förderung von Konzepten und Strategien, die Entwicklung von Handelsflächen, ganzheitliche Quartiersentwicklungen, die Vermeidung von Leerstand und Maßnahmen für eine verträgliche Verkehrsabwicklung.

Tourismusdestinationen stärken. Die Tourismusdestinationen spielen insbesondere für die Projektentwicklung und -vermarktung eine bedeutende Rolle. Die Destinationen sollen zielgerichtet unterstützt werden, um im Zusammenspiel mit Vorarlberg Tourismus ihr Angebot bestmöglich weiterzuentwickeln und ihre jeweiligen Stärken auszubauen.

Ökoprofit. Ökoprofit soll laufend weiterentwickelt werden und dabei weiterhin niederschwellig und unbürokratisch bleiben. Es ist gelungen, dass Ökoprofit von der Europäischen Kommission als Vorstufe des europäischen Umweltmanagementsystems EMAS anerkannt wurde – ein wichtiger Schritt für die internationale Anerkennung unseres Zertifikats. Mit dem neuen webbasierten Umweltbericht 2025 und einem an EU-Berichtsvorgaben angepassten Zusatzprogramm für Nachhaltigkeitsmanagement wird Ökoprofit noch attraktiver gestaltet und sein Nutzen kontinuierlich ausgebaut.

Nachhaltige Transformation, ESG-Check und Kreislaufwirtschaft. Es wird für Unternehmen immer wichtiger, die ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance) zu berücksichtigen. Die WISTO hat deshalb einen ESG-Nachhaltigkeits-Check für KMUs entwickelt, der Herausforderungen und Chancen insbesondere für kleine und mittlere Betriebe aufzeigt. Dieser Check soll Unternehmen kostenfrei angeboten werden, begleitet von umfassender Beratung und Unterstützung bei möglichen Förderungen. Durch Wissensaufbau, einen ESG-Beraterpool, die ESG-Academy und spezielle Seminarreihen wird ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen gefördert und die kreislauforientierte Wirtschaft in Vorarlberg gestärkt.

Deponien und Rohstoffe – Gewinnung, Verarbeitung und Kreislaufwirtschaft. Auf Basis der bestehenden Rohstoff- und Deponiestrategie sollen Strategien zur Sicherung von Rohstoffstandorten und Ausbau von Deponien erarbeitet werden. Durch die Förderung der Kreislaufwirtschaft bei Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen wird zu einer nachhaltigen Nutzung und Schonung der Ressourcen beigetragen.

Investitionen in erneuerbare Energien. Auf dem Weg zur Energieautonomie ist es unerlässlich, die Potenziale erneuerbarer Energiequellen sinnvoll zu nutzen. Vorarlberg verfolgt die bestehende Strategie konsequent weiter und reagiert auf neue Gegebenheiten. Jedem Vorarlberger Haushalt soll es ermöglicht werden, auf erneuerbare Energiesysteme umzusteigen. Neben individuellen Förderanreizen werden Fern- und Nahwärmequellen ausgebaut und genutzt. Für den Ausbau von Photovoltaik werden neue Kooperationsmodelle angedacht, und eine landesweite Stromspeicher-Strategie soll erarbeitet werden.

Förderung nachhaltiger Energieformen. Neue und nachhaltige Energieformen wie Abwärme-Netze und die Erprobung und der Einsatz von Wasserstoff sollen forciert werden.

Durch Investitionen und Unterstützung bei der Umsetzung solcher Projekte wird zur Reduktion von CO₂-Emissionen beigetragen und die Energieversorgung der Region gestärkt.

Wirtschaftsförderungen. Durch gezielte und wirkungsorientierte Wirtschaftsförderungen wird die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft gestärkt. Insbesondere Investitionen in Innovation, Digitalisierung und Nachhaltigkeit sollen dabei unterstützt werden, um die Wirtschaftskraft Vorarlbergs weiter auszubauen, Arbeitsplätze zu schaffen und den Wohlstand zu erhalten.

Wettbewerbsorientierte Weiterentwicklung des Tourismusstandortes. Unternehmen sollen insbesondere bei der Betriebsnachfolge bzw. Übergabe unterstützt und eine nachhaltige unternehmerische Weiterentwicklung, angepasst an die touristischen Bedürfnisse, sichergestellt werden. Die Ausschöpfung digitaler und innovativer Potenziale trägt dabei zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung bei. Landesweite Unterstützungsmöglichkeiten sollen geprüft und unter Berücksichtigung von Synergien gemeinsam mit den Tourismusakteuren entwickelt werden.

Realistische Abschreibungsregelungen schaffen. Kontinuierliche Investitionen der Tourismusbetriebe sind maßgeblich für den Erfolg dieser Branche notwendig. Die derzeitigen Abschreibungsregelungen hemmen jedoch die Investitionsfreude unserer Tourismusbetriebe. Die Landesregierung setzt sich beim Bund generell für realistische Regelungen ein, um Investitionen zu fördern und damit die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern.

Zentrales, digitales Beherbergungsregister. Das zentrale, digitale Beherbergungsregister dient der Erfassung aller gewerblichen und privaten Unterkünfte in Österreich und schafft die Grundlage für die Digitalisierung des Gästemeldewesens. Bei der Umsetzung der EU-Verordnung zur Regulierung kurzfristiger Vermietungen soll in enger Zusammenarbeit mit dem Bund eine für das Land, die Gemeinden und die Unternehmen möglichst unbürokratische Umsetzung sichergestellt werden.

Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird mit besonderem Fokus auf die regionale Wirtschaft und Wertschöpfung gestärkt. Die Regionen erarbeiten mit ihren räumlichen Entwicklungskonzepten die Grundlage für die interkommunale Zusammenarbeit zu spezifischen Themen, wie beispielsweise regionale Betriebsgebiete. Modelle für regionale Ausgleichsmechanismen werden weiter vertieft und erarbeitet. Bewährte grenzüberschreitende Kooperationen, wie die Agglomeration Rheintal oder die Raumentwicklung in der Bodenseeregion sollen weiterhin unterstützt werden.

Planungssicherheit für Unternehmen. Energiepreise spielen bei der Wettbewerbsfähigkeit exportorientierter Betriebe eine zentrale Rolle, insbesondere in energieintensiven Branchen. Günstige Energiepreise sind daher eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Mit der Illwerke vkw AG verfügt das Land über einen starken Energieversorger, der sich dieser volkswirtschaftlichen Verantwortung bewusst ist.

illwerke vkw AG Investitionen. Mit seinem Investitionsprogramm von rund 9 Milliarden Euro trägt der Landesenergieversorger illwerke vkw AG auch beträchtlich zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und Wertschöpfung im Land bei. Dadurch werden zudem neue Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

1.4 Mehr Freiheit, weniger Bürokratie, Senkung von Abgaben

Entbürokratisierung bei Gesetzgebung und Vollzug. Bürokratie beginnt bereits bei der Gesetzgebung. Bei neuen Gesetzen und Novellierungen sollen mögliche bürokratische Hemmnisse vermieden werden. Bestehende Gesetze sowie deren Vollzug sollen im Hinblick auf bürokratische Erleichterungen novelliert werden.

Politische Steuerungsgruppe und Stelle für Bürokratieabbau. In der Landesverwaltung wird eine Kompetenz- und Anlaufstelle mit entsprechenden Ressourcen geschaffen, um den Abbau von Bürokratie voranzutreiben. Zudem soll in allen Bereichen der Verwaltung ein möglichst unbürokratischer Vollzug gewährleistet werden. Eine politisch zusammengesetzte Steuerungsgruppe der Landesregierung bewertet in regelmäßigen Abständen die vorgeschlagenen Maßnahmen und deren Umsetzung.

Gold Plating. Überschießende Regulierungen sollen verhindert und „Gold Plating“ hintangehalten werden. Vorarlbergs Wirtschaft ist stark exportorientiert, weswegen gleiche Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen auch grenzüberschreitend für unsere Unternehmen von besonderer Bedeutung sind. Wo immer möglich und sinnvoll, soll eine Beschränkung auf notwendige gesetzliche Mindestanforderungen erfolgen und zusätzliche nationale oder regionale Verschärfungen verhindert werden.

Sunset Clauses. Neue Gesetze, Gesetzesnovellierungen und neue rechtliche Regelungen sind, wo immer es sinnvoll erscheint, mit einem Außerkrafttreten zu versehen. Dadurch müssen deren Ziele und Zweckmäßigkeiten regelmäßig überprüft werden, um sicherzustellen, dass sie weiterhin notwendig und effektiv sind.

Schnelle und effiziente Verfahren. Vorarlberg setzt zukünftig verstärkt auf digitale Prozesse und stellt sicher, dass Daten nur einmal erfasst und nach dem Once-Only-Prinzip bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden. Eine einheitliche Spruchpraxis ist eine wesentliche Grundlage zur gleichartigen Abwicklung und Behandlung in allen Landesteilen. So werden Verfahren beschleunigt und der administrative Aufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen reduziert.

Unternehmen beraten und unterstützen. Die Europäische Union hat im Rahmen des „Green Deals“ zahlreiche Verordnungen zur Förderung von Energieeffizienz, dem Ausbau erneuerbarer Energieträger und klimafreundlicher Mobilität erlassen. Betriebe, die von der Umsetzung dieser Vorgaben betroffen sind, sollen fachliche und organisatorische Unterstützung erhalten. Die Beratungsangebote für Unternehmen in den Bereichen Energieeffizienz, Mobilität und Klimaanpassung sollen daher ausgeweitet und mit passenden Förderungen hinterlegt werden.

Baurecht und Raumplanung. Das Baurecht und die Raumplanung sollen insbesondere im Hinblick auf Erleichterungen für Gewerbebauten und Betriebsanlagen vereinfacht werden. Durch klare Regelungen, bürokratische Erleichterungen und beschleunigte Genehmigungsverfahren wird Unternehmen die Ansiedlung und Expansion am Standort Vorarlberg erleichtert. Dies betrifft sowohl die verschiedenen Instrumente der Raumplanung als auch diverse Verordnungen und Förderrichtlinien.

Genehmigungen im Energiebereich erleichtern. Um die Transformation weiter voranzutreiben, sollen auch alle legislativen Maßnahmen ausgeschöpft werden, beispielsweise durch weitere Erleichterungen bei Genehmigungen für erneuerbare Energieträger im privaten und gewerblichen Bereich, insbesondere bei Sanierungen sowie bei der Installation, Erneuerung und dem Austausch von Heiz- und Energiesystemen. Zudem sollten auf Bundesebene solche Erleichterungen in einschlägigen Wohnrechtsmaterien umgesetzt werden, damit thermische Gebäudesanierungen und der Einbau von Heizsystemen auf Basis erneuerbarer Energieträger leichter realisiert werden können.

Steuern und Abgaben. Eine Reduzierung der Abgabenlast für Unternehmen ist anzustreben, zum Beispiel durch die Senkung von Lohnnebenkosten. Damit soll die Wirtschaft finanziell entlastet und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt werden.

Keine neuen Belastungen für Pendlerinnen und Pendler. Im Sinne einer hohen und flexiblen Mitarbeitermobilität tritt das Land beim Bund dafür ein, dass die tägliche Fahrt zur Arbeit finanziell keine zusätzlichen Belastungen erfährt.

1.5 Zukunftsfähige Mobilität sicherstellen

Integrale Verkehrspolitik. Moderne, leistungsfähige und vernetzte Mobilität und Logistik sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Vorarlberg. Sie sichern einerseits die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen in einem internationalen Marktumfeld und damit den Wirtschaftsstandort Vorarlberg. Andererseits sind sie auch Grundlage der Attraktivität unserer Region und des Wohlstands unserer Bevölkerung. Um diese Mobilität bestmöglich zu gewährleisten und Herausforderungen umsichtig zu bewältigen, ist eine integrale Verkehrspolitik gefordert, die zum einen auf eine leistungsfähige Infrastruktur und zum anderen auf nachhaltige Konzepte im Personen- und Güterverkehr aufbaut und ein sinnvolles Zusammenwirken der Verkehrssysteme forciert.

Straßeninfrastruktur auf hohem Niveau. In Vorarlberg gibt es etwa 800 Kilometer Landesstraßen mit 600 Brücken, die in hoher Qualität benutzbar sein müssen. Oberste Priorität haben deshalb die Straßenerhaltung und die laufende Sanierung von witterungsbedingten Schäden, um die uneingeschränkte und dauerhafte Betriebsbereitschaft und Verfügbarkeit der Straßen und deren Anlagen sicherstellen zu können. Hierzu wird eine Werterhaltungsstrategie mit entsprechender Prioritätenreihung für sämtliche Anlagen und insbesondere für Brücken an Landesstraßen erarbeitet.

Hochrangige Verbindung der beiden Autobahnen als Lückenschluss. Die Verfügbarkeit einer attraktiven und lückenlosen hochrangigen Straßeninfrastruktur ist essenziell für unseren

Wirtschaftsstandort. Dementsprechend soll die Umsetzung der S 18 Bodensee Schnellstraße als hochrangige Verbindung der österreichischen Autobahn A14 und der Schweizer Autobahn A13 im Unteren Rheintal weiter forciert werden. Hierzu soll der Abschluss der Arbeiten des überarbeiteten Vorprojektes durch die ASFINAG sowie in weiterer Folge die Genehmigung des Vorprojektes durch das zuständige Ministerium mit entsprechender Trassenfestlegung angestrebt werden. In weiterer Folge gilt es, das Einreichprojekt zu erstellen und das UVP-Verfahren vorzubereiten und durchzuführen. Parallel dazu sind die Standortgemeinden eng einzubinden und weitere Maßnahmen zur kurzfristigen Entlastung der Bevölkerung in den stark belasteten Siedlungsräumen umzusetzen.

Rheintal/Walgau-Autobahn als wichtige Verkehrsader. Die A14 Rheintal/Walgau-Autobahn soll als wichtige Verkehrsader leistungsstark bleiben. Hierzu sind bereits geplante Projekte umzusetzen, wie beispielsweise der Umbau der Anschlussstelle Hohenems, der Ausbau der Anschlussstelle Wolfurt/Lauterach (inkl. Dornbirn-Nord), die Umsetzung von Verkehrskontrollplätzen und insbesondere die Installierung einer Verkehrsbeeinflussungsanlage (VBA). Außerdem wird der weitere Ausbau der Rastplätze entlang der gesamten Strecke der A14 angestrebt.

Entlastung von Ortszentren und Siedlungsgebieten. Überlastete Straßenabschnitte im Landesstraßennetz an bekannten Schlüsselstellen erfordern entsprechende Lückenschlüsse. Dementsprechend soll der Ausbau dort forciert werden, wo er zur Entlastung überlasteter Straßenabschnitte und auch insbesondere von Siedlungsgebieten von Lärm und Luftschadstoffen beiträgt. Dies umfasst in den kommenden Jahren vorrangig die weitere Umsetzung des sich bereits in Bau befindlichen Gesamtprojekts „Stadttunnel Feldkirch“. Aber auch die Planungen für weitere lokale Umfahrungen zur Entlastung der Ortszentren sollen vertieft werden, beispielsweise für die Umfahrungsprojekte in Lorüns, Alberschwende oder Egg. Zur Entlastung zählen auch zeitlich befristete Maßnahmen, etwa zur Unterbindung des Stauausweichverkehrs im Raum Bludenz/Klostertal in den Wintermonaten.

Güterverkehr und Container-Terminal Wolfurt. Zentrale Strategie im Bereich des Güterverkehrs ist das im Jahr 2022 erarbeitete Güterverkehrskonzept Vorarlberg. In diesem Zusammenhang gilt es, die einzelnen Maßnahmen, zum Beispiel eine Potenzialstudie zur Verlagerung auf die Schiene, das Zielbild Schienengüterverkehr, die Abstimmung mit der Raumplanung oder ein Pilotprojekt für City-Logistik, umzusetzen. Außerdem soll die Kapazität des Container-Terminals Wolfurt verdoppelt werden. Auch der Ausbau von Anschlussbahnen soll forciert und unterstützt werden.

Gestaltung des Lebensraums im Unteren Rheintal. In den kommenden Jahren soll ein gemeinsamer Prozess zur Neugestaltung der Schieneninfrastruktur im Unteren Rheintal mit Bund, ÖBB und Gemeinden zur Erarbeitung einer Bestvariante für einen langfristigen Bahnausbau durchgeführt werden. Dabei gilt die zentrale Zielsetzung, dass kein oberirdischer Gleisusbau im dicht besiedelten Raum zwischen Lochau/Hörbranz und Wolfurt sowie am Bodenseeufer erfolgt.

Schieneninfrastruktur und Kapazitäten. Insbesondere Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung auf dem Streckennetz der ÖBB-Infrastruktur AG sollen kurz- und mittelfristig umgesetzt werden. Hierzu gehören die Modernisierung der Strecke Feldkirch – Buchs, der

zweigleisige Ausbau der Strecke zwischen den Haltestellen Hard-Fußach und Lustenau sowie der zweigleisige Ausbau des Klosterbogens (Ausfahrt Bludenz-Bings). In Bezug auf die Montafonerbahn soll das 10. Mittelfristige Investitionsprogramm für Privatbahnen (MIP) abgeschlossen, ein mittelfristiger Angebotsausbau 2030+ fixiert sowie die Finanzierbarkeit der langfristigen Vision einer Bahnverlängerung geklärt und im Mobilitätsbild Montafon festgehalten werden.

Zollkorridorverkehr und grenzüberschreitende Infrastruktur. Die Zollabwicklung mit einer Verlagerung von den Grenzzollstellen zu Zugelassenen Warenorten und rollenden Korridoren soll in den kommenden Jahren in enger Abstimmung mit den Zollbehörden und der verladenden bzw. transportierenden Wirtschaft automatisiert werden. Hierzu sollen auch baulich-infrastrukturelle Maßnahmen bei den betroffenen Zollämtern CH/FL durch den Bund umgesetzt werden. Außerdem wird die Grenzbrücke Au-Lustenau in den nächsten Jahren das theoretische Ende ihrer Lebensdauer erreichen. Gemeinsam mit dem Kanton St.Gallen und in enger Abstimmung mit den Standortgemeinden ist eine Nachfolgelösung zu erarbeiten.

Sicherung von Flächen für übergeordnete Verkehrsinfrastruktur sowie für den Güterverkehr. Die Sicherung von Flächen für die Infrastruktur von höherrangigen Straßen, Schienen, Eisenbahnanlagen und Betriebsgebieten ist essenziell für die Möglichkeit der späteren einfacheren Umsetzung dieser Infrastrukturen. Hierzu sind in Abstimmung mit dem Bund entsprechende Lösungen zu erarbeiten. Für den Güterverkehr und die Logistik geeignete Flächen und Infrastrukturen schaffen langfristig Entwicklungsmöglichkeiten für den Wirtschaftsstandort und sollen mithilfe der Instrumente der Raumplanung gesichert werden.

Mobilitätskonzept und -ziele. Mit dem Mobilitätskonzept Vorarlberg 2019 liegt ein strategischer Rahmen für die Vorarlberger Mobilitäts- und Verkehrspolitik vor, der auf einer integralen Betrachtung und dem Zusammenwirken der Verkehrssysteme beruht. Darin sind auch bereits konkrete Mobilitätsziele für die kommenden Jahre definiert. Die Erreichung dieser Ziele soll mit den definierten und bei Bedarf zu adaptierenden Maßnahmen angestrebt werden.

Lärmschutz. Verkehrsbedingte Lärmauswirkungen sollen nach Möglichkeit von vornherein vermieden werden, gleichzeitig sollen besonders belastete Bereiche durch entsprechende Lärmschutzmaßnahmen entlastet werden. Im Bereich der Schiene und entlang der Autobahn und Schnellstraßen soll dies insbesondere durch ergänzende Lärmschutzprojekte in den Orts- und Stadtgebieten sowie durch Erneuerung bestehender Lärmschutzanlagen erreicht werden. Im Bereich der Landesstraßen soll neben der bestehenden Förderung von Schallschutzfenstern im Rahmen der Wohnhaussanierung im Zuge eines Pilotprojektes die Wirkung von aktiven Schallschutzmaßnahmen (Lärmschutzwand) innerorts untersucht werden.

Radverkehr und Fußverkehr. Im Bereich des Radverkehrs ist die Radstrategie für Vorarlberg der zentrale Handlungsrahmen, an dem sich insbesondere die Umsetzung der einzelnen Radwegeausbauprojekte orientiert. Im Bereich des Fußverkehrs betreffen Maßnahmen vor allem den Aufgabenbereich der Gemeinden. Das Land unterstützt diese bei der Erstellung

von Fußwegekonzepten / Straßen- und Wegekonzepten. Auch Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und Straßenraumgestaltungen in Ortszentren und Quartieren mit hohem Fußverkehrsaufkommen sollen in Abstimmung mit den Gemeinden weiter forciert werden.

Verkehrssicherheit. Das Ziel des Landes ist die höchstmögliche Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer auf Vorarlbergs Straßen. Um dies zu erreichen, sollen weitere Verbesserungen, beispielsweise durch eine mögliche Umgestaltung von Straßenräumen, zusätzliche Schutzwege oder die getrennte Führung der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie Maßnahmen in Abstimmung mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV), umgesetzt werden.

Öffentlicher Verkehr. Für die Erreichung der Mobilitätsziele braucht es einen weiteren Ausbau des ÖPNV und ein klares Bekenntnis zur starken Partnerschaft zwischen Bund, Land und Gemeinden in dessen Ausgestaltung und Finanzierung. Hierzu sollen insbesondere die Tarife und das Angebot weiter verbessert sowie eine stabile Finanzierung gesichert werden. Auch die Weiterentwicklung der Schienen- und ÖPNV-Infrastruktur soll erfolgen, indem die Bahnhofsoffensive fortgeführt, die Bushaltestellenoffensive und eine entsprechende Buspriorisierung umgesetzt werden sollen. Zudem sollen die Planungen für die Neugestaltung der „Mobilitätsdreh Scheibe Bahnhof Bregenz“ im Zusammenhang mit der Stadtteilentwicklung „Bregenz Mitte“ weitergeführt werden.

Barrierefreiheit verbessern. Der öffentliche Verkehr muss auch den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen gerecht werden. Barrierefreie Zugänge, Informationen in einfacher Sprache und entsprechende Unterstützungssysteme sollen die Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Erschließung von touristischen Regionen und Gästemobilität. Eine gute Erreichbarkeit und Verkehrsanbindung der Tourismusdestinationen ist Grundvoraussetzung für den Erfolg Vorarlbergs als Tourismusland. Hierzu gehören auch entsprechend attraktive Voraussetzungen in Bezug auf die Mobilität der Gäste während ihres Aufenthalts wie zum Beispiel umweltfreundliche Mobilitätslösungen wie E-Bike-Verleihstationen und Carsharing-Angebote.

Touristische Infrastruktur. Die Bereitstellung qualitativ hochwertiger touristischer Infrastruktur ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Hierzu gehört neben der Erhaltung und Pflege bestehender sowie Schaffung neuer Wanderwege, Mountainbike- und Radrouten auch die unbürokratische Umsetzung von Bergbahn- und Beschneiungsprojekten zur Qualitätsverbesserung. Dabei wird die großräumige seilbahntechnische Erschließung bisher unberührter Gebiete dezidiert ausgeschlossen.

Alternative Beförderungsmöglichkeiten und innovative Verkehrslösungen. Potenzielle, langfristige Zukunftsprojekte und -konzepte sollen systematisch beobachtet sowie bereits bestehende konkretisiert und vertieft untersucht werden. Hierzu gehören die Ringstraßenbahn, die Verlängerung der Montafonerbahn oder die weitere Ertüchtigung der Arlbergstrecke, aber auch Konzepte wie der „Wälderexpress“ oder mögliche City-Cable-Car-Lösungen für dicht besiedelte und intensiv genutzte Gebiete. Außerdem soll ein

„Zukunftsradar“ mit einer systematischen Beobachtung neuer Trends und technologischer Innovationen eingerichtet werden.

Mobilitätsmanagement. Sowohl im eigenen Wirkungsbereich als auch in Betrieben, in Schulen, in den Gemeinden und in Tourismusregionen soll seitens des Landes das Mobilitätsmanagement weiterhin unterstützt werden. Hierzu sind sowohl bestehende als auch neue Beratungsangebote und Austauschformate anzudenken sowie fachliche Grundlagen und Informationen zu erarbeiten.

Intermodalität und Smart Mobility. Der ÖPNV ist das Rückgrat intermodaler Mobilitätsketten, der durch entsprechende Mobilitätsangebote (Carsharing-Angebot, On-Demand-Verkehre, Initiativen für Ridesharing, hochwertige Radabstellanlagen, Radmitnahmemöglichkeiten und Leihräder) auf der ersten und letzten Meile ergänzt wird. Diese Angebote sollen bedarfsgerecht ausgebaut sowie tariflich, digital und im Sinne von Smart-Mobility-Lösungen weiterentwickelt und bestmöglich aufeinander abgestimmt bzw. integriert werden.

Digitalisierung und digitale Infrastruktur. Die Digitalisierung in der Mobilität soll insbesondere durch die aktive Teilnahme und Weiterentwicklung von österreichischen Gemeinschafts- und weiteren Forschungsprojekten forciert werden. Außerdem soll weiterhin im Zuge von Straßenbaumaßnahmen die strategische Verlegung von Leerrohren für weitere Leitungsinfrastrukturen (Sensorik, Breitband, etc.) erfolgen.

1.6 Raumplanung als Entwicklungsmotor

Das Raumbild Vorarlberg 2030 als strategisches Leitbild. Das Raumbild Vorarlberg 2030 gibt als strategisches Leitbild einen Handlungsrahmen für Politik und Verwaltung vor und zeigt Perspektiven und Potenziale für die zukünftige räumliche Entwicklung Vorarlbergs auf.

Das Raumplanungsgesetz als rechtlicher Rahmen. Das Raumplanungsgesetz (RPG) definiert als rechtliche Grundlage die Ziele der Raumplanung und die entsprechenden Instrumente zu ihrer Erreichung und wurde im Jahr 2019 gemeinsam mit dem Grundverkehrsgesetz (GVG) grundlegend überarbeitet sowie im Jahr 2023 abermals evaluiert und novelliert. In einem nächsten Schritt soll das RPG gezielt auf Vereinfachungen (insbesondere im Hinblick auf einen einfacheren Vollzug und Kontrolle) und Verbesserungen überprüft und überarbeitet werden.

Baukultur und ökologisches Bauen. Die Vorarlberger Baukultur spielt eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung von Wohnbau, Betriebs- und Industriebauten, touristischen Gebäuden sowie bei Infrastrukturbauten und ist über die Grenzen Vorarlbergs hinaus bekannt. Auch zukünftig soll ihr eine identitätsstiftende, zweckmäßige und ressourcenschonende Rolle in der Umsetzung von Bauten zukommen.

Baurechtliche Grundlagen. Die baurechtlichen Grundlagen sollen mit dem Ziel einer weiteren Vereinfachung und Kosteneindämmung novelliert werden. Die rechtliche Grundlage für Bautätigkeiten in Vorarlberg bildet die Bautechnikverordnung. Sie soll speziell

vor dem Hintergrund der Kostenentwicklung im Wohnbau weiter adaptiert und entsprechend „entschlackt“ werden. Grundlage dafür sollen zum einen die Erkenntnisse aus den eigenen Projekten sowie insbesondere die Rückmeldungen aus einem breit angelegten politischen Prozess sein. Dies gilt neben der Bautechnikverordnung auch für weitere Themen wie beispielsweise das Campingplatzgesetz.

Raumplanung speziell für leistbares Bauen und Wohnen nutzen. Mit Instrumenten der Raumplanung sollen wertvolle Flächen bestmöglich genutzt werden und somit mehr Raum zum Wohnen geschaffen werden. Nachverdichtung im Siedlungsgebiet, aber auch bei Betriebsbauten, mehr Sanierungen von Ein- und Mehrfamilienhäusern sind Möglichkeiten, auf bereits versiegelten Flächen mehr Wohn- und Wirtschaftsraum zu generieren.

Sorgsamer Umgang mit Grund und Boden. Der sorgsame Umgang mit Grund und Boden ist seit vielen Jahren ein Grundprinzip der Vorarlberger Raumplanungspolitik. Die Inanspruchnahme von Flächen hat in Vorarlberg trotz starker Bevölkerungszunahme und Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Durch die bestehenden Instrumente der Raumplanung soll diese Entwicklung zukünftig weiter vorangetrieben werden. Die Landesregierung bekennt sich außerdem zur Österreichischen Bodenstrategie, wie sie von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) ausgearbeitet und von den Bundesländern verabschiedet wurde.

Erhalt der Landesgrünzone. Zur Sicherung von überörtlich zusammenhängenden Freiflächen vor Zersiedelung wurde bereits 1977 die Landesgrünzone in den Talsohlen von Rheintal und Walgau verordnet. Auch für die Zukunft ist in Bezug auf die Landesgrünzone weiterhin ein behutsamer und restriktiver Umgang erforderlich, begleitend mit einer Verbesserung und Stärkung der inneren Freiflächenfunktionen. Herausnahmen sollen auch zukünftig nur bei einem konkreten Bedarf und nach intensiver Prüfung getätigt werden.

Schützenswerte Freiräume und Kulturlandschaften. Das Bekenntnis der Landesregierung zur Erhaltung von ursprünglichen, naturnahen und wenig erschlossenen Landschaftsräumen auf Grundlage des Weißzoneninventars wird erneuert. Auch der Erhalt der typischen Kulturlandschaft und landschaftsprägender Elemente ist ein zentrales Anliegen, das durch geeignete Instrumente wie beispielsweise durch Landschaftsentwicklungskonzepte oder einen einzurichtenden Kulturlandschaftsfonds noch zusätzlich abgesichert werden könnte.

Qualitätsvolle Siedlungsentwicklung und öffentliche Räume. Durch die Abstimmung zwischen Siedlungsentwicklung und Mobilität, die Stärkung der Ortszentren, die Festlegung von Siedlungsschwerpunkten, attraktiven öffentlichen Räumen sowie vermehrte Quartiersentwicklung sollen die Chancen für die Siedlungsentwicklung in unserem Land mit den bestehenden Instrumenten der Raumplanung genutzt werden.

Innenentwicklung und Nachverdichtung. Um die Freiräume zu schützen und Zersiedelung zu verhindern sollen vor allem im Rheintal und im Walgau die Grenzen für die Siedlungsentwicklung weitestgehend gehalten werden. Das erfordert eine effiziente bauliche Nutzung von Bauflächen, eine entsprechende Nachverdichtung sowie die Nachnutzung von Bestand, um die Siedlungen vermehrt nach innen entwickeln zu können. Um dem steigenden Bedarf an Wohnraum und Arbeitsplätzen gerecht zu werden, sollen Räume für dichteres und

höheres Bauen definiert und lokalisiert werden. Dies betrifft sowohl Wohngebiete als auch Gewerbeflächen. In ländlichen Räumen soll dabei auf die Gegebenheiten vor Ort Rücksicht genommen werden und maßvolle Entwicklungen einfacher zugelassen werden.

Quartiersentwicklung. Das tägliche Leben spielt sich größtenteils in einigen wenigen Bereichen rund um unseren Wohnort, die Arbeitsstelle und zentrale Orte ab. Öffentliche Bereiche wie Grünflächen, Straßen, Spielplätze und Treffpunkte schaffen ein Netzwerk, das vielfältige Nutzungsmöglichkeiten bietet und das soziale Miteinander in den Quartieren stärkt. Die Quartiersentwicklung soll als zukünftiger Schwerpunkt der Raumplanung festgelegt und die Entwicklung und Gestaltung solcher Quartiere mit gezielten Maßnahmen gefördert werden.

Aktive Bodenpolitik. Die Landesregierung bekennt sich zur Notwendigkeit des Erwerbs von strategischen und für die öffentliche Hand bedeutsamen Grundstücken. Durch den eingerichteten Bodenfonds Vorarlberg sollen deshalb zukünftig sowohl Flächen für Wohnbauprojekte und Betriebe als auch Flächen von strategischer Bedeutung für die Gemeinde- und Regionalentwicklung erworben werden. Gemeinsam mit den Gemeinden werden passende Projekte entwickelt. Gestartet wird mit ausgewählten Pilotprojekten, und die strategische Positionierung wird aufbauend darauf ausgerichtet.

Räumlicher Entwicklungsplan als zentrales Instrument der Gemeinden. Die Erstellung eines räumlichen Entwicklungsplans erhöht die Verbindlichkeit und Qualität der örtlichen Raumplanung, weshalb dieser als zentrales Instrument der Gemeinden von besonderer Bedeutung ist. Es soll jedoch geprüft werden, inwieweit eine Auslegung des räumlichen Entwicklungsplans im Sinne eines räumlichen Strategiepapiers als Planungsgrundlage gesehen und eingesetzt werden kann, was dadurch weniger Verwaltungshandeln und eine schnellere Umsetzung im Verfahren und im Vollzug nach sich ziehen würde.

Sicherung regional bedeutsamer Betriebsgebiete. Die Verfügbarkeit ausreichender Betriebsflächen ist eine Grundvoraussetzung für die Entwicklungsmöglichkeiten der heimischen Wirtschaft und Industrie. In diesem Zusammenhang ist die Identifikation von regional bedeutsamen Betriebsgebieten von Bedeutung, die durch das Land in Zusammenarbeit mit den Gemeinden auch weiterentwickelt werden sollen.

Sonderwidmungen. Sonderwidmungen in der Freifläche sollen nach klar definierten Kriterien weiterhin möglich sein. Durch ihre Ausweisung sollen zukünftig insbesondere gewisse siedlungsunverträgliche Nutzungen zur Vermeidung von Nutzungskonflikten ermöglicht, bestimmte Entwicklungen zugelassen sowie gewachsene Strukturen im Sinne einer praktikablen Raumplanung berücksichtigt werden.

Nahversorgung und strukturverträgliche Handelsentwicklung. Die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen in der Nähe des Wohnorts sowie eine Basisversorgung in den Talschaften soll auch in Zukunft sichergestellt sein. Hierzu soll die Ansiedlung von größeren Handelsbetrieben vorrangig in den Orts- und Stadtkernen erfolgen; gleichzeitig sollen auch weiterhin an anderen Orten strukturverträgliche Entwicklungen durch projektbezogene Landesraumpläne ermöglicht werden.

Landwirtschaftliche Vorrangflächen im Bregenzerwald. In enger Abstimmung mit der REGIO Bregenzerwald und den Gemeinden im Bregenzerwald soll die Sicherung von landwirtschaftlichen Flächen erfolgen. Ziel ist mittelfristig die Erlassung eines Landesraumplanes für landwirtschaftliche Vorrangflächen im Bregenzerwald.

Erneuerbare Energieträger. Bei Photovoltaikanlagen soll der Fokus in erster Linie auf Gebäudedächer und Fassaden gelegt werden, während Grün- und Ackerflächen wie bisher auch zukünftig frei von Photovoltaikflächen bleiben sollen. Bei Windkraftanlagen sollen keine flächigen Ausweisungen erfolgen, und in den wenigen in Vorarlberg dafür geeigneten Gebieten sollen jeweils Einzelfallprüfungen in Abstimmung mit den Gemeinden durchgeführt werden.

Regionale Planung und Infrastrukturen. Die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit bietet eine Vielzahl an Vorteilen sowohl im Hinblick auf die Kosteneffizienz als auch hinsichtlich der Qualität der Planungen und Dienstleistungen. Aus diesem Grund soll die regionale Zusammenarbeit weiterhin gestärkt und regionale Entwicklungsplanungen, regionale Infrastrukturen und die interkommunale Zusammenarbeit unterstützt werden.

1.7 Leistbarer Wohnraum und Schaffung von Eigentum

Mehr leistbare Startwohnungen. Für junges Wohnen hat das Land Vorarlberg gemeinsam mit der VOGEWOSI ein neues Wohnkonzept entwickelt, einfach und leistbar. Einheitliche 2-Zimmer-Wohnungen (50 m²) sollen besonders jungen Menschen in Vorarlberg eine günstige Wohnmöglichkeit in ökologisch hochwertigem Standard bieten. So schaffen wir gemeinsam mit den Gemeinden neue Startwohnungen um 550 Euro pro Monat.

Vorarlberg bietet die attraktivste Wohnbauförderung. Um den geänderten Bedingungen am Kapitalmarkt und den hohen Wohnkosten in Vorarlberg gerecht zu werden, wird die Schaffung von Eigentum durch die Wohnbauförderung des Landes weiterhin ganz gezielt unterstützt. Die günstigen Zinskonditionen der Wohnbauförderung liegen dabei heute deutlich unter Marktniveau. Wer die Fördervoraussetzungen erfüllt, hat Anspruch auf ein Wohnbauförderdarlehen des Landes, wobei dabei junge Familien und der erstmalige Eigentumserwerb besonders berücksichtigt werden sollen.

Neues Mietkauf-Modell. Ein neues Mietkauf-Modell bringt Klarheit und Sicherheit beim Erwerb von Eigentum. Es berechtigt Mieterinnen und Mieter grundsätzlich zu einem Kauf der Wohnung nach einer gewissen Zeit. Beim neuen Modell soll dabei bereits beim Zeitpunkt des Bezuges der spätere Kaufpreis festgelegt werden. Neben finanziellen Vorteilen geht es auch darum, den Zugang zu Eigentum niederschwelliger zu gestalten, den hohen finanziellen Druck sowie die Belastungen gerade in jungen Jahren zu reduzieren. Erste Überlegungen dazu sollen ausgerollt werden und bei entsprechendem Bedarf flächendeckend angeboten werden.

Keine Grunderwerbssteuer für das erste Eigentum. Die Abschaffung der Grunderwerbssteuer auf das erste Eigentum bleibt eine zentrale Forderung Vorarlbergs an die neue Bundesregierung.

Gemeinnütziger Wohnbau. Der gemeinnützige Wohnbau trägt zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung bei. Durch Sanierung, Neubau und Nachverdichtung werden sowohl die Qualität als auch die Quantität des gemeinnützigen Wohnbaus in Vorarlberg gesteigert. Im Jahr 2024 befinden sich landesweit rund 800 gemeinnützige Wohnungen im Bau, in den nächsten Jahren stehen zudem einige Sanierungsprojekte sowie Nachverdichtungen im Fokus. Dabei wird das Ziel verfolgt, eine höhere Wohnqualität, weniger Energiekosten, mehr Klimaschutz und einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden zu gewährleisten. Dabei sollen jedoch insbesondere die Errichtungs- und Herstellungskosten möglichst niedrig gehalten werden.

Wohnraum-Aufwertung durch Sanierung. Durch Sanierungen soll der vorhandene Wohnraum aufgewertet und bestmöglich genutzt werden. Insbesondere junge Familien sollen beim Kauf und der Sanierung von älteren Eigenheimen besonders unterstützt werden. Durch die Anpassung der Sanierungsrichtlinie an die Neubauförderung und die Bereitstellung von günstigen Sanierungsdarlehen soll die Anzahl der Sanierungen insgesamt deutlich gesteigert werden. Dadurch soll der vorhandene Bestand besser genutzt, einem drohenden Leerstand entgegengewirkt und leerstehende Wohnungen und Häuser aktiviert werden. Auch die Beratung über Möglichkeiten von Sanierungsmaßnahmen sowie deren Finanzierung soll intensiviert werden. Zusätzliche Effekte sind eine positive Energie- und Umweltbilanz sowie wichtige Impulse für das Bau- und Baunebengewerbe.

Projekt „Sicher Vermieten“. Bestehender Wohnraum soll aktiviert und Leerstand mobilisiert werden. Mit dem Projekt „Sicher Vermieten“ wird Eigentümerinnen und Eigentümern eine sichere und unkomplizierte Möglichkeit geboten, ihre Immobilie zu vermieten. Seit dem Start des Modells wurden mehr als 270 Objekte im Ausmaß von ca. 22.000 m² Wohnfläche erfolgreich vermietet, wodurch rund 800 Menschen ein neues Zuhause gefunden haben. Dieses erfolgreiche Modell entlastet den Wohnungsmarkt in Vorarlberg und soll weiter ausgebaut werden.

Vergabe gemeinnütziger Wohnungen. Die Dauer der Meldezeit in Vorarlberg zum Zeitpunkt der Bewerbung für eine gemeinnützige Wohnung sowie entsprechende Deutschkenntnisse sollen bei der Wohnungsvergabe starke Berücksichtigung finden. Eine entsprechende Änderung der Wohnungsvergaberichtlinien wird in Abstimmung mit dem Gemeindeverband angestrebt.

Leistbares studentisches Wohnen. Durch ein Wohnheim für Studierende soll es zusätzlich zu einer Entlastung des lokalen Wohnungsmarktes kommen. Bisher waren jährlich rund 120 Studierende aus aller Welt auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen. Um eine Entlastung zu erwirken, wird im unmittelbaren Umfeld der Fachhochschule Vorarlberg ein Studierendenwohnheim in Kooperation mit der Stadt Dornbirn errichtet.

Mit der Wohnbeihilfe hilft das Land in finanziellen Notlagen. Mit der Wohnbeihilfe hilft das Land all jenen, die in eine Notlage geraten sind bzw. Probleme haben, die Miete oder die Kreditrückzahlung(en) für die Wohnraumschaffung bzw. Sanierung aus eigener Kraft zu stemmen. Die Wohnbeihilfe wurde angesichts der gestiegenen Wohnkosten deutlich erhöht, die Obergrenze des anzurechnenden Wohnungsaufwandes angehoben und die Einkommenstabelle angepasst. Eine laufende Evaluierung und notwendige Verbesserungen

sollen gewährleisten, dass auch zukünftig möglichst zielgenau unterstützt und geholfen werden kann und somit die Wirksamkeit sichergestellt wird.

Unbürokratisches Hilfsinstrument Heizkostenzuschuss. Der Vorarlberger Heizkostenzuschuss soll beibehalten werden.

Mehr Handlungsspielraum für die Länder. Da sich in Vorarlberg viele Rahmenbedingungen von jenen in anderen Bundesländern unterscheiden, braucht es bei den Themen Wohnen und Eigentumserwerb mehr Handlungsspielraum im Land. Folgende Forderungen aus Vorarlberg an den Bund bleiben deshalb aufrecht:

- Kaufnebenkosten auf Angemessenheit und Aktualität prüfen,
- die Absetzbarkeit von Aufwendungen für die Finanzierung von ersten Eigenheimen sowie Eigentumswohnungen wiedereinführen,
- Mietrechtsgesetz novellieren,
- Kontrollvorschriften evaluieren und die Querfinanzierung innerhalb des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) in gewissem Ausmaß ermöglichen sowie
- ein neues Finanzierungsmodell für umfassende thermische Sanierungen im WGG entwickeln.

KIM-Verordnung. Die Rahmenbedingungen für Finanzierungen sind essenziell bei der Schaffung von Wohneigentum. Die derzeit geltende Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-V) entspricht nicht mehr den aktuellen Rahmenbedingungen; sie ist zu strikt und verhindert, anstatt zu schützen. Deshalb setzen wir uns bei der Bundesregierung für eine Abschaffung dieser Verordnung ein. Jedenfalls sollen in Eigennutzung bewohnter, wohnbauförderter Wohnraum sowie Sanierungen von der Regulierung ausgenommen werden.

2. Gesundheits- und Pflegeversorgung sichern – soziales Netz erhalten

Eine verlässliche Gesundheitsversorgung in hoher Qualität für alle Vorarlbergerinnen und Vorarlberger, die sie brauchen – das ist unsere Verpflichtung. Zu einer modernen Gesundheitspolitik gehören die Förderung eines gesunden Lebensstils und Prävention, die Sicherstellung einer hochwertigen medizinischen Versorgung, der Ausbau digitaler Gesundheitsdienste, eine moderne Patientinnen- und Patientenlenkung sowie beste Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Die größte Herausforderung ist und bleibt es, ausreichend Fachkräfte zu finden und zu halten sowie die Finanzierung unseres hochwertigen Gesundheitssystems langfristig und nachhaltig abzusichern.

Das Land Vorarlberg hat die Aufgabe, die Spitalsversorgung bedarfsgerecht und wirtschaftlich weiter zu entwickeln und Schnittstellenprojekte hin zur niedergelassenen Versorgung, deren Zuständigkeit bei der Sozialversicherung liegt, umzusetzen. Gemeinsam mit der Sozialversicherung wird eine effiziente Patientinnen- und Patientenlenkung weiter aufgebaut.

Mehr gesunde Lebensjahre für alle. Gesundheit zu fördern, ist besser als Krankheiten zu heilen. Diesem Grundsatz folgend unterstützt das Land Vorarlberg aktiv viele Initiativen für eine gesündere Lebensweise und intensiviert die Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention. Ein Schwerpunkt liegt auf der Kinder- und Jugendgesundheit – gesund Aufwachsen ist die Basis für ein gesundes Leben. Wir appellieren auch an die Eigenverantwortung der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger: Je länger wir fit und gesund bleiben, desto besser ist es für das Gesundheitssystem, desto besser ist es für uns selbst.

Sport und Bewegung haben für die Menschen in unserem Land einen hohen Stellenwert. Das reichhaltige Angebot ist ein wichtiger Standortfaktor. Sportliche Aktivitäten fördern die Gesundheit, tragen zur Inklusion und sozialen Integration bei und haben eine hohe Vorbildwirkung für junge Menschen. Die Förderung des Sports in all seinen Facetten hat daher große Bedeutung; dies gilt für den Breitensport genauso wie für den Spitzensport. Unser besonderes Anliegen ist es, die Leidenschaft von Kindern und Jugendlichen für Bewegung zu wecken.

Pflegebedürftige Menschen verdienen beste Betreuung. Das geht weit über die reine Versorgung hinaus und verlangt menschliche Zuwendung. Die zunehmende Zahl älterer Menschen verbunden mit dem Mangel an Fachkräften stellt Vorarlberg dabei vor große Herausforderungen. Das Ziel des Landes ist klar: Wer möchte, soll so lange wie möglich zu Hause betreut werden. Um die Angehörigen zu entlasten, brauchen sie gut organisierte und qualitativ hochwertige Unterstützung. Betreuung und Pflege liegen nicht nur in der Verantwortung der Familien, sondern sind auch gesellschaftlicher Auftrag. Und jene Menschen, die intensive Pflege brauchen, sollen zeitnah Platz in einem Pflegeheim bekommen. Gemeinsam mit den Vorarlberger Gemeinden werden die entsprechenden Angebote über den Vorarlberger Sozialfonds laufend weiterentwickelt, um Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern ein stabiles Netz der Pflege zu bieten.

Vorarlbergerinnen und Vorarlberger mit und ohne Behinderungen sollen gleiche Chancen für ein gutes Leben haben. Menschen mit Behinderung sollen in allen Lebensbereichen teilhaben, um möglichst eigenständig und selbstbestimmt leben zu können. Neben einem klaren Statement für Menschen mit Behinderung stehen regionale Lösungen im Sinne der Inklusion sowie die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure wie Gemeinden, Betriebe und Bildungseinrichtungen im Fokus.

Niemand wird in Vorarlberg allein gelassen. Das Leben ist unberechenbar: Es kann jeder und jedem passieren, aus den geordneten Lebensbahnen geworfen zu werden. Oft auch ohne das eigene Zutun, wie gerade die vergangenen Jahre gezeigt haben. Krieg in Europa, Angst vor der Zukunft, hohe Lebenshaltungskosten – viele Menschen tun sich schwer, ihren Alltag zu bewältigen. Sie sollen wissen, dass sie mit ihren Sorgen und Nöten nicht allein sind. Unser Ziel dabei: Hilfe zur Selbsthilfe so weit wie möglich. Das Land Vorarlberg unternimmt gemeinsam mit den Gemeinden in allen Bereichen große Anstrengungen, um Armut zu vermeiden und sie nicht von Generation zu Generation weiterzutragen. Gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherheit für alle ist unser Ziel.

Unsere gemeinsamen Ziele sind:

- **Verlässliche Gesundheitsversorgung in hoher Qualität**
- **Mehr gesunde Lebensjahre für alle**
- **Leidenschaft für Bewegung wecken – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen**
- **Gut betreut zuhause alt werden**
- **Teilhabe für Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen**
- **Armut vermeiden – soziale Sicherheit gewährleisten**

2.1 Gesundheitsversorgung und Sekundärprävention

Ein Vorarlberger Spitalscampus für zukunftsfitte Strukturen. Um unsere Spitäler fit für die Zukunft zu machen, braucht es moderne Strukturen. Nur so können wir eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sicherstellen: professionell versorgt, menschlich umsorgt. Die Gesundheitsversorgung steht vor allem durch demografische Entwicklungen vor großen Herausforderungen: immer mehr Patientinnen und Patienten sind zu versorgen, immer weniger junge Fachkräfte stehen zur Verfügung. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen auch die Spitalsstrukturen angepasst werden.

Im Vorarlberger Spitalscampus werden zeitnah die Kompetenzen der sieben Krankenhausstandorte – nach dem gesundheitsplanerischen Grundsatz „So zentral wie nötig, so wohnortnah wie möglich“ – örtlich zusammengeführt und Kräfte gebündelt sowie Kooperationen mit allen Systempartnern gestärkt. Demzufolge ist die spezialisierte stationäre Versorgung vorrangig im Schwerpunkt Krankenhaus Feldkirch zu konzentrieren, die Aufteilung von anderen fachlichen Schwerpunkten erfolgt über alle weiteren Standorte. Dies wird die Angebote der Häuser im Sinne von modernen Gesundheitszentren verändern, sichert durch entsprechende Fallzahlen die Qualität der Versorgung und Ausbildung sowie die Attraktivität der Arbeitsplätze durch ausreichend Personal.

Eine sinnvolle Ressourcennutzung zum Wohle der Patientinnen und Patienten, insbesondere im Hinblick auf die hohen Investitionskosten in die bauliche Adaptierung der bestehenden Spitalsstandorte, setzt eine langfristige Planung der Spitalsstandorte voraus.

Handlungsleitend bei der Neuausrichtung sind dabei die Festlegungen im Regionalen Strukturplan Gesundheit, Betreuung und Pflege 2025/2030.

Campus-Schwerpunkt Versorgungssicherheit. Unter dem Titel Versorgungssicherheit für Vorarlberg soll der Spitalscampus die größtmögliche Autonomie in der medizinischen Versorgung bieten, soweit dies medizinisch möglich und sinnvoll ist.

Beispiele hierfür sind:

- **Stärkung von landesweiten Kompetenzverbänden.** Die bewährten bestehenden Kompetenzverbände im Bereich Pädiatrie, Orthopädie/Traumatologie werden gemeinsam mit Systempartnern weiterentwickelt und weitere Verbände, beispielsweise im Bereich der diagnostischen Medizin, geprüft.
- **Stärkung von telemedizinischen Angeboten,** beispielsweise digitale Arztkonsultationen zur OP-Vorbereitung oder digitale Befundung.
- **Kinder- und Jugendpsychiatrie.** Nach dem Neubau der Erwachsenenpsychiatrie im Landeskrankenhaus Rankweil wird die Versorgungssituation auch für die Kinder- und Jugendpsychiatrie verbessert und ein Neubau errichtet.
- **Akutgeriatrie.** Die Behandlung von geriatrischen Patientinnen und Patienten stellt das medizinische Personal vor Herausforderungen. Deshalb werden in Abstimmung mit der Abteilung Gerontopsychiatrie spezielle Versorgungseinheiten für Akutgeriatrie eingerichtet. Aufbauend darauf soll das Aufnahme- und Entlassungsmanagement sowie das intramurale Nachsorgeangebot weiter verstärkt und noch besser mit den anschließenden Gesundheits- und Pflegediensten im niedergelassenen Bereich verknüpft werden.
- **Infektiologie/Pandemiesicherheit.** Vorarlberg baut weitere Ressourcen im Pandemie-Management durch ein spezifisches Kompetenzzentrum in Vorarlberg auf. Entwickelt werden vorbeugende Maßnahmen gegenüber Bedrohungen durch übertragbare Erkrankungen sowie Strukturen für die Patientenbetreuung im Krisenfall.

Campus-Schwerpunkt effiziente Patientinnen- und Patientenlenkung. Unter dem Titel Patientinnen- und Patientenlenkung sollen Maßnahmen umgesetzt werden, die Vorteile für Spitalspatientinnen und -patienten bieten und gleichzeitig Entlastungen in Spitalsambulanzen bzw. -abteilungen bewirken sollen. Beispiele hierfür sind:

- **Erstversorgungsambulanzen (EVAs)** vor jedem Vorarlberger Spital sollen helfen, Wartezeiten für Patientinnen und Patienten zu vermeiden und medizinische Abläufe zu optimieren.
- **Versorgungszentren** in enger Zusammenarbeit aller Gesundheitsdienste ergänzen die primäre Versorgung im niedergelassenen (extramuralen) Bereich. In Vorarlberg geplant sind Versorgungszentren für Personen mit sehr häufigen, oft chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, psychischen Erkrankungen und Dialyse für Menschen mit schweren Nierenerkrankungen.

- **Überleitungspflegestationen** in den Vorarlberger Spitälern sollen helfen, die Übergänge nach einem Spitalsaufenthalt zu verbessern, wenn das Anschlusssystem im Pflegeheim oder zuhause nicht rechtzeitig zur Verfügung steht.
- **Zentrale Aufnahmestationen** in den Spitälern sollen die optimalen Aufnahmen von Notfällen gewährleisten und bei geplanten Eingriffen unterstützen sowie Stationen vor allem in der Nacht entlasten.

Attraktive Arbeitsplätze und faire Entlohnung in Vorarlbergs Krankenhäusern. Die wichtigste Säule für unsere Gesundheitsversorgung sind unsere Mitarbeitenden, die 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche, für die Bevölkerung da sind. Um neue Fachkräfte zu gewinnen und bestehende zu halten, sind attraktive Rahmenbedingungen notwendig. In Vorarlbergs Spitälern kommen daher immer mehr lebensphasengerechte Ausbildungs- und Arbeitszeitmodelle zum Einsatz. Zusätzlich erhöhen begleitende Maßnahmen, wie der Ausbau von Care-Support, günstiger Wohnraum, Kinderbetreuung, der Ausbau von digitalen Angeboten zur aktiven Entlastung oder betriebliche Gesundheitsförderung, die Attraktivität von Arbeitsplätzen im Gesundheitsbereich. Als Ausdruck der Wertschätzung wird eine „Charme-Offensive“ für Mitarbeitende entwickelt. Neben diesen Maßnahmen braucht es ein faires Gehaltssystem für alle. Wie angekündigt wurde im Jahr 2024 das aktuelle Gehaltssystem evaluiert und Handlungsbedarf festgestellt. Erste Modelle wurden entwickelt. Rasch umsetzbare Maßnahmen werden bereits 2024 umgesetzt, z. B. attraktive Karrieremodelle für Ärzteschaft und Pflege. Für einen Eingriff ins Gehaltssystem braucht es eine Gesetzesänderung und einen entsprechenden parlamentarischen Prozess in der kommenden Regierungsperiode. Es braucht weiterhin ein faires und attraktives Gehaltssystem für alle Mitarbeitenden im Gesundheitssystem.

Datenbasierte Personalbedarfsberechnung und Optimierung der Personaleinsatzplanung. Die demografischen Entwicklungen stellen Vorarlbergs Krankenhäuser vor große Herausforderungen. Es werden daher die Anstrengungen verstärkt, um die Personaleinsatzplanung weiter zu optimieren. Insbesondere Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegefachkräfte müssen für ihre Kernaufgaben freigespielt werden. Dazu sollen datenbasierte Personalplanungstools, mit denen die Delegation von Aufgaben an Assistenz- und Administrativkräfte sowie andere Berufsgruppen optimiert wird, flächendeckend ausgebaut werden. Zudem werden die Arbeitszeit- und Einsatzmodelle weiter optimiert. Ziel ist ein guter Mix aus Anwesenheitsdiensten, Arbeitsbereitschafts- und Rufbereitschaftsmodellen.

Sicherheit in Spitälern gewährleisten. Für uns ist klar: Wir müssen die Patientinnen und Patienten sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen. Übergriffe, aber auch Nichteinhaltung der Hausordnung durch manche Krankenhausbesucherinnen und -besucher haben in unseren Spitälern nichts zu suchen. Um die Sicherheit in unseren Spitälern zu gewährleisten, ist es unerlässlich, ausreichendes Sicherheitspersonal in den Vorarlberger Spitälern einzusetzen. So können wir sicherstellen, dass eine sichere Umgebung für die medizinische Versorgung gewährleistet wird.

Organisation und Finanzierung aus einer Hand – Gesundheit Vorarlberg GmbH. Für die Umsetzung neuer Versorgungsangebote und -strukturen, insbesondere an den Schnittstellen zwischen ambulantem und stationärem Bereich, gilt es, die gemeinsame Organisation und Finanzierung mit den Sozialversicherungspartnern sicherzustellen – damit geht Vorarlberg

im Sinne der Patientinnen und Patienten einen neuen Weg und führt die „Finanzierung aus zwei Töpfen“ im Land wieder zusammen. Für die Organisation der neuen extramuralen Dialyseeinheit in Rankweil wurde dazu gemeinsam mit der Sozialversicherung die Gesundheit Vorarlberg GmbH gegründet. Geprüft wird, ob weitere Zielsteuerungs-, eHealth- oder ÖGD-Projekte darüber (weiter)entwickelt und betrieben werden können.

Digital vor ambulant vor stationär. Der Ausbau von eHealth-Angeboten hat in Vorarlberg hohe Priorität. Die eHealth-Strategie Vorarlberg 2024 bis 2028 definiert die Ziele und operativen Handlungsfelder. Aufgrund organisatorischer, fachlicher und technischer Prioritäten und Abhängigkeiten wird eine definierte Roadmap für die Umsetzung entwickelt. Neben der kontinuierlichen Weiterentwicklung der technischen Infrastruktur sollen insbesondere folgende Maßnahmen gesetzt werden: digitale Zugänge zu Informationen und Angeboten der Gesundheitsförderung und Prävention sowie der Gesundheitsversorgung (insbesondere über die Vorarlberger Gesundheits-App Xsund), die Steuerung von Patientinnen- und Patientenströmen nach dem Grundsatz „digital vor ambulant vor stationär“ (insbesondere über die Gesundheitsberatung 1450) und eine verbesserte sektorenübergreifende Kommunikation. Beratungen per Video Calls und Telefon Chats sollen die Erstversorgung weiter verbessern, damit alle Patientinnen und Patienten jederzeit die notwendige, für sie passende Beratung bzw. Behandlung bekommen. Für Einsätze von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern wird die digitale Zuschaltung von Notärztinnen und Notärzten in einem regionalen Pilotprojekt umgesetzt und evaluiert. Die elektronische Gesundheitsakte ELGA schafft dabei mehr Transparenz, Sicherheit und Qualität in der Behandlung von Patientinnen und Patienten. Die noch fehlenden Pflegeheime in Vorarlberg sowie der niedergelassene Bereich werden ebenfalls angeschlossen.

Die neue 1450 – direkt zum Best Point of Service. Ein Ausbau der telefonischen Gesundheitsberatung 1450 soll nach dem Grundsatz „digital vor ambulant vor stationär“ Vorarlbergerinnen und Vorarlberger schneller zum besten Ort der Versorgung lotsen. Vorteile sind schnelle Hilfe in allen medizinischen Fragen, möglichst kurze Wartezeiten und effizienter Personaleinsatz. Der Ausbau soll in Abstimmung mit den Entwicklungen auf Bundesebene von der telefonischen Erstberatung über Videokonsultationen bis zur konkreten Terminservicestelle erfolgen. Sichergestellt werden soll, dass der weitere Ausbau gemeinsam durch die Finanziers, also Land und Sozialversicherung, erfolgt; dafür werden unterschiedliche Entwicklungsvarianten geprüft.

Weitere Stärkung der Primärversorgung. Die Stärkung des niedergelassenen Bereiches wird durch vielerlei Maßnahmen unterstützt: etwa durch die Einführung kostengünstiger Vorbereitungskurse und -lehrgänge für die Zugangsprüfungen der Medizinuniversitäten, aber auch durch die Bereithaltung von Lehrkrankenhäusern, die Einführung von Lehrpraxen für Allgemeinmedizin, Augenversorgung und Pädiatrie oder die Entwicklung und Mitfinanzierung flächendeckender Bereitschaftsdienstmodelle. Darüber hinaus unterstützt das Land Vorarlberg die Einrichtung von multidisziplinären Gesundheitszentren, sogenannten Primärversorgungszentren.

Trotz chronischer Erkrankungen eine hohe Lebensqualität. Unser Ziel ist es, dass Menschen mit chronischen Erkrankungen ein Leben mit hoher Lebensqualität führen können und sich ihr Gesundheitszustand nicht weiter verschlechtert. Neben besseren Schnittstellen zwischen Spitälern und niedergelassenem Bereich sollen eigene Versorgungszentren helfen, chronisch kranke Patientinnen und Patienten noch besser zu versorgen. Geplant sind

- Diabetes-Stützpunkte in ganz Vorarlberg plus eine telefonische bzw. digitale Anlaufstelle,
- digitale Unterstützung durch „Herz-Mobil“ und „Onko-Mobil“,
- ein „nephrologisches Screening“ zur Früherkennung, um das Risiko schwerer Nierenerkrankungen zu reduzieren,
- Versorgungszentren für Menschen mit psychischen Erkrankungen – insbesondere für einen besseren Übergang nach einem stationären Aufenthalt,
- ein neues, modernes Dialysezentrum.

Moderne Dialyse-Versorgung. Aufgrund der zunehmenden Inanspruchnahme im Bereich der extramuralen Dialyseversorgung in Vorarlberg planen Land, Sozialversicherung und KHBG eine Neustrukturierung und den Ausbau der Dialyseversorgung. Das Dialyseangebot im niedergelassenen Bereich wird an einem Standort in Rankweil zusammengeführt und modern ausgebaut. Damit kommen wir den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten und der Mitarbeitenden entgegen und schaffen bestmögliche Rahmenbedingungen für eine langfristige Sicherung der Dialyseversorgung.

Offensive zur Verkürzung der MRT-Wartezeiten. Um die langen Wartezeiten für MRT-Termine im niedergelassenen Bereich zu verkürzen, hat die dafür zuständige Sozialversicherung gemeinsam mit den Ländern Zielbilder zur Stärkung der MRT-Kapazitäten entwickelt. Für Vorarlberg sind zusätzliche CT-Geräte, die Einführung einer zentralen Terminservicestelle für Patientinnen und Patienten, ein transparentes Wartezeiten-Monitoring, ein an die Dringlichkeit angepasstes und diagnose-basiertes Zuweisungssystem sowie ein digitalisiertes Bewilligungs-System geplant. Vorarlberg wird die Umsetzung dieser Maßnahmen mit Nachdruck einfordern.

Ja zum Lebensschutz – am Beginn und am Ende des Lebens. Am Beginn des Lebens bleibt unser oberstes Ziel, ein „Ja“ zum Kind zu ermöglichen. Daher wurden Beratung und Information deutlich verstärkt. Sollte sich eine Frau dennoch für einen Abbruch ihrer Schwangerschaft entscheiden, soll sie sich in Vorarlberg auf ein medizinisch sicheres und möglichst anonymes Umfeld verlassen können. Dies ist in Vorarlberg im Landeskrankenhaus Bregenz organisiert. Jede Frau erhält vor Ort ein Angebot für eine Schwangerschaftskonfliktberatung. Durch eine umfassende Information über alle Möglichkeiten und Alternativen wird damit eine fundierte Entscheidung ermöglicht und die Frau in dieser schwierigen Umbruch- und Krisensituation, unabhängig von ihrer Entscheidung, bestmöglich begleitet. Die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch werden nicht von der öffentlichen Hand übernommen, die Leistung bleibt privat zu finanzieren, es sei denn, der Abbruch ist aus medizinischen Gründen notwendig. Wir sind überzeugt, mit diesem Weg ein sorgsames Angebot in Vorarlberg geschaffen zu haben.

Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung. Auch am Ende des Lebens steht für uns die Würde des Lebens im Mittelpunkt. In Vorarlberg ist eine sehr gute Begleitung auch in

der letzten Lebensphase sichergestellt. Die Angebote werden in enger Abstimmung mit den Systempartnern des bundesweiten Hospiz-Palliativ-Fonds laufend ausgebaut. Mit viel Kompetenz und Einfühlungsvermögen unterstützen die Teams der Palliativstation am LKH Hohenems, das mobile Palliativteam und das Team des stationären Hospizes am See zusätzlich die niedergelassene Versorgung. Ein schmerzfreies Sterben, Geborgenheit und der Erhalt der Würde bis zuletzt sind die Grundlagen ihrer Arbeit. Soziale Netze helfen in allen Lebenslagen. Wir alle gemeinsam sind Vorarlberg: Solidarisch jeden Tag zusammenleben. Wir fördern Familien und ein respektvolles Zusammenleben der Generationen.

Mobile Kinderkrankenpflege. Im Rahmen der Mobilen Kinderkrankenpflege werden schwer kranke, behinderte und sterbende Kinder zu Hause gepflegt. Das etablierte System wird weiter gestärkt und somit eine sehr gute Versorgung in enger Abstimmung mit den Versorgungsteams der Vorarlberger Krankenhäuser ermöglicht.

Vorarlberger Kompetenzzentrum für Gesundheitsberufe. Vorarlberg öffnet alle Wege in den Pflegeberuf mit und ohne Matura. Für eine hochwertige und einfühlsame Betreuung – stationär, ambulant oder zuhause – brauchen wir gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte. Von der Lehre bis zum Bachelorabschluss stehen auf allen Bildungsebenen viele unterschiedliche Ausbildungswege zur Verfügung. Diese sollen auch in Zukunft sichergestellt werden. Im Vorarlberger Welcome Center werden alle Interessierten zentral beraten und über alle Wege in Gesundheits- und Sozialberufe sowie über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten informiert. Weitergeführt werden soll auch die Ausbildungskooperation mit der FH Gesundheit Tirol für andere nichtärztliche Gesundheitsberufe. Personen, die eine Ausbildung anstreben, können einen Ausbildungsvertrag mit einer Vorarlberger Gesundheitseinrichtung schließen. Sie profitieren dabei von einem monatlichen Taschengeld und anderen Vorteilen und verpflichten sich, nach dem Studium in Vorarlberg für eine bestimmte Zeit zu arbeiten. Um die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, soll im Amt der Landesregierung ein „Kompetenzzentrum für Gesundheitsberufe“ etabliert werden. Es dient dem laufenden Monitoring, der Koordination und Steuerung hinsichtlich der Ausbildungen des ärztlichen und nichtärztlichen Gesundheitspersonals für interessierte Absolventinnen und Absolventen mit im Ausland erworbenen Abschlüssen, der Abwicklung von Nostrifikationsverfahren sowie dem Projektmanagement im Recruiting von Gesundheitspersonal.

Beste Ausbildung und Top-Jobs für junge Ärztinnen und Ärzte. Aufgrund einer Bedarfsstudie weiß Vorarlberg genau, in welchen Bereichen wie viele Ärztinnen und Ärzte bis 2030 benötigt werden. Eine Qualitätsoffensive und beste Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sollen die hohe Qualität der Ausbildung weiter stärken, die Angebote attraktivieren und laufend weiterentwickeln. Im Bildungsbeirat der Landeskrankenhäuser sollen attraktive Anreizmodelle entwickelt werden, um Ärztinnen und Ärzte bereits während ihrer praktischen Ausbildung für Mangelfächer zu interessieren. Individuelle Karriere- und Kaderarztmodelle sollen zusätzlich einen starken Anreiz bieten, auch nach der Ausbildung in Vorarlberg zu bleiben bzw. ein Jobangebot in Vorarlberg (wieder) anzunehmen.

Vorarlberg prüft Machbarkeit einer privaten Medizin-Uni. Eine Ausbildungsschiene in Vorarlberg für Ärztinnen und Ärzte in Kooperation mit einer bestehenden Universität kann für Vorarlberg eine zusätzliche Stärkung des medizinischen Ausbildungs- aber auch des

Forschungsangebots bieten. Der Vorteil wäre, mehr Mitarbeitende zu gewinnen sowie Ärztinnen und Ärzte zu halten, die auch wissenschaftlich arbeiten und Studien initiieren wollen. Auch die Versorgungsqualität soll damit nochmals gesteigert werden. Dafür werden derzeit mögliche Partner-Universitäten sowie die finanziellen, personellen und wissenschaftlichen Ressourcen abgeklärt. Ziel ist eine umfassende Entscheidungsgrundlage zu erhalten: Vorarlberg sagt nur dann Ja, wenn eine qualitätsvolle Ausbildung gesichert werden kann und die notwendigen – insbesondere personellen – Ressourcen zur Verfügung stehen.

Förderung gewidmeter Studienplätze für Humanmedizin. Dem Land Vorarlberg wurden für das Studienjahr 2024/25 erstmals drei Studienplätze an der Medizinischen Universität Innsbruck zugewiesen. Um künftige Ärztinnen und Ärzte insbesondere für den Öffentlichen Gesundheitsdienst auszubilden, wird mit Bewerberinnen und Bewerbern ein Ausbildungsvertrag geschlossen. Die Studierenden erhalten während der Ausbildung einen attraktiven Ausbildungszuschuss. Dieses Modell soll weiterentwickelt werden, um die Aufgaben des ÖGD in Vorarlberg zukünftig weiterhin sicherstellen zu können.

2.2 Public Health – Gesundheitsförderung und Primärprävention

Kinder wachsen in Vorarlberg „xsund“ auf. Regelmäßige Bewegung, ausgewogene Ernährung, gute Bildungschancen sowie ein kindgerechtes Umfeld stellen sicher, dass Vorarlberger Kinder gesund aufwachsen können. Mit einem Bündel an Maßnahmen – sowohl in der Prävention als auch im Ernstfall – und der Mithilfe aller Beteiligten wird gewährleistet, dass allen Kindern eine gesunde Entwicklung offensteht.

Jedes Vorarlberger Kind bewegt sich mindestens eine Stunde am Tag. Nach der Testphase in den Pilotregionen Bregenzerwald und Walgau wird die tägliche Bewegungseinheit auf ganz Vorarlberg ausgerollt und damit der Grundstein für eine gesunde Lebensweise gelegt. Vorarlberg ist hier österreichweiter Vorreiter.

Starke Eltern für starke Kinder. Für Vorarlberg soll eine digitale Eltern-Plattform mit Reminder-System entwickelt werden. Ziel einer solchen Elternplattform ist ein interaktives Unterstützungsangebot für Eltern von Kindern von 0 bis 18 Jahren. Sie bekommen damit zum richtigen Zeitpunkt die richtige Information von Vorarlberger Expertinnen und Experten, um Kinder in ihrer Entwicklung gut begleiten zu können.

Vbewegt-App: Vorarlbergerinnen und Vorarlberger leben gesünder. Vorbeugen und positiv motivieren. Die Vbewegt-App macht Lust auf ein gesundes Leben: regelmäßige Bewegung, ausgewogene Ernährung, mentale Fitness. Sie zeigt motivierende Wege für einen gesunden Lebensstil auf, passend für jede Frau, für jeden Mann, für jedes Alter. Eine effiziente Gesundheitsförderung und Vorsorge können nachweislich Krankheiten verhindern, die Lebensqualität verbessern, Kosten senken. Wir legen den Fokus daher auf mehr Präsenz, mehr Mittel, mehr Tun.

Bis ins hohe Alter ein gesundes Leben in Selbständigkeit und sozialer Teilhabe. Ältere Menschen sollen möglichst lange ein gesundes Leben führen können, selbständig leben und

sozial gut eingebunden sein. Dafür braucht es ein gesundheitsförderndes Umfeld: in der Familie, in der Gemeinde und im Land. Entsprechende Angebote und Strukturen, beispielsweise in Vereinen, werden laufend weiter ausgebaut – vom Bewegungs- und Ernährungsangebot über aktive Maßnahmen für Unfallprävention, mentale Fitness und sinnstiftende Beschäftigung, bis hin zum Ausbau von sozialen Kontakten zur Verhinderung von Vereinsamung. Das ermöglicht ein breites Netzwerk für Wohlbefinden und den Erhalt der Selbständigkeit bis ins hohe Alter.

Vorarlbergs Schulen als gesunde Orte.

- **Schuluntersuchung neu.** Vorarlberg hat die Schulgesundheit auf völlig neue Beine gestellt. Die jährlichen Schuluntersuchungen nehmen nunmehr Rücksicht auf die altersgerechten Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen. Neben der körperlichen Entwicklung wird das Augenmerk auch auf die psychische Gesundheit sowie auf Themen wie Motorik, Medienkonsum oder Ernährung gerichtet. Attraktivere Rahmenbedingungen sowie eine digitale Abwicklung sollen dafür sorgen, dass mittelfristig wieder alle Pflichtschulen eine schulärztliche Betreuung erhalten. Um noch nicht versorgte Schulen abzudecken, wird ein Anstellungsmodell geprüft. Anonymisierte Daten stehen Land und Gemeinden zur besseren Maßnahmenplanung transparent zur Verfügung.
- **School-Nurses.** Im Rahmen eines Pilotprojektes kommen vorerst an acht Pflichtschulen eigene School-Nurses zum Einsatz. Sie bieten einfach zugängliche Beratungen und konkrete Unterstützung an; die Kinder können sich in allen Gesundheitsfragen an sie wenden. Dieses Pilotprojekt wird wertvolle Erkenntnisse liefern, ob und wie School-Nurses als niederschwellige Anlaufstelle in Sachen Schulgesundheit fungieren können. Sollte sich Vorarlberg für einen Ausbau entscheiden, soll die nachhaltige Finanzierung auch über Bundesmittel gesichert werden.
- **Netzwerk Schulgesundheit.** Untersuchungen zeigen, dass Präventionsmaßnahmen umso effektiver sind, je früher sie ansetzen, weshalb für Gesundheitsförderung und Prävention die Schule das ideale Setting ist. Hier haben Schulärztinnen und Schulärzte, die School-Nurse, der psychologische Dienst und die Schulsozialarbeit eine wichtige Funktion. Ziel des Netzwerk Schulgesundheit ist es, in ganz Vorarlberg eine gut funktionierende, moderne Struktur für Schulgesundheit sicherzustellen und „Schulgesundheitsteams“ zu etablieren. Den Schülerinnen und Schülern an den Pflichtschulen soll dadurch die bestmögliche Versorgung geboten werden, um ein gesundes Aufwachsen zu fördern. Gleichzeitig sollen Angebote der Gesundheitsförderung besser gesteuert und zielgerichtet etabliert werden.

Eine gesunde Umwelt für ein gesundes Leben. Ein intakter Lebensraum und gesunde Lebensmittel sind die beste Voraussetzung für ein gesundes Leben – entsprechend dem Grundsatz „One Health“, wonach die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt eng miteinander zusammenhängt. Die Qualität von Luft, Wasser und Boden ist Voraussetzung für ein gesundes Lebensumfeld und wird in Vorarlberg akribisch analysiert und permanent kontrolliert. Diese verlässliche Umweltüberwachung trägt dazu bei, schädliche Umweltfaktoren zu minimieren, potenzielle Gefahren frühzeitig zu identifizieren sowie Umwelt und Gesundheit nachhaltig zu schützen. Das Abwassermonitoring dient als Frühwarnsystem für den Ausbruch von Krankheiten. Es ermöglicht präventive Maßnahmen,

um Infektionen einzudämmen. Ein landesweites Monitoring ist ein wichtiger Indikator für das Gesundheitsbild der Menschen in Vorarlberg.

PFAS. Auch dem Thema per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) ist weiterhin Augenmerk zu schenken. Der Vorarlberger Weg der kontinuierlichen Einbindung der PFAS-Messungen in den Aufgabenumfang des Umweltinstituts hat sich bewährt und wird beibehalten.

Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). Vorarlberg erkennt die Wichtigkeit des ÖGD als sogenannte dritte Säule des österreichischen Gesundheitswesens neben den Krankenanstalten und dem niedergelassenen Bereich. Ziel ist die Sicherstellung eines leistungsstarken, aufgabenorientierten ÖGD in Vorarlberg, der über den bloßen amtsärztlichen Dienst hinausgeht. Vor diesem Hintergrund soll eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neuausrichtung des ÖGD zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossen werden, in der die künftige Organisation sowie der Aufgabenbereich im Sinne von Public Health österreichweit einheitlich festgelegt wird. Für die zahlreichen öffentlichen Gesundheitsaufgaben, z. B. Gutachtertätigkeiten in behördlichen Verfahren, Führerschein-, Suchtgiftbegutachtung oder Infektionsüberwachung, wird eine ausreichende Zahl an Ärztinnen und Ärzten sowie an Personal aus weiteren Gesundheitsberufen im öffentlichen Gesundheitsdienst zur Verfügung gestellt. Die österreichweit vereinheitlichte Ausbildung der Amtsärztinnen und Amtsärzte wird zügig umgesetzt.

Gut vorbereitet auf gesundheitliche Bedrohungen und Krisen. Vorarlberg hat die Corona-Pandemie vergleichsweise gut bewältigt und war zeitweise sogar Modellregion für Österreich. Aufgrund einer gründlichen Aufarbeitung aller Maßnahmen und Erfahrungen ist Vorarlberg jetzt noch besser für ähnliche Situationen gerüstet. Der Schutz der Bevölkerung ist oberstes Ziel.

Weiterführung und Ergänzung der bewährten Vorsorgeprogramme. Die bestehenden Programme werden in Zusammenarbeit mit den Gesundheitspartnern und der Österreichischen Gesundheitskasse weiterentwickelt und die Möglichkeiten für ein digitales Erinnerungssystem – ergänzend zum bestehenden Vorsorgerechner der Vorarlberger „Xsund-App“ – erarbeitet. Zusätzlich wird ein Modell zur Prävention von schweren Nierenerkrankungen aufgebaut. Vorarlberg setzt sich auf Bundesebene für die Einführung eines Vorsorgebonus ein, der Versicherte belohnt, die sich regelmäßig den empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen unterziehen.

Anhebung der Durchimpfungsrates der Vorarlberger Bevölkerung. Eine wesentliche Aufgabe des ÖGD ist die Sicherstellung eines niederschweligen und raschen Zugangs zu Schutzimpfungen. Um der Vorarlberger Bevölkerung einen solchen Zugang zu ermöglichen, soll das Angebot der Impfordination des Landes an einem neuen, zentralen Standort weiter ausgebaut werden. Das Ziel ist es, Impflücken in der Vorarlberger Bevölkerung zu verkleinern bzw. zu schließen. In Vorarlberg werden viele Kinder nicht mehr, unvollständig oder zu spät gegen Kinderkrankheiten geimpft. Bei den Eltern ist somit eine Sensibilisierung zu diesem Thema dringend erforderlich. In Anbetracht von sinkenden Durchimpfungsraten, impfärztlich nicht versorgten Schulen und der hohen Auslastung von niedergelassenen Ordinationen soll die Impfordination des Landes hier aktiv und niederschwellig einen

wichtigen Beitrag zur Primärprävention leisten. Der positive Effekt von Impfungen ist nicht nur die Verhinderung von Krankheitsleid, sondern auch eine Entlastung der ärztlichen Ordinationen und des Krankenhaussystems. Vorarlberg unterstützt die österreichweite Stärkung des Öffentlichen Impfprogramms, beginnend mit Influenza.

Betriebliche Gesundheitsförderung ausbauen. Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) ist eine moderne Unternehmensstrategie mit dem Ziel, Krankheiten am Arbeitsplatz vorzubeugen, Gesundheitspotenziale zu stärken und das Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern. Vorarlberg verstärkt als Partner im salvus-Unternehmensnetzwerk BGF gemeinsam mit der Sozialversicherung, der Wirtschafts- und der Arbeiterkammer die Vernetzung von interessierten Betrieben und fördert den Wissensaustausch.

2.3 Sport – Leidenschaft für Bewegung fördern

Sport und Bewegung strategisch weiterentwickeln. Der Vorarlberger Sport hat zwei Standbeine, die jeweils durch eine Marke repräsentiert werden. Sowohl für den organisierten Sport mit „sportlich >>spitze“, als auch für die Gesundheitsprävention mit „Vorarlberg >>bewegt“, werden im Jahr 2025 Strategien erarbeitet, die mittelfristige Planungssicherheit für alle Stakeholder bieten. Ein Miteinander aller Akteurinnen und Akteure, von der Breite bis zur Weltspitze, unterstreicht das klare Ja zum Sportland Vorarlberg und bringt viel in Bewegung – nicht nur die Menschen. Im Fokus steht immer die Freude am Sport, im organisierten Bereich ebenso wie außerhalb von Vereinen.

Klares Bekenntnis zum Leistungs- und Spitzensport. Sport braucht Breite und Spitze. Wir stehen klar hinter unseren Top-Athletinnen und -Athleten und unterstützen sie mit besten Rahmenbedingungen. Im Mittelpunkt steht die Förderung von Nachwuchs-Spitzensportlerinnen und -Spitzensportlern als Vorbilder für alle. Das Olympiazentrum Vorarlberg und das Nachwuchskompetenzzentrum Vorarlberg sind dabei unverzichtbar für die Betreuung der Spitzenathletinnen und -athleten (Athletik, Sportmedizin, Physiologie, Ernährung, Sportpsychologie) komplementär zum sportartspezifischen Training. Dies beinhaltet auch die Möglichkeit Spitzensport mit Schul-/Berufsausbildung zu vereinbaren, z. B. im Sportgymnasium. Das Land Vorarlberg bekennt sich zum Ausbau des hohen Betreuungslevels, um weiterhin nationale und internationale Spitzenergebnisse für Vorarlberger Athletinnen und Athleten zu ermöglichen. In den kommenden Jahren soll daher das Olympiazentrum rundum erneuert und an die veränderten Gegebenheiten angepasst werden und damit die Angebote für Vorarlbergs Athletinnen und Athleten, Fachverbände, Vereine und die gesamte Bevölkerung deutlich gestärkt werden. Für die derzeit im Olympiazentrum beheimateten sportartspezifischen Sportstätten Turnen, Judo, Schießen sind Ersatzlösungen zu finden bzw. zu errichten (beispielsweise im Messeareal).

Vorsprung für Vorarlberger Nachwuchstalente. Nachwuchssportlerinnen und -sportler sollen in Vorarlberg entlang eines „Roten Fadens“ konzentriert und ohne Unterbrechungen an den Leistungssport herangeführt werden und sich vor allem in den Kernsportarten für die Kader bzw. Nachwuchskader der österreichischen Fachverbände qualifizieren. Wichtig ist dabei der Einbezug aller nötigen Institutionen, die Vermittlung ganzheitlicher sportlicher

Grundlagen, die physische Förderung ebenso wie jene der Persönlichkeit. Einen wichtigen Part übernehmen die Fachverbände. Um diese zu unterstützen, liegt der Schwerpunkt der Fachverbandsförderung weiterhin auf der Nachwuchsentwicklung leistungsfähiger Sportfachverbände. Handlungsprinzipien sind Fokussierung, Vereinfachung und Leistungsorientierung mit dem klaren Fokus auf die Förderung der Talente im Nachwuchs. Durch die Vereinbarkeit von Spitzensport und Ausbildung stehen den jungen Talenten alle Möglichkeiten offen. Die Wege dorthin führen insbesondere über die Sportmittelschulen, das Sportgymnasium und über die duale Ausbildung zur Fachkraft („Sport und Lehre“).

Vorarlbergs Sportvereine: Von der Breite bis zur Spitze. Sportvereine bieten eine ideale Möglichkeit, um Kinder physisch, mental und sozial zu stärken und ihnen wichtige Lebenskompetenzen zu vermitteln. Sie lernen Teamwork und Fairplay und Niederlagen zu verkraften. Das Land erachtet ein qualifiziertes Trainer- und Betreuersystem als wesentlich für den Breiten-, Nachwuchs-, Leistungs- und Spitzensport und fördert daher weiterhin Vereine, die qualifizierte Trainerinnen und Trainer einsetzen und die sich regelmäßig fortbilden, in Form einer Bildungsprämie. Jede Vorarlbergerin, jeder Vorarlberger hat einen Sportverein vor der „Haustüre“. Die Sportplattform (sportlich-spitze.at) gibt einen Überblick über die Vereine und Verbände in Vorarlberg und vereinfacht die Kommunikation intern und extern für alle Beteiligten. Hier sind alle 963 Sportvereine mit über 150.000 Mitgliedern auf einen Blick dargestellt.

Sicherheit im Sport. Vorarlberger Sportvereine übernehmen Verantwortung. Damit Vorarlberger Kinder Sport in einem sicheren Umfeld erleben können, etablieren wir in Vorarlbergs Sportfachverbänden und Sportvereinen die Safe-Sport-Initiative. Dazu gehören verpflichtende sportmedizinische Basis-Untersuchungen bei Nachwuchsathletinnen und -athleten, sportartspezifische Kinderschutzkonzepte, Fortbildungserweiterungen im Bereich Unfallprävention und Wissensvermittlung über Anti-Doping bzw. Nahrungsergänzungs- und Medikamentenmissbrauch.

Messe und Sport – eine starke Allianz in Dornbirn. Das Messeareal in Dornbirn soll zu einem bedeutenden Sport- und Messeareal Vorarlbergs weiterentwickelt werden. Ziele sind die optimale Nutzung der bestehenden Hallen und Flächen, das Heben von Synergien sowie die Schaffung von leistbaren Angeboten für Vorarlbergs Sportvereine und -verbände. Die Sportzeile im Messeareal soll saniert bzw. gestärkt werden und neue Sportarten angesiedelt werden. Die Konzentration der Sportstätten soll die Attraktivität des gesamten Areals erhöhen und beleben, die Realisierung des „Haus des Sports“ ermöglichen und die befruchtende enge Zusammenarbeit von Sportfachverbänden und Sportvereinen stärken. Gemeinsam mit der Stadt Dornbirn prüft das Land die Umsetzungspotenziale.

Chancen für Mädchen im Teamsport erhöhen. Mädchenteams im Spitzensport sollen spezifisch gefördert werden, um auch den Mädchen- und Frauensport in Vorarlberg nachhaltig zu entwickeln.

Forcierung des Skisports im Kindesalter. Immer weniger Kinder in Vorarlberg erlernen das Skifahren. Das Land unterstützt regionale Initiativen, die dieser Entwicklung entgegenwirken, durch aktive Bewerbung und holt sie vor den Vorhang. Beispiele sind kostenfreie Skitickets

für Kinder bis 10 Jahre oder die Skiwoche im Kindergarten in Kooperation mit Gemeinden, Bergbahnen, Skischulen, Sporthandel und Sportvereinen.

Sport-Events verbinden Menschen – auch grenzüberschreitend. Sportveranstaltungen begeistern und motivieren zur Sportausübung. Vorarlberg fördert daher einen Mix aus überregionalen Veranstaltungen (z. B. Staatsmeisterschaften, internationale Bewerbe) und einzelnen Leuchtturmveranstaltungen (z. B. Hypo-Meeting, Freestyle-WM 2027). Neu entwickelt wird ein grenzüberschreitender Talentetreff. Vier Länder bringen gemeinsam die besten Nachwuchstalente in ausgewählten Sportarten zusammen. Gemeinsam Sport erleben, trainieren und interkulturellen Austausch über den Sport fördern.

Vorarlbergs Sportstätten werden weiter ausgebaut. Vorarlberg ist bestrebt, genügend gute Trainingsinfrastruktur zur Verfügung zu haben. Vorarlberg fördert daher auch weiterhin die Instandhaltung, Sanierung und Errichtung der sportlichen Infrastruktur in Vorarlberg. Die vielen Möglichkeiten, sich zu bewegen und sich sportlich zu betätigen, erhöhen unsere Lebensqualität und fördern einen gesunden Lebensstil. Zur Stärkung von Turnhallenkapazitäten in Schulen werden die Bedarfszuweisungen für Schulturnhallenförderungen überprüft.

Inklusion & Sport. Die in den vergangenen Jahren in Vorarlberg gesteigerten Aktivitäten im Bereich des Behindertensports sowie der Inklusion in Sportvereinen werden nicht zuletzt aufgrund der großartigen Leistungen unserer Sportlerinnen und Sportler unter Beweis gestellt. Vorarlberg wird diese positive Entwicklung weiter unterstützen.

Umwelt & Sport. Auch die Vorarlberger Sportwelt trägt zu einer gesunden Umwelt bei. Initiativen von Sportvereinen, wie Mobilitätsprogramme, regionale Beschaffung inklusive regionaler Lebensmittel oder Abfallvermeidung sowie nachhaltige Infrastruktur-Projekte, wie innovative Energie- oder Mobilitätskonzepte, werden unterstützt und vor den Vorhang geholt.

Sport hilft Sport. Viele Initiativen in Gemeinden und Vereinen tragen dazu bei, dass Familien mit niedrigem Einkommen Zugang zu allen Sportarten erhalten. Vorarlberg wertschätzt diese Unterstützung, die oft mit großem Einsatz von freiwilligem Engagement verbunden ist.

Sportausübung steuerlich belohnen. Als Anreiz zur sportlichen Betätigung setzt sich das Land beim Bund dafür ein, dass max. 600 Euro pro Jahr im Rahmen des Steuerausgleichs für sportliche Aktivitäten geltend gemacht werden können.

Jedes Vorarlberger Kind bewegt sich mindestens eine Stunde am Tag. Vorarlberg hat österreichweit die Vorreiterrolle für die Tägliche Bewegungseinheit (TBE) inne. Bundesweit wurde das „3-Säulenmodell“ entwickelt und in Pilotregionen eingeführt. Die TBE hilft nicht nur Kindern, physisch und mental gesund aufzuwachsen, sondern bietet auch Einkommensmöglichkeiten für Trainerinnen und Trainer aus Vorarlberger Sportvereinen und ist somit eine weitere Unterstützung für das breite ehrenamtliche Engagement. Das Programm soll stufenweise an Kindergärten, Volksschulen und in der Sekundarstufe I auf das gesamte Land ausgerollt werden. Die TBE in Vorarlberg wird vom Bund und vom Land finanziert. Eine langfristige Finanzierung von Bund und Ländern muss sichergestellt werden.

Bewegte Kindheit und Jugend. Bewegung verbessert die körperliche und mentale Gesundheit von Kindern wesentlich und stärkt das gesunde Aufwachsen. Durch innovative Bewegungsprogramme, Bildungsinitiativen und gezielte Kooperationen mit pädagogischen Einrichtungen und Sportvereinen sollen Kinder und junge Menschen in Bewegung kommen und bleiben. Dies beinhaltet auch die Bewusstseinsbildung von Eltern (Familien) für Gesundheitsprävention und Bewegungsförderung. Durch innovative und ansprechende Programme werden Jugendliche vieler sozioökonomischer Gruppen motiviert, aktive Lebensstile zu entwickeln und ihre Gesundheit ganzheitlich zu fördern. Die Programme werden in Kooperation mit Organisationen für Jugendliche (z. B. aha) geplant und durchgeführt.

Lust auf ein gesundes Leben mit „Vorarlberg >>bewegt“. Zu einem gesunden Leben gehören Bewegung, Ernährung und ein achtsamer Umgang mit der eigenen mentalen Gesundheit. Die Landesinitiative „Vorarlberg >>bewegt“ hat das Ziel, die Bewegungskultur in Vorarlberg mit großer Breitenwirkung nachhaltig zu stärken und die Gesundheit und das Wohlbefinden in der Bevölkerung zu verbessern. Alle Altersgruppen werden durch niederschwellige, evidenzbasierte Programme zu einem aktiven Lebensstil motiviert. In Kooperation mit Bildungseinrichtungen, Sportvereinen und Gesundheitsorganisationen werden Angebote entwickelt, die sowohl analog als auch digital zugänglich und in den Lebensalltag leicht integrierbar sind. „Vorarlberg >>bewegt“ weckt durch Bewegungsprogramme in Schulen und Kindergärten früh die Freude an Bewegung und fördert durch inklusive Programme Chancengleichheit und sozialen Zusammenhalt, indem allen Menschen der Zugang zu Bewegung und Sport ermöglicht wird. Das im Vorarlberger Olympiazentrum erarbeitete Wissen wird über „Vorarlberg >>bewegt“ der gesamten Bevölkerung zugänglich gemacht.

2.4 Pflege – gut betreut alt werden

Gut betreut zu Hause alt werden. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Den Lebensabend in den eigenen vier Wänden zu verbringen, ist für viele Menschen dabei der größte Wunsch im Alter. Umso wichtiger sind breite mobile Pflege- und Betreuungsangebote sowie Entlastung für pflegende Angehörige. Vorarlberg folgt dabei der Leitlinie „ambulant vor stationär“: So viel ambulante Betreuung wie möglich, soviel stationäre Angebote wie notwendig sollen Menschen in Vorarlberg im Alltag unterstützen. Ein passendes wohnortnahes Case Management sorgt für eine flächendeckende individuelle Beratung und Begleitung. Das herausragende Netz der Krankenpflegevereine, der mobilen Hilfsdienste sowie des Betreuungspools für die 24-Stunden-Betreuung bieten umfassende Dienstleistungen. Spezialisierte Teams und Angebote, beispielsweise gerontopsychiatrische Schwerpunkte oder die Aktion Demenz, unterstützen diese Strukturen. Klares Ziel ist: Jeder Mensch erhält in Vorarlberg das passende Angebot.

Pflegende Angehörige unterstützen und entlasten. Die Leistungen der pflegenden Angehörigen sind unbezahlbar. Diese Aufgabe erfordert einen hohen Einsatz und benötigt die volle Unterstützung der öffentlichen Hand. Vorarlberg bekennt sich klar zum Ausbau der Angebote zur Entlastung wie Urlaubs- und Überleitungspflege, zu begleitender Finanzierung und fachlicher Unterstützung. Der Zuschuss des Landes zur häuslichen Betreuung und Pflege

wird in der aktuellen Landtagsperiode verbessert. Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Pilotprojekt in der Integrationshilfe planen wir angelehnt an das Modell der AK Vorarlberg eine Ausdehnung der Anstellung von pflegenden Angehörigen, um dies auch für die Betreuung von älteren pflegebedürftigen Menschen zu ermöglichen.

Stärkung des etablierten Case und Care Managements. Case Management ist die individuelle Unterstützung für pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen. Ziel ist es, individuell abgestimmte und dem Bedarf angepasste Lösungen für die Betroffenen zu erarbeiten und damit die häusliche Pflege bestmöglich zu entlasten. Das dahinterstehende Care Management soll die verbindliche Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den Anbietern der verschiedenen Dienstleistungen (ambulant, teilstationär, stationär, Case Management) erzeugen, ausbauen und erhalten. Abgeleitet vom in Erarbeitung befindlichen Konzept der Ausgestaltung von Care Regionen werden neue Förderrichtlinien für das Care Management entwickelt und das Konzept gemeinsam mit den Systempartnern entsprechend umgesetzt.

Stärkung der Hauskrankenpflege. Die Hauskrankenpflege stellt eine unverzichtbare Säule im Pflegenetz des Landes dar. Ständig wachsende Anforderungen machen auch eine inhaltliche und strategische Weiterentwicklung notwendig; dazu wird ein Strategieprozess mit breiter Beteiligung initiiert. Darauf aufbauend werden neue Richtlinien für die Hauskrankenpflege und Mobilen Dienste entwickelt, um Weiterentwicklungen, wie Aufgaben der Gesundheitsförderung, Pflegeaufgaben in Bildungseinrichtungen oder Maßnahmen zur Entlastung auch in den Förderstrukturen abzubilden.

Mobiles gerontopsychiatrisches Team. Nach dem Vorbild des mobilen Palliativteams wird ein landesweit tätiges ambulantes gerontopsychiatrisches Team aufgebaut. Dieses interdisziplinäre Team hat zum Ziel, Systempartner in deren Tätigkeit und fachlicher Kompetenz im Umgang mit Klientinnen und Klienten mit psychischen, suchthematischen Erkrankungen zu stärken, und steht zeitnah, bedarfsgerecht, unterstützend und beratend zur Verfügung. Damit soll der Verbleib von Klientinnen und Klienten im jeweiligen Setting gewährleistet werden.

Passende Wohnformen für jede Lebensphase. Gemeinsam mit den Vorarlberger Gemeinden fördert das Land passende Wohnformen für jede Lebensphase bis ins hohe Alter. Schwerpunkte liegen neben der stationären Langzeitpflege auf betreubarem Wohnen mit buchbaren Leistungen wie Tagesbetreuung, Verpflegung oder Reinigung, Wohngemeinschaften, Wohnungen mit Platz für 24-Stunden-Betreuungskräfte und der Förderung von flexiblen Tagesstrukturen.

Sicherung der stationären Langzeitpflege. Wenn Pflegebedürftigkeit steigt und Pflege zu Hause nicht mehr möglich ist, nehmen unsere Pflegeheime eine sehr wichtige Versorgungsfunktion wahr. Dabei können Bewohnerinnen und Bewohner auf Betreuung und Pflege nach dem Stand des Wissens vertrauen. Der Fachkräftemangel führt jedoch zu Wartelisten bei Neuaufnahmen und verstärkt den Druck auf Krankenhäuser und mobile Pflege- und Betreuungsangebote. Für das rasche Entgegenwirken werden neben den Aktivitäten im Fachkräftebereich zielgerichtete Maßnahmenbündel der Träger, der Gemeinden sowie des Landes benötigt. Dafür werden die im „Masterplan Langzeitpflege“

erarbeiteten Maßnahmen vom Land gemeinsam mit Gemeinden und Trägern weiterverfolgt und, wo nötig, ergänzt. Ab dem Jahr 2025 soll im Sinne einer Entbürokratisierung der Förderstruktur in den stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen ein Tarif eingeführt werden, der alle Zusatzförderungen und das Normkostenmodell ersetzt und administrativen Aufwand reduziert, eine Absicherung der Pflegestrukturkosten auch bei nicht belegten Betten für die Betreiber sicherstellt und den administrativen Aufwand für Pflegeheime und Bezirkshauptmannschaften reduziert.

Pflegefachkräfte ausbilden und bestehende Mitarbeitende halten. Gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte sind das Um und Auf für eine hochwertige und einfühlsame Betreuung und Pflege – stationär, ambulant oder zuhause. Daher stehen von der Lehre bis zum Bachelorabschluss auf allen Bildungsebenen viele unterschiedliche durchlässige Ausbildungswege zur Verfügung. Vorarlberg öffnet damit alle Wege in die Pflege – ob mit oder ohne Matura. Die zentrale Anlaufstelle im Welcome Center Pflege und Soziales bietet allen Ein- und Umsteigenden die bestmögliche Beratung. Gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum für Gesundheitsberufe im Amt der Vorarlberger Landesregierung werden so auch Nostrifizierungen effizient abgewickelt und begleitet. Aufgabe der Träger ist es, Mitarbeitende im System durch attraktive Arbeitsbedingungen zu halten. Möglichkeiten dafür sind Unterstützung bei Kinderbetreuung und Wohnungssuche, lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle, attraktive Weiterbildungsangebote, Unterstützung durch Supervision oder Maßnahmen der Gesundheitsförderung. Weitere Berufsgruppen sollen zur Entlastung der Pflegefachkräfte im Sinne eines Skill-Grade-Mix nachhaltig im System verankert werden. Zu guten Arbeitsbedingungen zählt auch eine Attraktivierung des Gehaltssystems in der mobilen und stationären Langzeitpflege verbunden mit dem Verankern neuer Pflegeassistentenberufe bzw. das Abbilden von Verantwortung und Kompetenzen sowie Aus- und Weiterbildungen im Gehaltssystem entsprechend der Maßnahmen im intramuralen Bereich. Das Land und die Gemeinden unterstützen diese Bemühungen mit entsprechenden Förderstrukturen.

Vorarlberg setzt den erfolgreichen Start der Pflegelehre fort. Seit Herbst 2023 wird in Vorarlberg der Beruf der Pflegeassistentin und der Pflegefachassistentin als Lehre angeboten. Sie ermöglicht erstmals einen Zugang zur Pflegeausbildung direkt nach Beendigung der Pflichtschule und bietet Betrieben nun die Möglichkeit, selbstständig in die Ausbildung zu investieren, Auszubildende selbst auszuwählen und eigene Lehrlinge durch gute Begleitung an das Unternehmen zu binden. Um das hohe Interesse von Lehrlingen abzubilden, soll die Zahl der Lehrbetriebe erhöht werden.

Digitalisierung im ambulanten und stationären Langzeitpflegebereich. Aufbauend auf der eHealth-Strategie des Landes werden die Projekte Linked Care und ein einheitliches landesweites Dokumentationssystem im Case Management erarbeitet. Linked Care vereinfacht den Informationsfluss und vernetzt alle Beteiligten miteinander mit dem Ziel, dass Personen in Gesundheitsberufen mit den Betroffenen selbst, deren An- und Zugehörigen, Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Apotheken online effizient, sicher und niederschwellig direkt zusammenarbeiten. Damit sollen Mitarbeitende der ambulanten und stationären Langzeitpflege deutlich entlastet werden. Ergänzend wird die Anbindung aller Pflegeheime Vorarlbergs an ELGA weiterverfolgt.

2.5 Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen

Vorarlberg ist auf dem Weg zur inklusiven Region. Das Land Vorarlberg hat mit einem eigenen Leitbild, das vom Vorarlberger Landtag sowie der Landesregierung beschlossen wurde, den Weg zur inklusiven Region eingeschlagen. Inklusion – also die selbstverständliche Teilhabe aller Menschen an unserer Gesellschaft – umfasst dabei alle Lebensbereiche und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In einem Vorarlberger Aktionsplan werden ressortübergreifende Handlungsfelder und konkrete Umsetzungsprojekte des Landes definiert. Der Austausch mit Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern, Angehörigen, Interessensvertretungen, Trägern und weiteren Beteiligten ist für die laufende Weiterentwicklung aller Themen eine wichtige Grundlage. Darüber hinaus wird der Austausch mit allen Systempartnern, wie beispielsweise mit Gemeinden, Wirtschaft, Vereinen oder Gesundheitsdiensten gesucht und durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit die Gesellschaft für das Thema sensibilisiert. Denn Inklusion ist eine gemeinsame Haltung – es braucht das Verständnis und selbstverständliche Tun von allen.

Aufbau eines Inklusions-Monitorings. Mit einem eigenen Inklusionsmonitoring der FH Vorarlberg werden relevante Indikatoren und Kennzahlen für Vorarlberg definiert, die als fundierte Planungsgrundlage für alle Handlungsfelder dienen sollen. Zudem soll ein „Inklusions-Barometer“ als sichtbares Zeichen entstehen und damit auch zur Sensibilisierung der Bevölkerung dienen.

Familientlastung. Familien, in denen ein Kind mit Behinderung lebt, haben viele Herausforderungen zu bewältigen. Die bewährten Entlastungsangebote werden deshalb weitergeführt, die Umsetzung soll künftig aber digital erfolgen. Damit kann die Betreuung und Pflege eines Kindes mit Behinderung vorübergehend an geschulte Betreuungspersonen abgegeben werden.

Barrierefreiheit und Mobilität. Barrierefreiheit bedingt den schrittweisen Abbau von Hürden – seien dies Barrieren in Gebäuden und in der Umgebung oder jene in den Köpfen der Menschen. Mobilität im öffentlichen Raum soll insbesondere durch den Ausbau von Mobilitätsbegleitung und die Stärkung von mietbaren Angeboten von barrierefreien Fahrzeugen verbessert werden. Barrierefreie Kommunikation schafft Zugänge zu Informationen aller Art (analog und digital).

Wohnen in Selbständigkeit. Die wissenschaftlich begleitete Erhebung der FH Vorarlberg und laufende Erhebungen sind Grundlage für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung entsprechender Wohnformen in den kommenden Jahren. Eine wichtige Aufgabe ist die Verschränkung der Regelangebote für Wohnen im Alter, wenn Pflege und weitere Bedürfnisse im Vordergrund stehen.

Lohn statt Taschengeld. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen am ersten Arbeitsmarkt mit Entgelten und voller sozialversicherungsrechtlicher Absicherung ist ein klares Ziel für Vorarlberg. Angebote, bei denen Tagesstruktur und Therapie im Mittelpunkt stehen, werden bedarfsgerecht, flexibel und offen weiterentwickelt. Auch bei diesen Angeboten ist Weiterbildung und Berufsqualifizierung möglich. Vorarlberg setzt in enger Kooperation mit den Systempartnern weiterhin auf die Stärkung der beruflichen Teilhabe

und die Weiterführung bzw. Weiterentwicklung der bestehenden integrativen Arbeitsangebote für Menschen mit Behinderungen.

One-Stop-Shop für Heilbehelfe. Ein One-Stop-Shop für Heilbehelfe soll Menschen mit Behinderungen den Alltag erleichtern. Es soll nur mehr ein Antrag notwendig sein, im Hintergrund erfolgt die Abstimmung der Finanzierungsmöglichkeiten mit allen Systempartnern im Sinne der Betroffenen.

Persönliche Assistenz. Vorarlberg beteiligt sich am Pilotprojekt des Bundes zum Ausbau der „Persönlichen Assistenz“. Nach der Umstellung des Modells inklusive Zusammenführung der Leistungen zur gesellschaftlichen Teilhabe sowie zur Arbeit erfolgt in Abstimmung mit dem Bundesmodell die Ausweitung der Zielgruppen für Menschen mit Lernschwierigkeiten und Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Persönliches Budget. Ein persönliches Budget ist eine Voraussetzung für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Menschen mit Behinderung entscheiden selbst, welche Dienstleistung sie wann und in welchem Umfang in Anspruch nehmen. Bei Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf wird das Persönliche Budget gemeinsam mit der Erwachsenenvertretung für den Aufbau einer bedarfsgerechten Lebensstruktur verwendet. Die Umsetzung eines Pilotmodells wird gestartet, um mit den gesammelten Erfahrungen ein tragfähiges System zu entwickeln.

Inklusive Bildung – wohnortnah und bedarfsgerecht.

- **Inklusion in Kindergärten.** Die Unterstützung in den Kindergärten soll weitergeführt und ausgeweitet werden. Bestehende Unterstützungsstrukturen wie das „Jupident – Mobile Inklusion“ (JUMI) werden bedarfsgerecht weiterentwickelt.
- **Schulische Inklusion.** Ziel ist es, dass möglichst alle Kinder wohnortnah in Regelschulen eingeschult werden können. Die Etablierung der „Therapie-Drehscheibe“ soll Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen und Kinder mit Behinderungen dabei unterstützen mit dem Ziel, Beratung und Therapie passend für das jeweilige Setting zu gestalten und Hürden abzubauen. Vor allem dem Aspekt „Frühkindlicher Autismus“ soll besonderes Augenmerk geschenkt werden. Wenn dies für ein Kind aus fachlicher Sicht nicht empfehlenswert ist, bekennen wir uns zu Einrichtungen, die die notwendige geschützte Umgebung bieten können. Deren Knowhow soll Schritt für Schritt alle Regelschulen bestmöglich auf dem Weg zur Inklusion unterstützen.

Zahnversorgung unter Vollnarkose. Die Behandlung von Menschen mit Behinderungen ist für die Haus-Zahnärztin bzw. den Haus-Zahnarzt oft sehr herausfordernd. In Vorarlberg wurde vertraglich festgelegt, dass Eingriffe unter Vollnarkose für Kinder und Erwachsene mit Beeinträchtigungen sowohl im niedergelassenen Bereich (Zahnmedizinisches Institut KIZZ) als auch in einigen Spitälern ermöglicht und finanziert werden. Somit konnte die Wartezeit deutlich reduziert werden. Dieses Angebot wird in Kooperation mit der Sozialversicherung fortgeführt.

2.6 Gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherheit gewährleisten

So viel Hilfe wie notwendig – so viel Leistung wie möglich. Direkte Unterstützungsleistungen wie die Sozialhilfe, die Wohnbeihilfe, der Heizkostenzuschuss, der Familien- oder Pflegezuschuss bieten in Vorarlberg ein sicheres Netz für alle, die es brauchen. Wir alle können uns darauf verlassen, auch in schwierigen, oft nicht planbaren Lebenssituationen solidarisch getragen zu werden. Bei der Umsetzung muss aber auch sichergestellt werden, keine Fehlanreize zu setzen. Unterstützungsleistungen müssen Anreize bieten, wieder bestmöglich in das Erwerbsleben einzusteigen und die Selbsthilfefähigkeit (wieder) zu erlangen sowie negative Wirkungen, wie beispielsweise Altersarmut bei Frauen, zu vermeiden. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass das Sozialhilfegrundgesetz des Bundes dahingehend geändert wird, dass der Bezug der vollen Sozialleistungen für Nicht-Staatsbürgerinnen und Nicht-Staatsbürger erst nach einer Wartefrist erfolgt. Die entsprechenden Leistungen auf Landesebene werden in Folge entsprechend angepasst.

Qualifizierung. Der Arbeitsmarktqualifizierung von Menschen ohne Beschäftigung kommt mit Sprachkursen und flächendeckenden Arbeitsprojekten eine zentrale Rolle zu. Diese werden in Zusammenarbeit mit dem AMS konsequent weitergeführt. Dazu gehört auch ein entsprechendes Angebot zum Nachholen von Bildungsabschlüssen und Teilqualifikationen – insbesondere für junge Menschen.

Hilfe für Familien, die dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Vorarlberg unterstützt voll und ganz den Kampf gegen Familien- und Kinderarmut. Unser Ziel ist es, dass sich Familien dauerhaft aus der Armutsgefährdung lösen und ihren Kindern möglichst viele Chancen im Leben eröffnen können. Mit einem maßgeschneiderten Mix an Sach- und Geldleistungen, der sozial abgestuft wird, wollen wir einkommensschwache Familien stärken und ebenso jene Familien präventiv entlasten, die mit ihren Steuern unser Gesundheits- und Sozialsystem mitfinanzieren. Damit Hilfe auch tatsächlich dort ankommt, wo sie gebraucht wird, sollen in ganz Vorarlberg niederschwellige Anlaufstellen für Familien ausgebaut werden.

Wohnungslosenhilfe. Stationäre und ambulante Angebote der Wohnungslosenhilfe werden nach Bedarf zur Verfügung gestellt.

Neue Wege in der psychischen Versorgung und Suchtprävention. Psychische Belastungen und Erkrankungen nehmen auch in Vorarlberg zu. Oft suchen Menschen Hilfe bei Suchtmitteln und verschärfen durch eine Abhängigkeit ihre Problemlage. In Vorarlberg sollen daher die sozialpsychiatrischen Angebote in der Prävention, Therapie und Begleitung weiter ausgebaut werden. Dafür wird eine neue Psychiatrie- und Sucht-Strategie mit breiter Einbindung von Vorarlberger Fachleuten erarbeitet.

Zielgerichteter Ausbau der psychosozialen Dienste. Die Inanspruchnahme von psychosozialen Diensten ist in den letzten Jahren gestiegen – dies zeigt einerseits den Anstieg von psychischen Erkrankungen, spricht andererseits aber auch für eine Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen, was auch die Annahme von Hilfestellungen erleichtert. Vorarlberg setzt weiterhin auf niederschwellige Anlaufstellen und die Stärkung von Krisen- und Notfalldiensten, ambulanten Angeboten und der stationären

Versorgung. Die bewährten Präventionsprogramme werden angepasst und um aktuelle Entwicklungen erweitert. An Schnittstellen zwischen den Angeboten sollen die Betroffenen noch besser begleitet werden. Unser Ziel ist der beste Beistand in jeder Lebenslage.

Psychotherapie Vorarlberg wird durch klinische Psychologie verstärkt. Gemeinsam mit der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) baut Vorarlberg das Angebot der psychotherapeutischen und psychologischen Hilfe für Kinder und Jugendliche ab 2025 weiter aus. Im Zuge dieses gemeinsamen Pilotprojekts bietet das Institut für Sozialdienste (ifs) 200 zusätzliche Behandlungsplätze für Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen an, um den Betroffenen zeitnah und ohne lange Wartezeiten fachliche Unterstützung zu bieten.

Moderne Suchtprävention. Vorarlberg ist seit vielen Jahren ein Vorreiter sowohl in Sachen Suchtprävention als auch in der Suchtbehandlung. Die gut ausgestatteten präventiven, therapeutischen und rehabilitativen Einrichtungen in Vorarlberg müssen auf neue Trends rasch reagieren können. So wird das Pilotprojekt „Drug-Checking“ in das Regelsystem übernommen, um möglichst viele Jugendliche zu erreichen und rechtzeitig beraten zu können. Wichtig ist bei allen Aktivitäten die enge Vernetzung aller mit dem Suchtproblem befassten Stellen – von Polizei und Justiz, über Beratungs- und Anlaufstellen bis hin zu therapeutischen Einrichtungen.

Evaluierung des Kinder- und Jugendhilfesystems. Auf Basis der abgeschlossenen Evaluierung des Kinder- und Jugendhilfesystems Vorarlberg werden die fachlichen Standards und die Kooperationsstrukturen sowohl in der öffentlichen als auch in der privaten Kinder- und Jugendhilfe überarbeitet und weiterentwickelt.

Bessere Rahmenbedingungen für Pflegeeltern. Auf Basis der Ergebnisse des Pflegeeltern-Prozesses wird das Angebot für Pflegeeltern ausgebaut, differenzierter und attraktiver gestaltet, beispielsweise durch die Anstellung von Pflegeeltern.

Private Kinder- und Jugendhilfe. Das Angebot der vollen Erziehung wird an die neuen Herausforderungen angepasst und zwei neue Wohngruppen werden eröffnet. Ebenso wird die Unterstützung der Erziehung (ambulante Angebote) bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Evaluierung der Sozialleistungen. Die Leistungen und Angebote des Vorarlberger Sozialfonds werden einer Überprüfung auf Dringlichkeit, rechtliche Notwendigkeit, Doppelstrukturen, Optimierungspotenzial und mögliche Drittmittel zur Finanzierung unterzogen. Dabei erfolgt die laufende Anpassung an aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen. Entscheidend ist dafür die Abstimmung mit den Gemeinden als Finanzierungspartner sowie die Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtseinrichtungen und ehrenamtlichen Strukturen. Die zielgerichtete Steuerung und ein modernes Controlling werden weiter ausgebaut.

3. Lebensraum sichern und nachhaltig nutzen

Die Schönheit und Vielfalt unserer Landschaft und Natur sowie unserer Tier- und Pflanzenwelt ist einzigartig. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Natur – für uns und kommende Generationen, damit unsere Kinder morgen die gleichen Möglichkeiten haben wie wir heute. Wir stehen für einen von Hausverstand und Pragmatismus geprägten Umgang mit unserer Umwelt, unserer Natur und ihren Ressourcen.

Die Klimaveränderungen und die in immer kürzeren Abständen auftretenden Extremwetterereignisse verdienen unsere volle Aufmerksamkeit. Um diese erfolgreich bewältigen zu können, setzen wir Maßnahmen, die von der Bevölkerung und den Betrieben vertrauensvoll mitgetragen werden können und diese nicht überfordern.

In der Energiepolitik geht Vorarlberg seinen eigenen Weg. Die Energieautonomie bis zum Jahr 2050 ist unser Ziel. Dabei geht es um Versorgungssicherheit, Netzstabilität und niedrige Preise für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Zudem ist das Energiethema ein bestimmender Faktor im Klimaschutz. Mit dem Fokus auf die Wasserkraft in Verbindung mit neuen Technologien haben wir in unserem Land beste Voraussetzungen, unseren Energiebedarf aus erneuerbaren, heimischen Ressourcen zu decken.

Unsere Bäuerinnen und Bauern erbringen vielfältige Leistungen für die Gesellschaft: Sie produzieren hochwertige und gesunde Lebensmittel, erhalten die Vielfalt unserer Kulturlandschaft, erzeugen erneuerbare Energie und schützen uns vor Naturgefahren. Dafür verdienen sie unsere Anerkennung. Denn nur eine funktionierende Land- und Forstwirtschaft und ein dynamischer ländlicher Raum sichern die Lebensqualität von uns allen.

Die Anpassung unserer Wälder an geänderte Klimabedingungen sowie die Sicherstellung der günstigen Waldwirkungen für die Bevölkerung sind in der Waldstrategie 2030+ die zentralen Themen. Generell gilt es im Hinblick auf die Vorarlberger Wälder, die verschiedenen Nutzungsinteressen auszugleichen, die Schutzfunktion sicherzustellen sowie die ökonomische und nachhaltige Bewirtschaftung zu gewährleisten.

Unser Wasser ist unser größter Bodenschatz. Das betrifft nicht nur die Energiegewinnung. Die Wasserwirtschaftsstrategie 2025 des Landes Vorarlberg stützt sich auf drei zentrale Säulen: den Schutz der Gewässer, die nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen und den Schutz vor Hochwasser.

Das Land Vorarlberg setzt sich für höchstes Niveau im Tierschutz und beim Tierwohl ein. Gemeinsam mit unseren Partnern, insbesondere dem Tierschutzheim und den Tierschutzvereinen, streben wir eine bewusste Auseinandersetzung mit dem Thema an. Die Förderung von Maßnahmen und ehrenamtlichem Engagement, die dem Tierwohl dienen, sind zentrale Anliegen unserer Tierschutzpolitik.

Unsere gemeinsamen Ziele sind:

- **Ökologische, leistbare und stabile Stromversorgung sichern**
- **Kontinuierlicher Ausbau erneuerbarer Energieträger**
- **Technologische Innovation im Energie- und Klimabereich vorantreiben**
- **Intakte Natur – auch für die kommenden Generationen**
- **Heimische Landwirtschaft stärken – landwirtschaftliche Produktvielfalt ausbauen**
- **Schutzfunktion des Waldes sicherstellen – nachhaltige und ökonomische Bewirtschaftung gewährleisten**
- **Absicherung der Wasserversorgung**
- **Tierschutz aktiv fördern**

3.1 Energiepolitik und Klimaschutz – unabhängig und nachhaltig

Vorarlberg hat den niedrigsten Strompreis Österreichs. Unser Ziel ist es, dass unser Landesunternehmen illwerke vkw AG dauerhaft zu den günstigsten Landesenergieversorgern Österreichs und weit über die Landesgrenzen hinaus gehört. Dadurch erhalten wir unseren Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig und entlasten unsere Bürgerinnen und Bürger.

Leistbare und eigenständige Energieversorgung. Vorarlberg kann sich auf eine leistbare, eigenständige, möglichst ökologische, stabile Energieversorgung verlassen. Die internationalen Herausforderungen der vergangenen Jahre haben unseren Weg mehr als eindrucksvoll bestätigt: Wir müssen die Energieversorgung in den eigenen Händen behalten, um Vorarlberger Haushalten und Unternehmen langfristig eine leistbare, ökologische und sichere Versorgung mit Energie zu gewährleisten.

Großinvestition in die Energiewende, die Zukunft und unser Land. Unser landeseigener Energieversorger illwerke vkw AG investiert bis zum Jahr 2040 rund 9 Milliarden Euro in die Versorgungssicherheit, den Ausbau erneuerbarer Energieträger sowie Dienstleistungen für die Menschen in Vorarlberg. Diese einzigartigen Investitionen stehen im Einklang mit einer florierenden Wirtschaft und einer klaren Strategie zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Eigener Weg sichert langfristige Energieversorgung. Die Wasserkraft ist unser größter Trumpf für die Energie-Zukunft. Neben der Erzeugung von Energie liegt der Fokus künftig besonders auf der Speicherung von Energie. In Vorarlberg dient vor allem die Pumpspeicherung zur Stabilisierung der Energiesysteme. Mit dem Bau des Lünenseewerk II leistet Vorarlberg einen Beitrag zur europäischen Energiezukunft und dem Klimaschutz – und das bei minimalen ökologischen Auswirkungen. Mit rund 1.000 Megawatt (MW) Leistung und einem Projektvolumen von rund 2 Milliarden Euro entsteht in Vorarlberg mit dem Lünenseewerk II das größte Pumpspeicherkraftwerk Österreichs. Das breite politische Bekenntnis zum Lünenseewerk II und die Unterstützung für eine beschleunigte Genehmigung sind essenziell. Alternative Stromspeichersysteme sollen gezielt ausgebaut und gefördert werden. Zusätzlich sollen der Netzausbau und die Digitalisierung der Stromnetze mit hoher Priorität vorangetrieben werden.

Die Netze fit machen für die Energiewende. Für das Gelingen der Energiewende ist die Netzkapazität mittelfristig um 380 MW zu erhöhen. Zu diesem Zweck investiert vorarlberg

netz bis 2040 rund 1,4 Milliarden Euro in den Ausbau und die Instandhaltung der Netzinfrastruktur. Diese Investitionen umfassen unter anderem ein umfangreiches Erneuerungs- und Erweiterungsprogramm von zwölf für die Versorgungssicherheit wichtigen 110-kV-Umspannwerken in Vorarlberg bis 2031.

Genehmigungsverfahren beschleunigen – „überragendes öffentliches Interesse“ verankern. Um den Bau der benötigten Kraftwerksanlagen und der dafür notwendigen Infrastruktur zu beschleunigen, ist ein Vorarlberger Landesgesetz über Erleichterungen zum Ausbau der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen gemäß einem vorliegenden Entwurf rasch zu beschließen. Um Planungs- und Investitionssicherheit zu gewährleisten, ist darauf hinzuwirken, dass die Betriebsgenehmigung der Wasserkraftanlagen für die Dauer von 90 Jahren festgelegt wird.

Zuordnung der KW-Gruppe Obere Ill-Lünersee zum deutschen Marktgebiet. Die besondere Abgrenzung der Netzbereiche in Vorarlberg ist für die Versorgungssicherheit des Landes und die Werthaltigkeit der Kraftwerksgruppe von essenzieller Bedeutung. Es wird daher mit Nachdruck und mit allen gebotenen Möglichkeiten die Forderung unterstützt, dass die „Illwerke-Bestimmung“ (siehe § 113 Abs. 2 ElWOG) auch im ElWOG-Nachfolgegesetz (im Verfassungsrang!) enthalten ist. Darin muss auch geregelt sein, dass die Kraftwerksleitungen, deren Kostenabgeltung im Rahmen der Illwerke-Verträge erfolgt, in keinen der AT-Netzbereiche aufzunehmen sind.

Eigene Regelzone und eigener Netzbereich für Vorarlberg. Die Möglichkeit, eine eigene Regelzone für Vorarlberg zu bilden, muss erhalten bleiben. Ebenso soll der eigene Netzbereich für Vorarlberg erhalten bleiben. Ein bundesweit einheitlicher Netznutzungstarif für die Netzebene 1 ist abzulehnen, ebenso Kostenausgleichsmechanismen, wenn diese sachlich nicht gerechtfertigt sind, sondern nur der Umverteilung zwischen den Bundesländern dienen.

Strategie Energieautonomie 2050. Mit der Energieautonomie hat sich Vorarlberg zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 den kompletten Energiebedarf aus erneuerbaren Energieträgern abzudecken. Die bestehenden Zwischenschritte sollen weiter evaluiert und an die neuen geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Die Energiewende in Vorarlberg kann jedoch nur gemeinsam mit der Bevölkerung und der Wirtschaft gelingen.

- **Stromversorgung –100% erneuerbar bis 2030.** Um im Strombereich langfristig Versorgungssicherheit und Leistbarkeit sicherstellen zu können, wollen wir den Anteil an Strom aus erneuerbaren Energieträgern in Vorarlberg bis 2030 auf 100 Prozent ausbauen (Stromautonomie). Dies erfordert eine umfassende Nutzung aller verfügbaren Ressourcen und Technologien. Generell legen wir besonderen Wert auf den Ausbau der Wasserkraft (insbesondere beim Lünerseewerk II und beim Kraftwerksprojekt Lochau) und der Photovoltaik.
- **Weitere Potenziale nützen.** Neben Wasserkraft und Sonnenenergie gibt es in Vorarlberg auch Potenzial für Windkraft, thermische Solaranlagen, Biomasse, Biogas sowie innovative Ansätze wie die Nutzung von Abwärme und Wasserstofftechnologie.
- **Förderungen der Energieautonomie.** Die Realisierung der Ziele der Energieautonomie bzw. die Umsetzung der Maßnahmen erfordern eine planbare

Förderkulisse. Darunter fallen die Förderungen für Heizungsumstellungen, Energieeffizienzmaßnahmen, Beratungsprogramme, Fernwärmeförderungen, Unterstützungen für Elektromobilität und Ladeinfrastrukturen.

- **Prozess und Kommunikation.** Die begleitende Kommunikationskampagne wird fortgesetzt. Bei der Umsetzung des Energieautonomie-Projekts ist es weiterhin ein großes Anliegen, mit der Bevölkerung und den vielen lokalen Akteuren und Pionieren der Energiewende in Kontakt zu bleiben. Der erfolgreiche Weg unter anderem im Verbund mit den „e5-Gemeinden“ und Energiewirten ist konsequent fortzusetzen und Leuchtturmprojekte werden auch zukünftig vor den Vorhang geholt.

Sanierung von Gebäuden und Heizungstausch. Die Sanierung und Modernisierung bestehender Gebäude ist zentral für das Erreichen der Klimaziele. Sie reduziert den Energieverbrauch, ersetzt fossile Heizsysteme und schafft zusätzliche Wohnflächen ohne neue Flächenversiegelung.

Mission ZeroV und Mission ZeroV+. Das Ziel, die Vorarlberger Landesverwaltung und die landeseigenen Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung klimaneutral zu organisieren, wird konsequent weiterverfolgt. Inzwischen konnten alle Ölkessel in Verwaltungsgebäuden ersetzt werden. Ein neuer Fokus betrifft die Reduktion von Gas. Sanierungen und Neubauten von Landesgebäuden sollen generell eine Vorbildwirkung bezüglich Niedrigstenergiebedarf und Nutzung von Solarenergie, ökologischer Materialwahl und Begrünung etc. aufweisen. Der Fokus auf E-PKW bei Neuanschaffungen wird fortgesetzt. Inzwischen haben sich auch 19 Gemeinden der MissionZeroV angeschlossen. Weitere Gemeinden sollen zur Teilnahme animiert werden.

Umsetzung von Effizienzmaßnahmen. Unter den Rahmenbedingungen einer sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft, des Ausbaus der Elektromobilität und Wärmepumpen wird der Strombedarf zunehmen. Der Anstieg soll durch die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen und Sparanreizen bei Haushalten, Gewerbe- und Industriebetrieben möglichst geringgehalten werden.

Ausbau Fernwärme. Jeder geeignete Ballungsraum soll bis 2030 über eine Fernwärmeversorgung verfügen. Das betrifft insbesondere die vier Bezirkshauptstädte. Das regional nachhaltig verfügbare Biomassepotenzial soll genutzt werden. Bei der Nutzung von Biomasse wird dabei das Prinzip der kaskadischen Holznutzung weiterverfolgt. Künftig sollen verstärkt alternative Energiequellen (Abfälle, industrielle/kommunale Abwärme, Bodenseewasser, evtl. tiefe Geothermie etc.) eingebunden werden. Der Zukunftsdialog Fernwärme soll weitergeführt und die Akzeptanz bei Endkunden weiter gesteigert werden. Das Gasnetz wird nicht weiter ausgebaut.

Energetische Nutzung von Abfällen. Zur Erreichung der Energie- und Klimaziele des Landes ist es erforderlich, alle energetischen Potenziale auf ihre volkswirtschaftliche Nutzbarkeit zu überprüfen. Vor diesem Hintergrund soll bei der Wahl der Entsorger von biogenen Abfällen sowie bei Klärschlämmen und Restabfallmengen immer auch auf eine energetische Nutzung und möglichst kurze, energieeffiziente Transportwege geachtet werden. Wenn betriebswirtschaftlich vertretbar, ist eine energetische Verwertung von Abfällen und Reststoffen aus Vorarlberg im Land zu bevorzugen.

Tiefe Geothermie. Eine vom Land bei Geosphere Austria in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass es in Vorarlberg im Raum Bregenz und im Raum Feldkirch zwei realistische Hoffungsgebiete für die Erschließung von tiefegeothermalen Vorkommen gibt. Für eine detailliertere Klärung der möglichen Vorkommen ist es erforderlich, eine 3D-Seismik durchzuführen. Da es sich bei dem Projekt perspektivisch um wichtige Infrastrukturen handelt, sollten die Daten in der Hoheit des Landes liegen.

Wasserstoff (H₂) und andere erneuerbare Gase. Erneuerbare Gase und erneuerbarer Wasserstoff sind unverzichtbare Energieträger zur Dekarbonisierung der Energieversorgung und zur Einhaltung von Klimaschutzziele, insbesondere im Bereich Industrie. Dazu soll eine Analyse, in welchen Betrieben bzw. Sparten in Industrie und Gewerbe tatsächlich erneuerbare Gase in welcher Form (Methan oder Wasserstoff) benötigt werden, und Ableitung eines groben Mengengerüsts erfolgen. Ebenso sollen mögliche Wasserstoffinfrastrukturszenarien in Vorarlberg inklusive des Anschlusses an das europäische Wasserstoff-Kernnetz erarbeitet werden. Der landeseigene Energieversorger plant eine Erzeugungsanlage für grünen Wasserstoff. Der erzeugte Wasserstoff wird in einem weiteren Schritt über eine Methanisierungsanlage in Methan umgewandelt und ins bestehende Erdgasnetz als Biogas eingespeist.

Synthetische Brenn- und Kraftstoffe forcieren. Synthetische Brenn- und Kraftstoffe, hergestellt mit erneuerbaren Energien, bieten eine umweltfreundliche Alternative zu fossilen Energieträgern. Wir setzen uns für die Nutzung dieser innovativen Energietechnologie ein, um die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor und im Heizungsbereich zu reduzieren, ohne bestehende Antriebstechnologien und Infrastruktur austauschen zu müssen.

Gewerbe und Industrie. Die Dekarbonisierung des Energieverbrauchs der Industrie kann im Wettbewerb zukünftig einen Schlüsselfaktor darstellen; der Wettbewerb in diese Richtung hat bereits begonnen. Die Anstrengungen zur Reduktion des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen der Vorarlberger Betriebe sollen dabei weiterhin bestmöglich unterstützt werden.

Beratungsangebote für Betriebe. Angebote zu Beratung und Begleitung von Betrieben zu den Themen Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität, Klimaschutz und Klimaanpassung sollen beibehalten bzw. bedarfsgerecht ausgebaut werden. Über das Impuls3-Förderprogramm sollen Vorarlbergs Betriebe auch künftig die Möglichkeit haben, eine geförderte Beratung in Anspruch zu nehmen. Auch das Ökoprotit-Programm soll weiterhin unterstützt, weiterentwickelt und ausgebaut werden.

E-Mobilität. Die Umstellung der Busflotte im ÖPNV, der Fahrzeuge des Landes sowie von Gesellschaften mit Landesbeteiligung auf E-Fahrzeuge soll konsequent fortgesetzt werden. In diesem Bereich soll die Vorreiterrolle Vorarlbergs eingehalten und ausgebaut werden. Die Umstellung von Fahrzeugflotten von Betrieben und Gemeinden und von Fahrzeugen im öffentlichen Interesse soll weiter forciert werden. Infrastruktur für E-Mobilität. Das Land Vorarlberg kümmert sich in Abstimmung mit Netzbetreibern, Energieversorgern und den zuständigen Akteuren auf Bundesebene um den Ausbau von Ladeinfrastruktur für E-

Fahrzeuge. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Nachrüstung von Wohnanlagen und Arbeitsplätzen mit Ladeinfrastruktur gelegt werden.

e5-energieeffiziente Gemeinden und Klima- und Energie-Modellregionen als Träger der Energieautonomie. Die e5-Gemeinden sind unverzichtbare Partner, wenn es darum geht, die Ziele der Energieautonomie zu erreichen. Dieses Erfolgsmodell wird fortgesetzt und konsequent weiter ausgebaut.

Information, Motivation, Innovation und Weiterbildung. Informations- und Bildungsangebote für die Vorarlberger Bevölkerung sowie für Schulen und Kindergärten in den Themenbereichen Energie, Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Mobilität werden weiter ausgebaut. Durch eine noch stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen (z. B. FHV), Beratungs- und Bildungsorganisationen (wie WISTO, Energieinstitut, WIFI, Schloss Hofen) sollen Fachpersonen und Betriebe bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sowie bei der Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen im Energie- und Klimaschutzbereich noch besser unterstützt werden.

Beschluss einer neuen Strategie zur Klimaanpassung. Die bestehende Strategie ist aus dem Jahr 2016. Die Sommerhitze 2024 und die Unwetter im Herbst 2024 zeigten, wie dringend Klimawandelanpassung ist. Daher soll die Klimawandelanpassungsstrategie unter Berücksichtigung aktuellster wissenschaftlicher Erkenntnisse erneuert werden.

Klimawandel-Anpassungsmodellregionen. In Vorarlberg nehmen aktuell sechs Regionen am Förderprogramm Klimawandel-Anpassungsmodellregionen (KLAR!) des Klima- und Energiefonds teil. Das Land Vorarlberg unterstützt diese Gemeinden und Regionen weiter dabei an den Programmen KEM und KLAR! teilzunehmen

Nein zur Atomkraft. Vorarlberg und Österreich vertreten seit Jahrzehnten eine klar ablehnende Haltung gegenüber der Atomenergie. Angesichts der aktuellen Renaissance der Atomkraft in anderen EU-Staaten ist es wichtig, diesen Anti-Atom-Kurs beizubehalten.

3.2 Natur und Umwelt – nachhaltig denken, verantwortungsvoll handeln

Natur- und Umweltschutz betreffen alle Bereiche unseres Lebens. Aktiver Natur- und Umweltschutz als Basis für einen intakten Lebensraum und eine gesunde Umwelt sind schon seit Jahren integrativer Bestandteil der nachhaltigen Arbeit der Vorarlberger Landesregierung. Denn umweltrelevante Themen sind eine Querschnittsmaterie, die mittlerweile alle Bereiche unseres Lebens betrifft, beruflich und privat. Überall müssen die Auswirkungen unseres Handelns mitgedacht, schädliche Folgen möglichst vermieden werden. Der Schutz der einzigartigen Landschaft sowie der sorgsame Umgang mit Grund und Boden sind für uns ein hohes Gut. Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren, sauberes Wasser und gesunde Luft sind Voraussetzung für Erholung, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft und Tourismus.

Umweltverantwortung ist stark auch Eigenverantwortung. Natur- und Umweltschutz gehen uns alle an. Wir wollen das Bewusstsein dafür in zweierlei Hinsicht schärfen: Indem wir

darüber informieren, was jede und jeder Einzelne tun kann und wie wir diese Bereiche aktiv in unseren Alltag integrieren können. Es geht aber auch darum, interessierten Menschen fundierte und sachliche Informationen zur Verfügung zu stellen.

Naturschutzfonds. Für Maßnahmen zum Natur- und Umweltschutz werden vom Land Vorarlberg weiterhin finanzielle Anreize aus dem Naturschutzfonds gewährt.

Nachhaltig „ghörig feschts“. Vereine, Gemeinden und andere Organisationen werden beim Planen und Umsetzen von nachhaltigen Veranstaltungen weiterhin vom Land Vorarlberg mit diesem Programm unterstützt. Ziel ist es, vorwiegend regional produzierte und verarbeitete Lebensmittel und Getränke anzubieten, öffentliche Mobilitätsangebote zu nützen und durch effiziente Technik und Recycling weniger Abfall zu produzieren.

Naturschutz ist Umweltschutz: Verantwortungsvoll mit Ressourcen umgehen. Sauberes Trinkwasser und gute Luft brauchen wir alle, jeden Tag. Ebenso die positive Klimawirkung von Bäumen, Mooren, Wäldern. Die Vielfalt an Pflanzen, Tieren, Insekten und Landschaften prägt unsere Umwelt und macht sie zu einer weitem besonderen. Nur wenn wir heute verantwortungsvoll handeln und unseren Lebensraum in seiner Vielfalt schützen, kann auch die Generation von morgen in einem intakten, gesunden Umfeld leben. Durch entsprechende Förderungen und Maßnahmen werden die Verbreitung, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die breite Wissensvermittlung zur praxisnahen und transparenten Verankerung des Naturschutzes insbesondere an Fachstellen (Gemeinden, Schulen, Kindergärten, Vereine, Straßenmeistereien, Architekten, Baufirmen, etc.) gestärkt. Der Umgang mit Neophyten ist eine gemeinsame Aufgabe. Einen wichtigen Part übernehmen dabei Land- und Forstwirtschaft, aber auch Hausgärten oder Freiräume in unseren Siedlungen bieten dafür gute Chancen.

Biodiversität fördern. Die Notwendigkeit intakter Ökosysteme als Grundlage für die menschliche Existenz ist unbestritten. Der dauerhafte Erhalt der Ökosysteme mit Bewahrung der Biodiversität wird vom Land Vorarlberg in vielfältiger Weise auch hinkünftig unterstützt.

Sauberes Trinkwasser ist ein unschätzbare Gut. Trinkwasser in Top-Qualität ist unser wichtigstes und wertvollstes Lebensmittel. Das Land mit sauberem Trinkwasser zu versorgen, die Trinkwasservorkommen zu schützen und für die Allgemeinheit zu nutzen, ist eine gemeinsame Daueraufgabe. Eine funktionierende Wasserversorgung ist das Rückgrat für die Siedlungsentwicklung. Deshalb investieren Städte, Gemeinden, Wasserverbände und Wassergenossenschaften laufend in die weitere Absicherung der Wasserversorgung.

Ausgleich zwischen Schutzmaßnahmen und Nutzungsinteressen. Wir leben in einem begrenzten Raum. Es braucht einen Ausgleich zwischen sinnvollen Schutzmaßnahmen und angemessenen Nutzungsinteressen. Wertvolle Landschaften brauchen unseren Schutz. Aus diesem Grund muss konsequent zwischen Kulturlandschaft und Schutzfläche unterschieden werden. Nur so kann langfristig die Qualität der Flächen und deren Wirkung, sowohl für touristische und landwirtschaftliche Zwecke, aber auch für uns Menschen und die Biodiversität und das Klima erhalten bleiben. Für die Schutz- und Schongebiete gilt es, gute Lösungen mit den Nutzerinnen und Nutzern zu finden. Eine positive Entwicklung: Unsere Siedlungsräume werden immer attraktiver – mit mehr Grün und weniger Versiegelung.

Privatpersonen, Betriebe und Gemeinden werden mit gezielten Informationen und Beratung wirksam unterstützt.

Schutzgebiete zukunftsfit erhalten. Die ausgewiesenen Schutzgebiete (Natura2000, Naturpark Nagelfluhkette, Biosphärenpark Großes Walsertal) erfüllen wichtige regionale und gesellschaftliche Funktionen. Maßnahmen in den Bereichen Management, Informationsvermittlung, Bewusstseinsbildung und Lenkung von Besucherinnen- und Besucherströmen sowie die Vermarktung regionaler Produkte werden vom Land Vorarlberg weiterhin unterstützt.

Naherholungsgebiete in ihrer Qualität für die nächsten Generationen schützen. Naherholungsgebiete übernehmen eine wichtige Freizeitfunktion, sind eine kühle Oase an Hitzetagen sowie ein Hotspot der Biodiversität. Neue Projekte, wie beispielsweise die sichere Begehrbarkeit des Bregenzerachtals, sollen mit großer Achtung des Naturraums umgesetzt werden, um so eine sichere Nutzung für alle zu ermöglichen.

Moorschutz. Vorarlberg hat eine besondere Verantwortung für den Moorschutz. So befinden sich in unserem Bundesland auf nur 3,1 % der Staatsfläche ca. ein Viertel der österreichischen Moore, die für den Klimaschutz als CO₂-Speicher eine hohe Bedeutung haben. Wir setzen uns weiterhin für den Erhalt der bestehenden Moorflächen ein.

Leistbare und nachhaltige Mobilität. Vorarlberg arbeitet konsequent an einer leistbaren und nachhaltigen Mobilität im ganzen Land. Vorarlberg hat mit dem Mobilitätskonzept oder der Radstrategie wichtige Grundlagen für eine bewusste, leistbare und nachhaltige Mobilität geschaffen. Die konsequente Umsetzung in den vergangenen Jahrzehnten hat unser Land in verschiedenen Mobilitätsbereichen (Öffentlicher Verkehr, Nutzung des Fahrrads etc.) an die Österreich-Spitze gebracht. Die nächsten Schritte auf dem Weg in eine nachhaltige Mobilität sind: weiterer Ausbau der Radwege, Förderung der E-Mobilität und alternativer Antriebstechnologien, fußgängerfreundliche Wege, Sharing-Modelle sowie ein weiterer Ausbau des ÖPNV zum Nutzen von Einheimischen, Touristinnen und Touristen, Wirtschaft und Umwelt.

Vorarlberg geht sorgsam mit seinem Boden um. Vorarlberg verzeichnet einen abnehmenden Trend in der Bauflächenzunahme. Dieser ist im Wesentlichen auf eine konsequente Raumplanung hin zu einer stärkeren Innenentwicklung sowie der überörtlichen Sicherung von Freiflächen zurückzuführen. Die Raumentwicklung basiert auf dem „Raumbild Vorarlberg 2030“, den Zielen des Raumplanungsgesetzes sowie vielen weiteren begleitenden Maßnahmen wie befristete Widmung, Verdichtungszonen, Vorbehaltsflächen, verschiedene Landesraumpläne, Räumliche Entwicklungspläne (REPs) oder die regionale Zusammenarbeit.

Humusaufbau forcieren. Der Humusaufbau leistet einen wichtigen Beitrag für gesunde Böden und den Klimaschutz, weil dadurch CO₂ im Boden gebunden wird. Struktureiche Böden sind auch in der Lage, große Wassermengen aufzunehmen und erfüllen damit gerade bei Starkniederschlägen eine wichtige Schutz- und Sicherheitsaufgabe. Die Maßnahmen zum Humusaufbau werden vom Land Vorarlberg fortgeführt.

3.3 Landwirtschaft und ländlicher Raum – Lebensraum Vorarlberg gestalten

Landwirtschaftsstrategie „Landwirt.schafft.Leben“. Die Landwirtschaftsstrategie bildet den Orientierungsrahmen, um die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in Vorarlberg noch attraktiver, zukunftsfähiger und nachhaltig erfolgreich zu gestalten. In diesem zentralen Zukunftskonzept für die Vorarlberger Landwirtschaft sind die wichtigsten Grundsätze und Zielvorgaben formuliert, die konsequent abgearbeitet und bei Bedarf an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Mit der fortlaufenden Umsetzung der zielgerichteten Maßnahmen unserer Landwirtschaftsstrategie wird eine tierwohlgerechte, chancenreiche und zukunftsfähige Landwirtschaft auf allen Ebenen weiter gestärkt. Dabei sind die Vorarlberger Landwirtschaftskammer und das Ländle Qualitätsmarketing wichtige Partner; die Umsetzung der übertragenen Aufgaben an sie wird regelmäßig evaluiert.

Unternehmen Bauernhof. Der Fokus auf eine hohe unternehmerische Kompetenz der Bäuerinnen und Bauern sichert Wertschöpfung in den Betrieben, in der Urproduktion sowie in der Diversifizierung und macht Landwirtschaft speziell auch für junge Menschen attraktiv. Mit einem Bündel an Maßnahmen, wie einer bedarfsgerechten Aus- und Weiterbildung, vielfältigen Beratungsangeboten, Stärkung der Innovationskraft sowie der zielgerichteten jährlichen Leistungsabgeltungen durch das Land Vorarlberg, werden unsere Bäuerinnen und Bauern bestmöglich begleitet, um ihre Betriebe wirtschaftlich erfolgreich und sozial verantwortungsvoll führen zu können.

Landwirt als Energiewirt. Die bäuerlichen Betriebe leisten auch im Energiebereich einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und Energieeffizienz am Bauernhof werden weiter forciert. Insbesondere die Nutzung von Biogasanlagen soll weiter ausgebaut und optimiert werden.

Flächendeckende Bewirtschaftung. Unser Landschaftsbild ist eines der Aushängeschilder unseres Landes. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass eine flächendeckende Bewirtschaftung auch weiterhin gewährleistet ist. Die leistungsgerechten Ausgleichszahlungen für die Erschwernisse in der heimischen Berglandwirtschaft gewährleisten, dass die flächendeckende Bewirtschaftung gerade auch in den Bergregionen Vorarlbergs wirtschaftlich attraktiv bleibt. Hier zählt Vorarlberg österreichweit zu den Vorreitern. Das soll weiterhin so bleiben.

Lebensqualität auf Bauernhöfen. Gemeinsam mit der Bäuerinnenorganisation, der Landjugend und der Landwirtschaftskammer werden Projekte für mehr Lebensqualität auf Bauernhöfen umgesetzt und Schwerpunkte im Bereich Bildung und Jugend im ländlichen Raum forciert. Im Sinne der Lebens- und Arbeitswelt Bauernhof werden beispielsweise im Bereich Bildung und Beratung Themenfelder wie Work-Life-Balance, physische und psychische Belastungen sowie Zeitmanagement verstärkt thematisiert. Dafür stehen geeignete Anlaufstellen zur Verfügung.

Ausbildung. Die BSBZ Landwirtschaftsschulen Vorarlberg in Hohenems werden als breit aufgestellter Campus für Nachhaltigkeit und Regionalität fortlaufend weiterentwickelt und sollen alle Bereiche der Vorarlberger Landwirtschaft abdecken. Die Höhere Lehranstalt für Landwirtschaft wird sich weiter vertiefend den Zukunftsthemen „Ressourcenmanagement

und erneuerbare Energie“ widmen. Kooperationen mit bestehenden Bildungseinrichtungen und Unternehmen (Tourismus, Handwerk, Industrie) werden forciert. Insbesondere soll die Zusammenarbeit mit der Gastgeberschule für Tourismusberufe (GASCHT) weiter gestärkt werden.

Frauen in der Landwirtschaft. Frauen leisten einen entscheidenden Beitrag zum Funktionieren der bäuerlichen Betriebe in Vorarlberg. Die Vorarlberger Landesregierung ist sich dieser wertvollen Rolle bewusst und unterstützt in Zusammenarbeit mit der Bäuerinnenorganisation die Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum durch zielgerichtete Maßnahmen.

Dialog und Sichtbarkeit. Landwirtschaftliche Themen werden für die Bevölkerung verständlich aufbereitet und proaktiv kommuniziert. Austauschaktivitäten mit der Bevölkerung direkt am Hof werden ebenfalls forciert. Das Berufsbild der Bäuerinnen und Bauern wird weiter gestärkt. Zur Zielerreichung soll die Jugend besonders sensibilisiert sowie auf die Möglichkeiten der Lehre und des Zivildienstes am Bauernhof aufmerksam gemacht werden.

Regionale Qualitätsproduktion. Mit Initiativen wie „Vorarlberg am Teller“ und „Kinder.Essen.Köri“ setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass regionales und saisonales Essen noch öfter auf die Teller kommt und in allen Vorarlberger Schulen leistbares und gesundes Essen angeboten wird. Dadurch steigt auch das Bewusstsein für die Wertigkeit heimischer Qualitätsprodukte. Zur Sichtbarmachung der regionalen Qualitätsproduktion braucht es ein zukunftsgerichtetes Marketing für Regionalprodukte und eine Serviceplattform für die Vorarlberger Bäuerinnen und Bauern in Bezug auf Herkunft, Qualität, Sicherheit und Vermarktung ihrer „Ländle-Produkte“. Die Landesregierung bestärkt die vielfältigen Qualitäts- und Marketingmaßnahmen für Erzeugnisse aus der Vorarlberger Landwirtschaft. Durch die Vermittlungsaktivitäten zwischen den einzelnen Akteuren entlang der Wertschöpfungskette (Produzenten, Verarbeitungsbetriebe, Lebensmittelhandel, Verpflegungseinrichtungen) können viele wertvolle Partnerschaften und stabile Beziehungen aufgebaut werden. Ausschreibungen für Lebensmittel im öffentlichen Bereich sollen die Kleinstrukturiertheit der Vorarlberger Erzeuger und Verarbeiter berücksichtigen. Neben dem Preis müssen Nachhaltigkeitskriterien und der regionale Mehrwert mit in die Entscheidung einfließen.

Regionalinitiativen stärken. Im Rahmen gewachsener Regionalinitiativen wie KäseStrasse Bregenzerwald, Biosphärenpark Großes Walsertal, bewusstmontafon, Klostertaler Bauerntafel oder Regionale Kulinarik produzieren Vorarlbergs Bäuerinnen und Bauern hochwertige Lebensmittel und positionieren diese nachhaltig auf dem heimischen Markt. Diese sollen in ihren Aktivitäten weiter, bei Bedarf auch finanziell, unterstützt werden.

Produktvielfalt erhalten, Wertschöpfungsstrategien entwickeln. Die Kerngeschäfte der Vorarlberger Landwirtschaft wie Grünlandwirtschaft mit Viehhaltung, Milch- oder Käseproduktion werden auf hohem Niveau durch entsprechende Wertschöpfungsstrategien weiterentwickelt und gestärkt. Sie sind das Rückgrat der Vorarlberger Landwirtschaft. Seitens des Landes Vorarlberg wird in enger Zusammenarbeit mit den milchverarbeitenden Betrieben an Modellen gearbeitet, um die Konkurrenzfähigkeit auch in Zukunft zu erhalten.

Gleichzeitig hat die Produktvielfalt an qualitativ hochwertigen, regionalen Lebensmitteln wie Obst, Gemüse, Getreide, Eier, Fleisch sowie der Gartenbau eine große Bedeutung. Diese soll schrittweise ausgebaut und so der Eigenversorgungsgrad gesteigert werden. Die Vielfalt an erzeugten Lebensmitteln und die leistungsfähigen Verarbeitungsbetriebe im eigenen Land verstärken zudem die Resilienz in Krisenzeiten.

Transparenz und Kennzeichnung. Vorarlbergs Landwirtschaft bietet höchste Standards und beste Qualität. Was für Lebensmittel aus Vorarlberg gilt, sollte auch für alle Produkte in unseren Regalen gelten. Eine Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln ist ein wichtiger Schritt für mehr Transparenz im Hinblick auf den Ursprung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und macht die Leistungen unserer heimischen Bäuerinnen und Bauern sichtbarer. Damit ein bewusster Einkauf durch die Konsumentinnen und Konsumenten möglich ist, fordert die Landesregierung eine Ausweitung der verpflichtenden und kontrollierten Kennzeichnung von Lebensmitteln nach Herkunft im Handel und in der Gastronomie. Die Landesregierung setzt sich auch für eine Haltungskennzeichnung ein, die sich an der landwirtschaftlichen Praxis in Vorarlberg orientiert und insbesondere die natürlichen Gegebenheiten der Alpwirtschaft berücksichtigt.

Nein zu Laborfleisch. Im Sinne der regionalen Lebensmittelproduktion und der umfassenden Bewirtschaftung unserer Landwirtschafts- und Alpflächen sprechen wir uns klar gegen Laborfleisch aus. Ein Nein zu Laborfleisch bedeutet ein Ja zur regionalen Lebensmittelproduktion unserer bäuerlichen Betriebe. Die Regionalität und die hohe Qualität unserer landwirtschaftlichen Produkte dürfen nicht durch synthetische Alternativen untergraben werden.

Nein zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Die möglichen Auswirkungen genetisch veränderter Produkte auf Menschen, Tiere und das gesamte Ökosystem sind weitgehend unerforscht und unvorhersehbar. Aus diesem Grund sprechen wir uns entschieden gegen den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Land- und Forstwirtschaft aus.

Tiergesundheit. Vorarlberg ist das einzige Bundesland mit einem flächendeckenden Tiergesundheitsdienst bei Rindern. Dieser Status soll weiterhin erhalten bleiben. Speziell bei der Tuberkulose (TBC) werden wir für einen Rückgang der Prävalenz in den betroffenen Gebieten sorgen und die weitere Ausbreitung der Krankheit verhindern. Bei der Bekämpfung der Blauzungenkrankheit werden wir weiter das führende Bundesland bleiben.

Tierärztliche Versorgung sichern. Unsere Tierärztinnen und Tierärzte erbringen wichtige Leistungen im Bereich des Tierschutzes, der Lebensmittelqualität und -sicherheit sowie der Seuchenbekämpfung. Speziell durch Pensionierungen wird es in den kommenden Jahren zu einem Engpass bei Tierärztinnen und Tierärzten kommen. Es ist deshalb notwendig hier entgegenzuwirken, damit die Versorgungssicherheit auch in Zukunft gewährleistet ist.

Tierwohl. Unsere Bäuerinnen und Bauern kümmern sich mit großem Engagement und viel Leidenschaft um ihre Tiere. Die Landesregierung unterstützt sie durch ein zielgerichtetes Maßnahmenbündel:

- Bauliche Lösungen für tierwohlorientierte Stallhaltung werden in der Beratung und durch finanzielle Anreize unterstützt. Die Alpwirtschaft und Weidehaltung der

landwirtschaftlichen Nutztiere in Vorarlberg genießen einen sehr hohen Stellenwert und werden wirkungsvoll unterstützt.

- Mit dem Vorarlberger Tiergesundheitsfonds werden zusätzliche Anreize für die Gesundheit und das Wohlbefinden der landwirtschaftlichen Nutztiere gesetzt.
- Für Betriebe mit besonderen Herausforderungen im menschlichen und betrieblichen Umfeld sind die Hofberatung, der Betriebs helfer dienst, das bäuerliche Sorgentelefon sowie die tierärztlichen Notdienste wichtige Anlaufstellen.

Regionalen Schlachthof realisieren. Ein weiterer Schritt zur Förderung der Regionalität ist die rasche Realisierung des regionalen Schlachthofs. Es steht außer Frage, dass Nutztiere, die in Vorarlberg gehalten werden, auch vor Ort geschlachtet und verarbeitet werden sollten. Dies verhindert lange und stressige Tiertransporte und erhöht die Wertschöpfung in der Region. Ergänzend dazu soll die Fleischversorgungskette im Land durch die Vernetzung aller regionalen Akteure verbessert werden, um eine nachhaltige und effiziente Verarbeitung zu gewährleisten.

Kälbertransporte reduzieren. Die Landesregierung spricht sich für eine weitgehende Vermeidung des Transports von nicht entwöhnten Kälbern über lange Strecken aus. Um hier klare Vorgaben im Einklang mit dem Tierschutz und EU-rechtlichen Materien zu erhalten, tritt das Land an die neue Bundesregierung mit der Forderung heran, klarere rechtliche Vorgaben zu erlassen; im eigenen Wirkungsbereich setzt die Landesregierung weiterhin Maßnahmen zur Vermeidung von Kälbertransporten.

Transporte von Zuchtrindern. Die Landesregierung spricht sich für eine weitere Reduzierung von Transporten von Zuchtrindern in Drittstaaten aus.

Biodiversitätsverordnung mit Hausverstand umsetzen. Die von der EU verfolgten Renaturierungsziele sind realitätsfern und gefährden nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaftsbetriebe, sondern letztendlich auch die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln. Durch die geforderte Renaturierung besteht die Gefahr, dass die heimische Landwirtschaft dringend benötigte Produktionsflächen verliert. Unsere bisherigen Bemühungen, die heimische Landwirtschaft krisenfester zu machen und die regionale Selbstversorgung zu steigern, werden durch dieses Renaturierungsgesetz erheblich beeinträchtigt. Vorarlberg weist mit seinem naturnahen Wald und über 50 % extensiv bewirtschafteter Flächen in der Landwirtschaft bereits jetzt eine hohe Biodiversität auf. Diese Vorleistungen der Land- und Forstwirtschaft sind bei der Umsetzung dieser EU-Vorgabe zu berücksichtigen. Etwaige finanzielle Mittel sind separat aufzubringen und nicht den bestehenden Budgets der Land- und Forstwirtschaft zu entziehen. Es darf kein „Gold Plating“ erfolgen!

Biolandwirtschaft. Bioprodukte aus Vorarlberg bieten einen vielfältigen Mehrwert durch eine umweltschonende Wirtschaftsweise mit einem besonderen Fokus auf hohe Tierwohlstandards. Die Erzeugung biologischer Qualitätsprodukte soll im Einklang mit dem Absatzmarkt für Bioprodukte stetig weiterentwickelt werden. Es gilt, das Angebot biologisch produzierter Lebensmittel entlang der gesamten Wertschöpfungskette marktorientiert auszubauen. Dafür braucht es vor allem unsere Bioorganisationen, um ein entsprechendes Angebot in der Bildung, Beratung, Vernetzung und Marktentwicklung im Biobereich

garantieren zu können. Die besonderen landeseigenen Leistungsabgeltungen für die Biobäuerinnen und Biobauern sind für das Voranbringen von Bio genauso wichtig wie eine Belegung des Absatzmarktes für heimische Bio-Produkte durch Initiativen wie „Kinder.Essen.Körig“.

Lebendige Alpwirtschaft. Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Vorarlbergs wird alpwirtschaftlich genutzt. Unsere Älplerinnen und Älpler produzieren hochwertige Alpprodukte und bewahren die biologische Vielfalt, Funktionalität und Schönheit unserer Bergregionen, nicht zuletzt auch als wichtiges Kapital für den Tourismus. Davon profitieren Mensch, Tier und Natur. Dafür braucht es stabile und sichere Rahmenbedingungen und eine faire Leistungsabgeltung.

Management Großraubwild. Unsere Alpwirtschaft ist nicht nur eine wichtige Säule der Vorarlberger Landwirtschaft. Unsere Alpen haben eine große Bedeutung für den Tourismus. Ein gezieltes Management von Großraubwild (wie Wolf und Bär) bietet Sicherheit für Mensch und Nutztier. Wir setzen diesen Weg konsequent fort. Unser Ziel ist die Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfes, damit Alpwirtschaft weiter in der bisherigen Form möglich ist und Regelungen zur Entnahme von Problemwölfen einfacher und schneller erlassen werden können.

Lebensgrundlage Boden und Bodenschutz. Um den gesellschaftlichen Versorgungsauftrag mit regionaler Lebensmittelvielfalt weiterhin zu erfüllen, braucht es den Boden als Lebensgrundlage. Die Sicherung von fruchtbaren Böden für die Landwirtschaft zur Lebensmittelerzeugung ist deshalb von entscheidender gesellschaftlicher Bedeutung für das Land Vorarlberg. Beim Bodenschutz spielen das Grundverkehrsgesetz und das Raumplanungsgesetz eine besondere Rolle. Der landwirtschaftliche Grundverkehr dient dazu, Produktionsflächen in der Landwirtschaft zu halten und ist ein starkes Schutzinstrument für die bäuerlichen Familienbetriebe. In den Planungen ist auf den sparsamen Umgang mit Grund und Boden zu achten. Das Prinzip der Haltung der Siedlungsråder ist auch aus landwirtschaftlicher Sicht Kern der raumplanerischen Entwicklung. In Ergänzung zur bestehenden Landesgrünzone sollen landwirtschaftliche Vorrangflächen ausgewiesen werden, um die Produktionsgrundlage für die heimische Lebensmittelerzeugung nachhaltig abzusichern.

Verbot der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung. Landwirtschaft lebt grundsätzlich von der Kreislaufwirtschaft. Aber gerade im Zusammenhang mit PFAS und anderen Langzeitschadstoffen ist die Klärschlammausbringung sehr kritisch zu beurteilen. Wir sind deshalb für ein Verbot der Ausbringung von Klärschlämmen jeglicher Art und Konsistenz. Dieses Verbot soll im Bodenschutzgesetz verankert werden, um allfällige Schadstoffeinträge hintanzuhalten.

GAP-Strategieplan. Die Leistungsabgeltungen der Gemeinsamen Agrarpolitik in Kombination mit den Leistungsabgeltungen des Landes Vorarlberg bilden ein wichtiges Fundament, um den bäuerlichen Familienbetrieben in Vorarlberg sichere Zukunftsperspektiven zu bieten, den ländlichen Raum zu stärken und die Vorreiterrolle im Bereich des Ressourcen-, Umwelt-, Klima- und Tierschutzes auszubauen. Die Landesregierung sichert die Umsetzung des GAP-Strategieplanes 2023-2027 unter Ausschöpfung der vielfältigen Gestaltungsinstrumente im

Rahmen der Ländlichen Entwicklungsprogramme. Das Land Vorarlberg setzt sich auf Bundesebene mit Kräften dafür ein, dass die landesspezifischen Themen adressiert werden und damit verbunden die landeseigenen Handlungsspielräume für die Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft, des Bodens und des ländlichen Raumes erhalten bleiben. Österreich hat als einziges Land in Europa mit Geldern des Bundes und der Länder ein Impulsprogramm gestartet und die Landwirtschaftsförderungen für 2024 um 8 % indexiert. Wir fordern eine solche Indexierung auch zukünftig und regelmäßig von der Europäischen Union.

Bienen. Bienen sind von zentraler Bedeutung für die natürliche Vielfalt und die Bestäubung vieler Nutzpflanzen. Die 1.500 Imkerinnen und Imker in Vorarlberg leisten mit ihren 12.000 Bienenvölkern einen wichtigen Beitrag für unsere vielfältige Kulturlandschaft und sichern landwirtschaftliche Erträge im Obst- und Beerenanbau. Das Land Vorarlberg ist ein verlässlicher Partner für die Imkerinnen und Imker und fördert die Leistungen des Imkerverbandes und der Vereine. Zusätzliche Landesmittel werden für die Bienengesundheit, für die Qualitätssicherung der Vorarlberger Honigerzeugung und das Marketing gewährt.

Fischerei. Die Fischerei hat in Vorarlberg eine lange Tradition und genießt einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung. Voraussetzung für einen guten und gesunden Fischbestand im Bodensee oder in anderen Gewässern sind intakte Wasserlebensräume und eine nachhaltige Fischereibewirtschaftung. Die Vorarlberger Landesregierung ist verlässlicher Partner für die Fischerei in Vorarlberg und erkennt den Wert von Fischspezialitäten aus heimischer Produktion. Auch im Bereich der Fischerei gilt, dass ein einseitiger Schutz von Lebewesen, wie dem Kormoran, die Natur aus dem Gleichgewicht bringt. Hier muss eine Möglichkeit für ein effizientes Management rund um den gesamten Bodensee gefunden werden.

Jagd. Jägerinnen und Jäger tragen eine besondere Verantwortung für die heimischen Wildtiere und den Lebensraum Wald. Mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung und dem respektvollen Umgang mit der Fauna und Flora leistet die Jagd einen wesentlichen Beitrag zum aktiven Natur- und Lebensraumschutz. Ein weiterhin offener Dialog mit allen beteiligten Akteuren ist nicht nur hinsichtlich der unterschiedlichen Interessen bei der Freizeitnutzung, sondern auch im Zusammenhang mit der TBC-Bekämpfung von zentraler Bedeutung. Die Landesregierung unterstützt die Jagdwirtschaft in ihren vielfältigen Aufgaben mit dem Ziel eines dem vorhandenen Lebensraum angepassten Wildbestandes.

Bürokratie eindämmen. Bäuerinnen und Bauern möchten auf dem Feld und im Stall sein, nicht im Büro. Wir setzen auf mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie. Wir stehen für praktikable und verständliche Regelungen und für Naturschutz mit Hausverstand. Diesen Aspekten ist auf allen Ebenen vordringlich Rechnung zu tragen.

Wissenschaftliches Arbeiten in der Landwirtschaft. Gerade in Anbetracht des sich ändernden Klimas, aber auch im Zusammenhang mit Arbeitserleichterungen und Aufwertung der Lebensqualität werden neue Technologien auch in der Landwirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Im Bereich des Pflanzenschutzes bieten neue Technologien ebenso

große Optionen. Deshalb sollen gerade im wissenschaftlichen Bereich auch weitere Akzente gesetzt werden.

3.4 Forstwirtschaft – „Schützen durch Nützen“

Landesforstgarten modernisieren. Der Landesforstgarten spielt in der Versorgung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer mit klimaangepassten, heimischen Forstpflanzen eine zentrale Rolle. Insbesondere die Saatgutgewinnung und -aufbereitung soll auf den Stand der Technik gebracht werden. Aufgrund der schlanken Personalstruktur sollen Investitionen in die Rationalisierung der Betriebsabläufe und einen modernen Kundenservice getätigt werden.

Sicherstellung der Schutzfunktion. Etwa die Hälfte der Wälder in Vorarlberg schützen unmittelbar Objekte vor Lawinen, Muren und Steinschlägen oder sie verbessern den Hochwasserrückhalt und schützen den Boden vor Erosion. Die Aufrechterhaltung und Verbesserung dieser Schutzfunktionen ist eine Daueraufgabe des Landesforstdienstes und der Wildbach- und Lawinenverbauung. Eine weitgehend funktionierende Naturverjüngung ist Basis für die Aufrechterhaltung der Schutzfunktion. Die Zusammenarbeit mit dem forsttechnischen Dienst der Wildbach- und Lawinenverbauung soll ausgehend vom bestehenden hohen Niveau weiter ausgebaut werden.

Klimawandelanpassung der Vorarlberger Wälder. Vorarlberg weist die naturbelassensten Wälder Österreichs auf. Insgesamt ist gut ein Drittel der Landesfläche mit Wald bedeckt, rund die Hälfte davon ist Schutz- und Bannwald. Durch forcierte Waldpflege der Jungbestände, intensivere Betreuung der steigenden Anzahl „hofferner“ Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer seitens des Landesforstdienstes sowie eine gezielte Förderpolitik sollen der Anteil klimaresistenter Mischwälder und die Artenvielfalt im Wald erhöht werden. Insbesondere für die Sicherstellung der Pflege von Jungbeständen sollen entsprechende Mittel bereitgestellt werden, um stabile und vitale Mischbestände für künftige Generationen zu sichern.

Waldumbau und Gastbaumarten. Im Sinne des sparsamen und zweckmäßigen Einsatzes öffentlicher Mittel und Personalressourcen soll darauf geachtet werden, dass die Waldbewirtschaftenden in der wichtigen Aufgabe des Waldumbaus so wenig wie möglich mit bürokratischen Hürden belastet werden und größtmöglichen Handlungsspielraum bekommen. Dazu gehört auch eine Sicherstellung des Aufkommens der natürlichen Waldverjüngung aller heimischen Baumarten auf dem überwiegenden Teil der Landesfläche sowie die Einbeziehung sogenannter Gastbaumarten in den Waldumbau.

Forstliche Infrastruktur sicherstellen. Forststraßen sind zur Pflege und Erhaltung der Bewirtschaftung unserer Wälder eine integrale Voraussetzung und liegen im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Beim Bau von Forststraßen soll das öffentliche Interesse an einem stabilen, resilienten, seine Schutz- und Biodiversitätsfunktionen erfüllenden Wald zukünftig in der Interessensabwägung stärker gewichtet werden.

Vorarlberg ist ein Holzbau-land. Da wir über ausreichende klimaneutrale Holzrohstoffe und ein hohes architektonisches sowie handwerkliches Geschick im Holzbau verfügen, haben wir ein großes Potenzial als Holzbau-land. Die Holzmobilisierung, welche sowohl wirtschaftlich wie sozial positive Auswirkungen auf den ländlichen Raum hat, soll daher durch gezielte Maßnahmen im Verbund mit den Systempartnern weiter vorangetrieben werden. Öffentliche Bauten sollen dabei als Vorreiter für eine Holzbauoffensive dienen, in der Wohnbauförderung und bei der Förderung gewerblicher Bauten sollen dafür gezielt Anreize geschaffen werden und Nachhaltigkeitskriterien, die den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerkes einschließen.

Nachhaltige Forstwirtschaft. Da die jährliche Nutzung des Holzes im Vorarlberger Wald bei etwa zwei Drittel des jährlichen Zuwachses liegt, steigt der Holzvorrat stetig. Mittelfristig hat dies jedoch eine Überalterung der Waldbestände zur Folge, sodass instabile, qualitätsverminderte Wälder die Folge wären. Die nachhaltige Nutzung des nachwachsenden Holzes, mit dem Ziel den Holzeinschlag angemessen zu erhöhen, stärkt die Wirtschaftskreisläufe in ländlichen Regionen, sie trägt entscheidend zur rascheren Klimawandelanpassung der Wälder bei und sie vermindert den Import von fossilen Brennstoffen.

Wald-Wild-Verhältnis. Ein tragbarer Wildeinfluss spielt für die Schutzwirkung des Waldes, für die biologische Vielfalt, für die Wirtschaftsleistung und für alle weiteren gesellschaftlich wichtigen Waldfunktionen eine zentrale Rolle.

Der Waldfonds als wichtiges Instrument. Damit unsere Wälder auch auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet sind, braucht es vitale und fitte Wälder. „Schützen durch Nützen“ ist unser Credo. Um eine kontinuierliche sowie durchgängige und nicht ausschließlich vom Holzmarkt abhängige Bewirtschaftung (auch in Extremlagen) zu gewährleisten, braucht es den Vorarlberger Waldfonds, sowie den Bundeswaldfonds. Diese beiden Unterstützungsgefäße gilt es weiterhin aufrecht zu erhalten und auszubauen.

3.5 Unser Wasser – höchste Qualität und bester Schutz

Gewässer schützen. Der Schutz unserer Gewässer steht im Zentrum einer nachhaltigen Wasserwirtschaft. Wir werden die Erhaltung des guten mengenmäßigen und qualitativen Zustands aller Grundwasserkörper sicherstellen. Um dies zu gewährleisten, werden die bestehenden Überwachungsprogramme zur Qualität und Quantität des Grundwassers fortgeführt. Ausgewiesene Schongebietsflächen werden erhalten und, wo es aus öffentlichen Interessen sinnvoll und zweckmäßig ist, angepasst. Gleichzeitig werden die ökologische Sanierung der Bäche und Flüsse sowie die Gewässerschutzmaßnahmen zur Verhinderung der stofflichen Belastung konsequent fortgeführt. Wir unterstützen die Kläranlagenbetreiber bei der Instandhaltung und Sanierung ihrer Anlagen. Ebenso werden die Förderung des Landes für die Kanalisation und Abwasserreinigungsanlagen außerhalb der Kanalanschlussgebiete aufrechterhalten.

Wasserressourcen nachhaltig nutzen. Die Versorgungssicherheit der öffentlichen Wasserversorgung hat höchste Priorität. Durch das Vorarlberger Trinkwasservorsorgekonzept werden Maßnahmen konsequent fortgesetzt, um diese zu gewährleisten. Schutzgebiete von genutzten Quellen und Brunnen werden regelmäßig überprüft und dort ausgewiesen, wo sie noch nicht vorhanden sind und zum vorsorglichen Schutz nötig. Die Förderung des Landes für Wasserversorgungsanlagen wird weiterhin aufrechterhalten. Die Wasserkraft wird unter Berücksichtigung ökologischer Rahmenbedingungen weiter ausgebaut. Wasserkraftnutzung in Gewässern mit dem ökologischen Zustand „sehr gut“ wird ausgeschlossen.

Schutz vor Hochwasser. Der Schutz vor Hochwasser ist eine zentrale Aufgabe der Wasserwirtschaft. Im Rahmen des Aktionsprogramms Hochwasserschutz Vorarlberg werden die notwendigen Schutzprojekte gemeinsam mit Gemeinden, Städten und Wasserverbänden weiter konsequent umgesetzt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den Maßnahmen des „Integralen Hochwasserschutzes“. Zudem werden Maßnahmen zur Sicherung vor verstärkten Murgängen in den Gewässern und Hangrutschungen weiter vorangetrieben. Des Weiteren spielen die Entsiegelung von Flächen, Versickerung und Rückhaltung von Regenwasser in den Kommunen eine wichtige Rolle im präventiven Hochwasserschutz. Im Rahmen der weiteren Nutzungsentwicklung im Rheintal wird die Blauzone berücksichtigt. Dies dient nicht nur dem Hochwasserschutz, sondern auch der Raumplanung. Die Blauzonen-Ausweisung im Walgau wird konsequent fortgeführt. Ebenso wird das bedeutende Hochwasserschutzprojekt RHESI weiter konsequent vorangetrieben.

Anpassungsmaßnahmen in der Wasserwirtschaft. Vorarlberg nimmt die Auswirkungen des sich wandelnden Klimas auf die Wasserwirtschaft ernst und setzt entsprechende Anpassungsmaßnahmen. Im Bereich des „Integralen Hochwasserschutzes“ werden Schutzwasserbau, Raumvorsorge, privater Objektschutz und Katastrophenschutz kontinuierlich ausgebaut. Zudem wird die Trinkwasserversorgung sichergestellt. Das Grundwasser-Monitoring wird fortgesetzt und, wo notwendig, die thermische Grundwassernutzung begrenzt. Maßnahmen wie die Beschattung von Gewässerläufen durch Ufergehölz sowie ein angepasstes Geschiebe- und Sedimentmanagement bei Wasserkraftwerken werden weiter forciert.

3.6 Tierschutz aktiv fördern

Umsetzung der Tierschutzstrategie Vorarlberg. Der Landtag hat 2023 einstimmig die erste Tierschutzstrategie für Vorarlberg beschlossen; diese wird konsequent weitergeführt. Dabei stehen zentrale Themen wie die Unterstützung des Ehrenamtes im Tierschutz, die Weiterentwicklung des Tierwohls in der Nutztierhaltung sowie der Umgang mit nicht heimischen Tierarten im Fokus. Zudem wird die dauerhafte Unterbringung entlaufener, ausgesetzter, zurückgelassener sowie von der Behörde beschlagnahmter oder abgenommener Tiere (Tiere gem. § 30 TSchG) und zudem die Errichtung einer Wildtierstation für verletzte Wildtiere vorangetrieben. Diese strategischen Maßnahmen wurden unter enger Einbindung der relevanten Akteurinnen und Akteure entwickelt und bilden die Grundlage für eine nachhaltige Weiterentwicklung des Tierschutzes in Vorarlberg.

Verantwortungsvollen Umgang mit Haustieren stärken. Tiere sind keine Sachen, sondern Lebewesen und verdienen eine angemessene Behandlung. Fast 40 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher besitzen mindestens ein Haustier. Es ist von großer Bedeutung, dass diese Tiere artgerecht gehalten werden. Wir wollen den verantwortungsvollen Umgang mit Haustieren durch bewusstseinsbildende Maßnahmen weiterhin stärken.

Tierschutzheim und Tierschutzvereine. Das Vorarlberger Tierschutzheim und Vereine, welche den Tierschutz in den Mittelpunkt stellen, leisten einen essenziellen Beitrag zum Schutz von Tieren und fördern die Bewusstseinsbildung in diesem Bereich. Wir werden diese Tierschutzvereine auch in Zukunft unterstützen und das Verständnis für Tierschutzthemen wecken und vertiefen.

Anpassung der Tierschutzförderrichtlinie. Um die Unterstützung für den Tierschutz weiter zu verbessern und die finanzielle Basis für Tierschutzmaßnahmen nachhaltig zu sichern, wird die Tierschutzförderrichtlinie angepasst.

Ausbildung der Sicherheitsexekutive im Tierschutz. Die Polizei ist ein wichtiger Partner im Hinblick auf die Einhaltung tierschutzrechtlicher Bestimmungen. Im Rahmen der Ausbildung und Fortbildung der Polizistinnen und Polizisten sollen gezielt Ausbildungseinheiten im Themenfeld Tierschutz angeboten werden.

4. Zusammenhalt für ein gutes Miteinander stärken

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Deshalb ist es unser gemeinsames Ziel, Familien in Vorarlberg zu unterstützen und zu fördern. Eine moderne Familienpolitik ermöglicht echte Wahlfreiheit bei der Gestaltung des eigenen Lebensentwurfs. Die gerechte Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit fördert ein solidarisches Miteinander der Generationen. Jung sein in Vorarlberg heißt sicher, eigenverantwortlich und selbstbestimmt aufzuwachsen. Jugendliche in Vorarlberg sollen ein gutes Aus-, Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebot haben. Sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft und haben Chancengleichheit, eine starke Stimme und bestmögliche Perspektiven verdient. Vorarlberg ist Spitzenreiter in puncto Lebenserwartung. Unser Ziel ist es, dass Seniorinnen und Senioren in Vorarlberg so lange wie möglich ein Leben in Selbständigkeit führen können, im Alter aktiv bleiben, gesund alt werden und mitten in der Gesellschaft einen Platz haben.

Ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern ist essenziell für eine starke und vielfältige Gesellschaft. Das Potenzial von Frauen soll stärker in den Fokus rücken. Auch in den Bereichen Familie, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Sicherheit wird Chancengleichheit angestrebt, um individuelle Lebensentwürfe zu ermöglichen und die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Nur so können alle Sichtweisen in die gesellschaftlichen Entscheidungen einfließen und eine gerechte Gemeinschaft entstehen.

Rund die Hälfte der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger engagiert sich freiwillig. Das ist eine große Stärke unseres Landes. Freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir profitieren davon, dass sich viele Menschen für das Wohl anderer einsetzen und mehr leisten, als notwendig wäre. Das Land Vorarlberg unterstützt dieses Engagement.

Wir unterscheiden klar zwischen Asyl, Kriegsflucht und Migration. Vorarlberg bekennt sich zu einer restriktiven Migrationspolitik mit einer vernünftigen Kontrolle und Steuerung; Zuwanderung muss Grenzen kennen. Wir fördern Integration und fordern sie auch aktiv ein. Wer bei uns leben will, hat unsere Sprache zu lernen, die geltenden Werte zu akzeptieren und einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.

Kunst und Kultur spielen eine entscheidende Rolle für die Identität Vorarlbergs. Daher ist es unser Ziel, kulturelle Angebote in allen Bereichen zu fördern und weiter auszubauen. Ende 2023 verabschiedete die Landesregierung nach einem umfassenden Strategieprozess die neue Kulturstrategie, die Leitlinien für die kommenden Jahre festlegt. Über 500 Beteiligte, darunter Kunstschaffende, Kulturarbeitende und Mitglieder des Kulturbeirats, haben im Rahmen eines partizipativen Prozesses daran mitgewirkt. Auch die sieben Kunstkommissionen des Landes waren intensiv in die Entwicklung eingebunden, um eine breite Perspektive und fundierte Expertise sicherzustellen.

Unsere gemeinsamen Ziele sind:

- **Ein solidarisches Miteinander der Generationen**
- **Vorarlberg als Familienland Nummer 1**
- **Die Gleichstellung von Frauen und Männern**
- **Integration fördern und aktiv einfordern**
- **Freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten stärken**
- **Kulturelles Angebot fördern und weiter ausbauen**

4.1 Solidarisches Miteinander der Generationen

Vorarlberg: Chancenreichster Lebensraum für Kinder. Unsere Politik soll Kindern und jungen Menschen in Vorarlberg jene Voraussetzungen bieten, die ihnen einen erfolgreichen und selbständigen Lebensweg ermöglichen. Eine frühe Förderung durch eine umfassende Kinderbildung und -betreuung sowie individuelle Bildungs- und Ausbildungswege gehören für uns ebenso dazu wie die Verpflichtung, für ein sicheres, verlässliches und kindgerechtes Umfeld zu sorgen, in dem die Kinder groß werden können. Die „Marke Vorarlberg“ gibt die Richtung vor. Die Vision „2035 ist Vorarlberg der chancenreichste Lebensraum für Kinder“ ist das gemeinsame Ziel des Zukunftsprogramms „Marke Vorarlberg“. Bildung ist dabei eines der zentralen Chancenfelder, um dieses Ziel zu erreichen. Schlüsselprojekte wie tägliche Bewegungseinheiten für Kinder, „Kinder.Essen.Ködig.“, Lerncafés, Schulsozialarbeit, Bildungszuschuss BAfEP oder soziale Staffelung der Elterntarife in Kinderbetreuungseinrichtungen sollen neben vielen anderen Initiativen den Chancenreichtum für Vorarlbergs Kinder sichern.

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. In den Familien werden die Grundsteine für unsere Gesellschaft gelegt. Gemeinsam ist es unser Ziel, Familien in Vorarlberg zu unterstützen, zu fördern. Vorarlberg bekennt sich mit dem Anspruch „kein Kind zurücklassen“ zu einer Politik, die auf das Wohl der Familien und Kinder ausgerichtet ist. Verschiedenste Maßnahmen und Programme wurden dazu in den vergangenen Jahren aufgebaut und sollen weiter ausgebaut werden. Dazu zählen unter anderem Frühe Hilfen, Gesundheitsprävention bei Kindern, niederschwellige Familientreffpunkte in den Regionen, verschiedenste Geld- und Sachleistungen oder die Unterstützung für gerechte Familienmodelle. Familienverbände sind dabei wichtige Partner des Landes, die wir auch weiterhin tatkräftig unterstützen.

Vorarlberger Familien bekommen die Hilfe, die sie brauchen. Die Lebensumstände von Vorarlberger Familien sind vielschichtig. Viele externe Faktoren beeinflussen das Familienleben – von Arbeit über Bildung und Betreuung bis hin zu Lebenshaltungskosten und sozialen Verpflichtungen. Dementsprechend sind auch flexible Hilfen notwendig, im Alltag ebenso wie in Notlagen, rasch und zielgerichtet. So wie der erhöhte Familienzuschuss, der vielen Vorarlberger Familien gerade in Zeiten der Teuerung sehr geholfen hat oder wie höhere Zuschüsse bei den Heizkosten, der Wohnbeihilfe, Anpassungen in der Sozialhilfe. Diese Leistungen reichen inzwischen weit in den Mittelstand und viele Familien profitieren davon.

Hilfe für Familien, die ankommt. Familien werden in Vorarlberg in vielen Lebensbereichen gezielt unterstützt. Gerade in belastenden Situationen benötigen sie zum richtigen Zeitpunkt Informationen über bestehende Hilfen bzw. Unterstützung, um diese auch in Anspruch nehmen zu können. Damit Hilfe auch tatsächlich dort ankommt, wo sie gebraucht wird, sollen in ganz Vorarlberg – insbesondere im ländlichen Raum – Anlaufstellen ausgebaut werden, die allen Familien mit einem aktiven Case Management zur Seite stehen.

Familien sollen ihr Lebensmodell frei wählen können. Alle Familien in unserem Land sollen die Möglichkeit haben, sich frei zu entscheiden, ob und wie sie ihr Familienleben gestalten. Weder ökonomische noch gesellschaftliche Zwänge sollen Entscheidungen von Familien beeinflussen. Um dieser Wahlfreiheit möglichst entgegenzukommen, hat der Ausbau der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen und der Fokus auf flexible Arbeitszeit- und Karenzmodelle auch in den kommenden Jahren eine hohe Priorität.

Erweiterung Vorarlberger Familienzuschuss. Der Vorarlberger Familienzuschuss wird erweitert. Ziel ist eine verbesserte, sozial gestaffelte Unterstützung der Vorarlberger Familien ab dem ersten Lebensjahr des Kindes, um eine möglichst hohe Wahlfreiheit für die Familien zu ermöglichen.

Mehrlingsgeburten. Eltern sollen bei der Geburt von Mehrlingen eine finanzielle Unterstützung erhalten.

Kinder lieben Lesen. Die 2011 gestartete Initiative „Kinder lieben Lesen“ unterstützt Familien bei der frühen Sprach- und Leseförderung und kooperiert mit Bibliotheken und vielen Partnern. Die Landesregierung bekennt sich zur Fortführung der Initiative.

Familienfreundliche Gemeinden. Mit familieplus hat Vorarlberg ein bundesweit einzigartiges Programm für kinder-, jugend- und familienfreundliche Gemeinden, das weiter ausgebaut werden soll.

Familienverbände und -organisationen unterstützen. Wir wissen um den hohen Beitrag, den Familienverbände und -organisationen in Vorarlberg leisten. Wir unterstützen die wichtige Arbeit der Verbände und Organisationen, um Familien optimal und bedarfsorientiert begleiten zu können. Familien verdienen unseren Respekt.

Ausgezeichneter familienfreundlicher Betrieb. Im Zwei-Jahres-Rhythmus soll die erfolgreiche Auszeichnung fortgeführt werden.

Familienpass und V-Card für Familien weiter ausbauen. Ziel der Landesregierung ist es, das attraktive Angebot und den Kreis der Bezieherinnen und Bezieher konsequent zu erweitern.

Sicher, eigenverantwortlich und selbstbestimmt aufwachsen. Jugendliche in Vorarlberg sollen auch weiterhin ein gutes Aus-, Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebot haben. Sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft und haben Chancengleichheit, eine starke Stimme und unser Zutrauen verdient. Verschiedene Angebote des aha, der Jugendzentren, Vereine sowie unterschiedliche Beratungs-, Freizeit- und Sportangebote bieten der Jugend in Vorarlberg einen sicheren Rahmen und den Entfaltungsraum, den es für eine gute Entwicklung braucht.

Junge Mobilität. Die Mobilität junger Menschen muss vor allem in den ländlichen Regionen unseres Landes sichergestellt werden. Neben der Erweiterung des Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln setzen wir uns für eine bessere Anbindung durch flexible Zubringerdienste ein. Um Jugendlichen einen sicheren Heimweg zu ermöglichen, soll das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln in den Nachtstunden durch Nachttaxis bzw. Anrufbusse erweitert werden.

Jugendarbeit. Die offene und verbandliche Jugendarbeit begleitet junge Menschen auf ihrem Weg zum Erwachsenwerden. Jugendzentren und Jugendtreffs sind wichtige Anlaufstellen für Jugendliche aus allen Bevölkerungsgruppen und bieten einen niederschweligen Zugang zu Freizeitmöglichkeiten.

Jugendförderung. Die wertvolle Arbeit der Kinder- und Jugendorganisationen soll konsequent weiter gefördert werden. Vielfältige Projektförderungen unterstützen das Aufwachsen von jungen Menschen in Vorarlberg. Das partizipative Modell des Kinder- und Jugendbeirates wird beibehalten.

aha Jugendinformationszentrum. Das aha hat sich als Info-Drehscheibe für Jugendliche etabliert und ist Regionalstelle für europäische Jugendprogramme. Es bietet eine Reihe wertvoller Angebote, die ausgebaut werden sollen. Die aha-card als digitale Jugendkarte (App) spielt eine wichtige Rolle als Zugang für Mobilität und Freizeit.

aha plus ausbauen. Das Anerkennungssystem „aha plus“ ermöglicht engagierten Jugendlichen für freiwillige Tätigkeiten Punkte zu sammeln. Dieses Programm soll weitergeführt werden.

Älter werden in Vorarlberg heißt eigenständig leben, frei entscheiden, gut versorgt sein. Vorarlberg ist Spitzenreiter in puncto Lebenserwartung. Nach dem aktiven Erwerbsleben beginnt dabei ein völlig neuer Abschnitt mit einer Fülle an Möglichkeiten und individuellen Bedürfnissen. Wichtig ist: im Alter aktiv bleiben, gesund alt werden und mitten in der Gesellschaft einen Platz haben. Genauso wichtig ist es, älteren Menschen, die Hilfe oder Pflege benötigen, zur Seite zu stehen und für ihre Bedürfnisse ein passendes Angebot zur Verfügung zu stellen. Vorarlberg bietet Chancen für alle Generationen, für Jung und Alt gleichermaßen.

Ein Leben in Selbständigkeit für unsere Seniorinnen und Senioren. Unser Ziel ist es, dass Seniorinnen und Senioren in Vorarlberg so lange wie möglich ein Leben in Selbständigkeit führen können und der Vereinsamung wirkungsvoll entgegengewirkt wird. Präventive Maßnahmen wie Bewegungs- oder Ernährungsangebote oder Unfallverhütung sind dafür ebenso notwendig wie die Förderung der mentalen Fitness und der geistigen Mobilität, soziale Kontakte oder eine erfüllende Beschäftigung. Seniorenorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, ihre Arbeit gilt es weiterhin zu stärken und zu unterstützen.

Analoge Zugangswege sicherstellen. Analoge Zugangswege insbesondere zur öffentlichen Verwaltung und zu Bürgerdiensten sollen weiterhin zur Verfügung stehen.

4.2 Gleichberechtigtes Miteinander von Frau und Mann

Eine ganzheitliche Sicht auf unsere Gesellschaft. Jede Abteilung und jeder Bereich in der Landesverwaltung nimmt das Potenzial von Frauen stärker in den Blick. Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern werden fortlaufend weiterentwickelt. Fortschritte in den Bereichen Bildung, Einkommen, politische Beteiligung und Familienarbeit werden sichtbar gemacht.

Gleiche Chancen in Familien. Eltern, insbesondere Frauen, sollen beim verstärkten Fokus auf Kindererziehung oder Pflege Angehöriger keine Nachteile erfahren. Wichtige Unterstützung bieten finanzielle Leistungen von Bund und Land, wie der Vorarlberger Familienzuschuss. Die Gründung einer Familie führt oft zu wachsenden Einkommensunterschieden. Vorarlberg unterstützt Familien in dieser Phase mit zahlreichen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und setzt sich für den Ausbau leistbarer Kinderbildungs- und Betreuungsangebote ein.

Gleiche Chancen am Arbeitsmarkt. Es sollen alle ihren Lebensweg entsprechend ihren Talenten gestalten können. Die Maßnahmen zur Motivation von Mädchen und Jungen, ihre beruflichen Perspektiven zu erweitern und Rollenbilder zu hinterfragen, werden fortgeführt. Das Land Vorarlberg plant zusätzlich ein freiwilliges Transparenzmodell für Unternehmen zur Sichtbarmachung ihrer Gleichstellungsbemühungen.

Gleiche Chancen in der Gesundheit. Frauen unterscheiden sich sowohl in ihrem Gesundheitsverhalten als auch bei Symptomen und Verläufen von Krankheiten oft deutlich von Männern. Frauen haben zwar durchschnittlich eine höhere Lebenserwartung, verbringen aber weniger Lebensjahre in guter Gesundheit. Personalisierte Aspekte in der Gesundheitsforschung, Gesundheitsförderung, Prävention und Versorgung sind wesentliche Säulen für echte Chancengleichheit im Bereich Gesundheit.

Sicherheit und Respekt ist selbstverständlich. Das Frauenbild in unserer Gesellschaft basiert auf Gleichberechtigung und Respekt. Eine klare Haltung gegen jegliche Form von Diskriminierung oder Respektlosigkeit gegenüber Frauen ist notwendig. Österreicherweit sind Frauen immer wieder Opfer von Gewalt – bis hin zu Femiziden. Frauen sind in allen Lebensbereichen gleichberechtigt und haben ein Recht auf Sicherheit. Das betrifft zum einen die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und Veranstaltungen. Zum anderen ist es genau so wichtig, nach Gewaltvorfällen eine gute Unterstützung zu bekommen, die Maßnahmen im Bereich der Gewaltprävention und des Opferschutzes bedarfsgerecht weiterzuentwickeln sowie eine breite öffentliche Information darüber sicherzustellen.

4.3 Integration fördern und aktiv einfordern

Asyl und Zuwanderung. Ein effektiver europäischer Außengrenzschutz und eine geordnete Zuwanderung auf Basis klarer rechtlicher Grundlagen ist für uns der Ausgangspunkt jeglicher Migrationspolitik. Jenen Menschen, die basierend auf den geltenden

Flüchtlingskonventionen ein Recht auf Asyl haben, helfen wir. Formen der illegalen Migration und des Schlepperwesens müssen hingegen entschlossen bekämpft werden.

Zuwanderung muss Grenzen kennen. Wir nehmen die Sorgen unserer Bevölkerung im Bereich Asyl und Zuwanderung ernst. Ein souveräner Staat muss in der Lage sein, seine Grenzen zu schützen. Unsere Kapazitäten sind begrenzt, und wir tragen Verantwortung gegenüber all jenen, die bereits in unserem Land leben. Man kann in Vorarlberg weder gegen noch neben uns leben, man kann nur mit uns leben.

Grundlage gelingender Integration. „Vorarlberg Kodex“ und Integrationsvereinbarung. Wer bei uns leben will, hat unsere Werteordnung zu befolgen und soll unserer Gesellschaft etwas zurückgeben. Damit Menschen eine Bleibeperspektive in unserem Land haben, müssen sie die deutsche Sprache lernen, sich an unsere Gesetze halten und sich in den Arbeitsmarkt eingliedern. Unser Weg dorthin ist der „Vorarlberg Kodex“. Er hat drei wesentliche Säulen: Werte, Sprache und Arbeit. Die Einhaltung dieser Erfordernisse muss entsprechend kontrolliert und bei Nicht-Erfüllung sowohl beim „Vorarlberg Kodex“ als auch bei der Integrationsvereinbarung lückenlos sanktioniert werden.

Sozialleistungen an Integrationsleistungen koppeln. Staatliche Sozialleistungen, wie sie etwa die Grundversorgung oder die Sozialhilfe darstellen, sind nicht als Dauerleistung gedacht. Sie dienen der Hilfe zur Selbsthilfe und sollen die Betroffenen vor Armut schützen und gleichzeitig (zurück) ins Erwerbsleben führen. Findet diese Eingliederung ins gesellschaftliche Leben und Erwerbsleben bewusst nicht statt oder werden notwendige Integrationsschritte aktiv verweigert, sind konsequente Sanktionen bis zur Kürzung von Sozialleistungen umzusetzen.

Rasche Asylverfahren. Entscheidend für alle Beteiligten ist eine rasche Abwicklung der Asylverfahren mit gleichzeitig hoher Qualität der erstinstanzlichen Entscheidungen. Wenn kein Asyl gewährt wird, soll sichergestellt sein, dass die davon betroffenen Personen das Land auch tatsächlich wieder verlassen.

Kein Asyl nach Gewalt. Wer unser Gast- und Asylrecht missbraucht und kriminelle Handlungen setzt, hat in unserem Land nichts zu suchen. Wir setzen uns dafür ein, dass straffällige, rechtskräftig verurteilte Asylwerberinnen, Asylwerber und Asylberechtigte konsequent außer Landes gebracht werden.

Sprachkurse für Asylwerbende und Vertriebene. Sicherstellung von bedarfsgerechten und flächendeckenden Sprachkursangeboten für Asylwerbende.

okay.zusammen leben. Die Projektstelle für Zuwanderung und Integration „okay.zusammen leben“ übernimmt im Land Vorarlberg eine wichtige Brückenfunktion für die Integrationsarbeit. Die Projektstelle ist ein wichtiges Kompetenzzentrum und etablierter Wissensort zum Thema Integration und Zusammenleben in Vielfalt in Vorarlberg. Diese gilt es weiterhin aktiv zu unterstützen und das aufgebaute Wissen bestmöglich zu nutzen.

Null Toleranz gegenüber politischem und religiösem Fundamentalismus.

Fundamentalismus und Extremismus dienen oft als Nährboden für Gewalt und Terrorismus. Wir treten solchen Entwicklungen bei uns im Land konsequent entgegen.

Staatsbürgerschaftsrecht nicht aufweichen. Die Staatsbürgerschaft ist das höchste Gut, welches ein Staat einer Person verleihen kann. Bestrebungen in Richtung Aufweichung der Kriterien zum Erhalt der Staatsbürgerschaft lehnen wir ab. Die Einbürgerung darf erst am Ende einer gelungenen Integration stehen.

4.4 Demokratie, Bürgerbeteiligung und Ehrenamt stärken

Bürgerräte. Durch die Einführung von Bürgerräten hat das Land Vorarlberg ein bedeutendes Instrument geschaffen, um Bürgerinnen und Bürger aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Die Landesregierung bekennt sich zur Fortführung dieser Bürgerräte und integriert deren Ergebnisse in ihre Arbeit.

Kinder- und Jugendbeteiligung. Um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu stärken, wird das Vorarlberger Modell zur Jugendbeteiligung in Gemeinden und Regionen weitergeführt. Dadurch erhalten junge Menschen mehr Möglichkeiten, ihre Ideen und Anliegen einzubringen und aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuwirken.

Schülerinnen- und Schülerparlament fortführen. Wir stehen für die umfassende politische Beteiligung von Jugendlichen ein und unterstützen daher die Fortsetzung der von der Landeschülervertretung organisierten Schülerinnen- und Schülerparlamente im Vorarlberger Landtag. Diese bieten jungen Menschen die Möglichkeit, politische Prozesse kennenzulernen und aktiv mitzugestalten.

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit. Die Landesregierung betont ihre Wertschätzung und Dankbarkeit für das Ehrenamt und die Freiwilligenarbeit in Vorarlberg und bekennt sich zur Sicherung der nötigen Rahmenbedingungen. Dies gilt insbesondere für Blaulichtorganisationen, Vereine, Verbände und informelle Freiwilligenarbeit. Durch das Engagement der Freiwilligen werden Werte geschaffen, die unser Land bereichern.

Beratung Ehrenamtlicher fortführen. Ehrenamtliche Organisationen benötigen Sicherheit und Unterstützung. Daher werden wir die Beratungsangebote in bewährter Weise fortführen und über rechtliche Aspekte wie Sozialversicherung, Veranstaltungsrecht, Finanzgebarung sowie Arbeits- und Versicherungsrecht informieren. So schaffen wir Klarheit und helfen den Organisationen, ihre wertvolle Arbeit fortzusetzen.

Freiwilligenversicherung. Das Land ist sich der besonderen Bedeutung der Freiwilligenarbeit bewusst und setzt sich weiter dafür ein, dass der Zugang zu Haftpflicht- und Unfallversicherung erleichtert wird.

Ehrenamtliches Engagement der Jugend stärken. Es ist uns ein besonderes Anliegen, die junge Generation für das Ehrenamt zu begeistern. Durch die Weiterentwicklung von „aha

plus“ wollen wir noch mehr Jugendliche zu ehrenamtlichem Engagement motivieren und der Freiwilligenarbeit einen höheren Stellenwert verleihen.

Vereinshandbuch. Das Vereinshandbuch unterstützt freiwillig Engagierte bei ihrer täglichen Vereinsarbeit – dieses Modell wird weitergeführt.

Direkte Demokratie. Vorarlberg war in Österreich stets Vorreiter in Sachen direkter Demokratie. Im Jahr 2020 hat der Verfassungsgerichtshof die Möglichkeit aufgehoben, dass das Gemeindevolk eine im Ergebnis verbindliche Volksabstimmung initiieren kann. Dieses Erkenntnis ist zu respektieren. Innerhalb dieses Rechtsrahmens wird sich Vorarlberg auf Regierungs- und Landtagsebene weiterhin für die Stärkung der direkten Demokratie in Österreich einsetzen.

4.5 Kultur leben und erleben im ganzen Land

Kunst und Kultur in den Regionen. Die Landesregierung fördert die kulturbezogene Regionalentwicklung durch strategische Prozesse und Initiativen, in enger Zusammenarbeit mit Kulturträgern und traditionellen Verbänden wie dem Blasmusik-, Chor-, Trachten- und Amateurtheaterverband. Die Stärkung der Verbandsstrukturen und Mehrjahresvereinbarungen soll diese Partnerschaften sichern. Die Strategie „Kulturraum Vorarlberg 2025+“ bleibt Basis für die Zusammenarbeit von Kultur und Tourismus, mit Fokus auf Digitalisierung und kulturtouristische Impulse zur Stärkung der Marke Vorarlberg.

Vorarlberger Kulturhäuser. Das Vorarlberger Landestheater wird saniert, einschließlich einer Neugestaltung des Karl-Tizian-Platzes, die den Theaterzugang und die Aufenthaltsqualität verbessert. Das Kunsthaus Bregenz soll seine internationale Position in der zeitgenössischen Kunst beibehalten. Das vorarlberg museum strebt weiter an, sich dauerhaft als Sammlungs- und Forschungszentrum zu etablieren, unterstützt durch eine Sammlungsstrategie, erweiterte Kulturvermittlung und eine neue Dauerausstellung zur Landesgeschichte.

Kunstankäufe. Der Ankauf von Werken zeitgenössischer Kunst mit Vorarlberg-Bezug bereichert nicht nur die Sammlung, sondern unterstützt auch die Kunstschaffenden. Dieses Vorhaben wird weitergeführt.

Online-Depot. Eine allgemein zugängliche Darstellung der Kunstsammlung des Landes im digitalen Raum wird angestrebt.

Landesnahe Einrichtungen. Das Land Vorarlberg nimmt seine Verantwortung aus der strategischen Steuerungsrolle bei landesnahen Einrichtungen (inatura, Jüdisches Museum und Frauenmuseum) weiterhin aktiv wahr und unterstützt deren Entwicklungsprozesse. Institutionen wie das Symphonieorchester Vorarlberg, das S-MAK und das Literaturhaus, in deren strategische Planung das Land Vorarlberg bisher eingebunden war, werden auch zukünftig unterstützt und begleitet.

Faire Honorare und Professionalisierung in der freien Szene. Die Landesregierung setzt sich – aufbauend auf dem „Fairness Codex in Kunst und Kultur in Österreich“ – gemeinsam mit

Bund, Gemeinden und Trägern für eine fairere Bezahlung ein. Dazu werden Veranstaltungen zu steuerlichen, sozial- und versicherungsrechtlichen Themen organisiert. Eine zusätzliche Datenerhebung soll Handlungsempfehlungen, Zeitrahmen und Kosten für Verbesserungen liefern. Um Menschen in Kunst und Kultur grundlegende Kenntnisse in Projektmanagement, Recht und Fördermöglichkeiten zu vermitteln, wird der Ausbau von Beratungen in Kooperation mit bestehenden Institutionen erwogen.

Produktionsprozesse unterstützen. Die Stärkung der räumlichen und strukturellen Bedingungen soll die Produktionsbedingungen für Kunstschaffende verbessern. Atelierförderungen werden fortgeführt, Entwicklungsareale unterstützt und die digitale Infrastruktur ausgebaut. Zudem wird die Neukonzeption von „Residency“-Programmen für internationale Kunstschaffende angestrebt. Längerfristige Förderinstrumente wie Stipendien werden ausgeweitet.

Evaluierung und Aktualisierung der Förderinstrumente. Ein Evaluierungsprozess soll die Förderinstrumente an aktuelle Bedürfnisse anpassen und Empfehlungen zur Aktualisierung entwickeln. Dabei werden Veränderungen in der Kultur- und Kunstlandschaft sowie in den einzelnen Sparten berücksichtigt. Der Ausbau digitaler und analoger Kommunikationswege mit Fokus auf digitalen Kanälen sowie die Digitalisierung der Fördereinreichungen sollen den Zugang erleichtern.

Kulturelles und immaterielles Erbe. Die Landesregierung trägt aktiv dazu bei, die kulturellen Traditionen und das Erbe der Region lebendig zu halten und für zukünftige Generationen zu bewahren. Sie bekennt sich zum Erhalt und zur Pflege von baukulturellem Erbe und baulichen Kulturgütern. Um bauliche Kulturgüter in Vorarlberg zu erhalten, wird ein ressortübergreifender Kulturlandschaftsfonds eingerichtet.

Jugendkultur und junge Talente. Das Erfolgsmodell „Freie Fahrt zur Kultur“ für Schulen und Kindergärten, das seit kurzem in Kooperation mit dem Fürstentum Liechtenstein und dem Kanton St.Gallen angeboten wird, bleibt erhalten. Dies stärkt den niederschweligen Zugang zu Museen. Zudem soll ein zusätzliches Förderinstrument zur spezifischen Stärkung junger Talente geprüft werden. Double Check bleibt weiterhin ein enger Partner.

Kulturelle Teilhabe und Zugänge schaffen. Die Unterstützung von Kunst- und Kulturformaten, die einen niederschweligen, barrierefreien und unentgeltlichen Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen, wird fortgesetzt. Neue Begegnungs- und Erfahrungsformate und die Ergebnisse der (Nicht-)Publikumsforschung werden auf die darin empfohlenen Maßnahmen geprüft. Besonderen Wert legen wir auf das ehrenamtliche Engagement.

Film und Kino. Um die Film- und Kinolandschaft möglichst zu erhalten, braucht es eine nachhaltige Struktur. Hierfür wurde ein breiter Prozess gestartet, der diese Entwicklung in die Zukunft begleiten soll.

Industriegeschichte. Vorarlberg bekennt sich zu einer dezentralen Darstellung seiner Industriegeschichte mit Bezug auf die einzelnen Regionen.

Sichtbarkeit von Klein- und Themenmuseen unterstützen. Klein- und Themenmuseen sind wichtige kulturelle Schätze Vorarlberg, die das reiche Erbe und die Vielfalt unseres Landes bewahren und präsentieren. Wir setzen uns dafür ein, diese Museen in ihrer Entwicklung verstärkt zu unterstützen.

5. Sicher leben in Vorarlberg

Sicherheit ist ein absolutes Grundbedürfnis und Grundlage für sozialen Frieden und wirtschaftlichen Erfolg. Sicherheit ist bei uns aber vor allem eine Gemeinschaftsleistung. In Vorarlberg funktioniert die Zusammenarbeit unter den Hilfs-, Rettungs- und Einsatzorganisationen auf Augenhöhe so gut wie nirgendwo anders.

Es ist die Aufgabe der öffentlichen Hand, klar zu regeln, was sein darf und was nicht. Ein friedliches und respektvolles Zusammenleben braucht darüber hinaus: Mehr Eigenverantwortung und weniger Verbote, mehr Hausverstand und weniger Ideologie, mehr Tun und weniger Reden. Klar ist aber auch: Wo Grenzen überschritten oder Gesetze nicht eingehalten werden, darf es keine Toleranz geben.

Schutz vor Verbrechen, Gewalt und Cyber-Kriminalität, Versorgungssicherheit und Schutz vor Naturkatastrophen, verlässliche demokratische Strukturen, das Wahren der Menschenrechte oder das Befolgen von Regeln – es ist ein Zusammenspiel vieler Faktoren, damit wir uns sicher fühlen können.

Vorarlberg ist nicht nur eine der schönsten, sondern vor allem eine der sichersten Regionen der Welt – und soll das auch bleiben. Sowohl die Fallzahlen, die Aufklärungsquote, die Einsatzzeiten in den verschiedensten sicherheitsrelevanten Bereichen, als auch die Mentalität des „Hin- und nicht Wegschauens“ bestätigen und untermauern das. Es gibt aber auch negative Entwicklungen im Bereich der Kriminalität, denen wir entschlossen entgegenwirken werden.

Unsere gemeinsamen Ziele sind:

- **Regionale Sicherheitsstrukturen ausbauen und erhalten**
- **Polizeiberuf attraktivieren**
- **Sicherheit an neuralgischen Punkten im öffentlichen Raum gewährleisten**
- **Schutz vor Naturgewalten sicherstellen**
- **Krisenvorsorge ständig weiterentwickeln**

5.1 Sicherheit vor Ort ausbauen und erhalten

Regionale Sicherheitsstrukturen ausbauen und erhalten. Die rasche Verfügbarkeit ausreichend vieler und geschulter Einsatzkräfte ist im Ernstfall entscheidend. Dies gilt für den Bereich der beruflichen wie freiwilligen Einsatzkräfte. Die Leistungen für die professionell und ehrenamtlich Tätigen in den Hilfs-, Rettungs- und Einsatzorganisationen sollen weiter gestärkt werden.

Sicherheit entsteht in den Gemeinden und Regionen. Kein anderes Bundesland verfügt über so viel Gemeindegewalt wie Vorarlberg. Unsere Gemeindegewalten stehen nicht in Konkurrenz zur Bundespolizei und sind wichtige Partner in unserer Sicherheitsarchitektur. Eine weiterhin enge Kooperation mit der Bundespolizei ist für uns

ebenso selbstverständlich wie ein regelmäßiger Austausch der relevanten Akteurinnen und Akteure im Sicherheitsbereich.

Den „VOKUS“ auf mehr Sicherheit an neuralgischen Punkten im öffentlichen Raum legen. Mit der Schwerpunktaktion „VOKUS“ richten das Land Vorarlberg und die Polizei den Blick bewusst auf die Sicherheit im öffentlichen Raum. Ziel ist es, die Sicherheit weiter zu stärken sowie die Polizeipräsenz an öffentlichen Plätzen zu erhöhen – unter anderem durch mehr Streifen, verstärkte Kontrollen in öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere in Zügen, strenge Überwachung im Suchtmittelbereich oder Präventivmaßnahmen durch die Initiative „Gemeinsam.Sicher“. Zudem ist der Ausbau von Videoüberwachungen zu prüfen.

5.2 Gute Rahmenbedingungen für Polizei und Bundesheer sicherstellen

Unsere Polizei gibt Sicherheit und schafft Vertrauen. Die Zuständigkeit im Polizeibereich liegt auf Bundesebene. Trotzdem sehen wir uns als Vorarlberger Landesregierung als Anwältin unserer Polizistinnen und Polizisten. Um auch bei auf Bundesebene wechselnden Zuständigkeiten weiterhin Planungssicherheit für unsere Polizei zu gewährleisten, wird aufbauend auf der Sicherheitspartnerschaft 2021-2025 ein „Sicherheitspakt 2026-2030“ geschlossen werden. Wesentliche Punkte darin sind die Sicherstellung ausreichender Ausbildungsplätze für dienstführende Polizeibeamte, ausreichend Polizeigrundkurse, der Erhalt des EKO Cobra-West Außenstelle Gisingen, sowie die Stationierung des Polizei-Hubschraubers in Vorarlberg. Ebenso wird darin ein klares Bekenntnis und ein Zeitplan für das „Sicherheitszentrum NEU“ in Feldkirch sowie den „Seenotstützpunkt“ in Hard niedergeschrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass es im Sinne der Gewährleistung regionaler Sicherheitsstrukturen zu keinen Schließungen von Polizeiposten kommt.

Polizeiberuf attraktivieren. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis, aber keine Selbstverständlichkeit und ein Bereich, in den rechtzeitig und zielgerichtet investiert werden muss. Hier setzt das „COPS JOB PARTNERSHIP-Maßnahmenpaket“ zur Verbesserung der Situation im Polizeidienst an. Dessen Ziele sind:

- Das Angebot von attraktiven und planbaren Arbeitsbedingungen im Polizeidienst,
- die Präsenz der Polizistinnen und Polizisten vor Ort direkt bei der Bevölkerung,
- die monetäre und wertschätzende Anerkennung für engagierte Polizeikräfte.

Der Beitrag des Landes Vorarlberg beinhaltet insbesondere die Bereithaltung von Wohnkontingenten für Polizistinnen und Polizisten in Wohnanlagen im Sinne einer sicheren Nachbarschaft sowie das um 50 % ermäßigte Klimaticket. Weiters ist zwischen Land, Gemeindeverband und Polizei eine Task-Force eingerichtet, um landesweit dienstzeit-angepasste Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Polizistinnen und Polizisten anbieten zu können. Um die Bewerbung für den Polizeidienst noch attraktiver zu machen, übernimmt das Land künftig die vollen Kosten für den Vorbereitungskurs an der Volkshochschule Götzis, wenn die anschließende Aufnahmeprüfung in die Polizeischule positiv absolviert wird. Zwecks Modernisierung der Infrastruktur unterstützt das Land intensiv die Planung und Errichtung eines neuen Sicherheitszentrums. Weiters wird das Digitalfunknetz für den polizeilichen Einsatz fertiggestellt werden. In der allgemeinen Fortbildung und der Anschaffung von Gerätschaften wird es auch zukünftig Kooperationen geben; dasselbe gilt

für Rekrutierungsmaßnahmen (z. B. Sicherheits- und Blaulichttage). In Sachen Ausrüstung setzen wir uns beim Bund dafür ein, dass den Polizistinnen und Polizisten modernste Ausstattung (z. B. Taser) zur Verfügung steht. Eine wesentliche Stellschraube zur Attraktivierung des Berufes bei der Sicherheitsexekutive sieht die Vorarlberger Landesregierung beim Gehalt. Angesichts der höheren Lebenshaltungskosten in Vorarlberg im Vergleich zu anderen Regionen in Österreich fordern wir vom Bund als Dienstgeber, möglichst rasch eine Besoldungsreform für Bundesbedienstete umzusetzen, die insbesondere jungen Polizistinnen und Polizisten höhere Anfangsgehälter bietet.

Unser Bundesheer schützt und hilft. Die zentrale Bedeutung unseres Bundesheers ist die Landesverteidigung. Diese Fähigkeiten müssen weiter ausgebaut und langfristig gesichert werden. Gerade für Vorarlberg mit seiner geografisch und topografisch exponierten Lage ist dies von essenzieller Bedeutung. Darüber hinaus unterstützt uns das Bundesheer bei großen Schadensereignissen mit Mannschaft und Gerät aus ganz Österreich. Uns ist es ein Anliegen, eine starke Stimme für unser Heer zu sein. Die „Schutz- und Hilfe“-Partnerschaft zwischen dem Land Vorarlberg und dem Verteidigungsministerium hat dem auch einen verbindlichen Rahmen gegeben. Angestrebt wird eine Erneuerung der Vereinbarung für den Zeitraum 2026 bis 2030. Wesentliche Punkte dabei sind der Erhalt des Militärkommandos in Vorarlberg mit klarer Zuständigkeit, Stärke und Ausstattung für die regionale Truppen- und Einsatzführung, u. a. bei Krisen- bzw. Assistenzeinsätzen, mit Aufbau einer präsenten Pionierkompanie. Es muss weiterhin unser Ziel sein, dass der Großteil der Grundwehrdiener den Präsenzdienst im eigenen Land ableisten kann. Die Walgaukaserne wird weiter zur „Sicherheitsinsel“ ausgebaut, um auch im Katastrophenfall einsatzfähig zu bleiben. Sie ist auch die Heimat unseres professionellen Hochgebirgs-Jägerbataillons 23 (mit drei präsenten Kompanien und einer Milizkompanie in der Walgau-Kaserne Bludesch sowie einer Jägerkompanie in Landeck) mit moderner Mobilität (wie geschützten Mehrzweckfahrzeugen) und zeitgemäßer persönlicher Schutzausrüstung. Die Militärmusik ist in spielfähiger Stärke zu erhalten. Sie ist Kulturgut, musikalische Kaderschmiede und bietet dem Bundesheer eine wichtige Personalressource.

5.3 Kriminalität konsequent bekämpfen – Präventionsarbeit fortsetzen

Bekämpfung des illegalen Glücksspiels. Die Bekämpfung des illegalen Glücksspiels wird konsequent fortgeführt. Die dafür eingerichtete Sonderkommission „SOKO illegales Glückspiel Vorarlberg“ ist weiterzuführen.

Volle Härte gegen Drogendealer. Die bekannten neuralgischen Punkte sind oft auch Schauplätze von Drogendelikten. Illegale Drogen stellen eine große Gefahr für unsere Gesellschaft, insbesondere für unsere Jugend, dar. Eine konsequente Bekämpfung des Drogenhandels ist daher unerlässlich. Dies bedeutet nicht nur harte Strafen für Drogendealer, sondern auch eine kontinuierliche Präventionsarbeit in den Schulen. Einer Legalisierung von Cannabis erteilen wir eine klare Absage.

Jugendkriminalität. Straf- und Gewalttaten werden von immer jüngeren Personen verübt. Dem wollen wir entschieden entgegenwirken und deshalb gemeinsam mit Fachleuten einen Dialog betreffend eine mögliche Senkung der Strafmündigkeit anstoßen.

Prävention. Angesichts der steigenden Herausforderungen in den Bereichen Gewalt, sexuelle Gewalt, Eigentum und Cyber-Kriminalität. braucht es hierzu, stärker als je zuvor, einen gesamtgesellschaftlichen, präventiven Ansatz. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei im Rahmen der Initiative „Gemeinsam.Sicher“ steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren zu integrieren sind. Vor allem dem Opferschutz ist weiterhin ein großes Augenmerk zu schenken.

Extremismusprävention und Demokratiekultur. In Vorarlberg gibt es ein solides Fundament präventiver und demokratiefördernder Maßnahmen. Um Radikalisierungsprozessen – gerade auch im Netz – weiterhin vorzubeugen, bzw. um diese zu hemmen, ist die Fortsetzung von sicherheitsorientierten und präventiven Programmen und Maßnahmen notwendig. Neben dem Extremismus stellt auch die zunehmende Skepsis gegenüber Wissenschaft und demokratischen Institutionen eine Gefahr dar. Wissenschafts- und Demokratieskepsis gehen oft Hand in Hand, weshalb unsere Präventionsarbeit beide Phänomene in den Blick nehmen muss. Die bewährte ressortübergreifende Arbeit in der Koordinationsgruppe und Plattform „Extremismusprävention und Demokratiekultur“ soll weitergeführt werden. Aufgabe der Koordinationsgruppe ist insbesondere eine regelmäßige Einschätzung zu Entwicklungen im Bereich des Extremismus sowie die Sicherstellung einer guten Kooperation zwischen den verschiedenen Institutionen. Der Bund ist aufgefordert, das Landesamt für Staatsschutz und Extremismusprävention (LSE) weiterhin personell hinreichend auszustatten.

5.4 Land als starker Partner für Feuerwehr und Rettungswesen

Unterstützung von freiwilligen Organisationen und Vereinen im Sicherheitsbereich. Die Sicherheitsarchitektur in Vorarlberg basiert zu einem wesentlichen Teil auf der Freiwilligenarbeit. Diese verdient weiterhin eine hohe Anerkennung und Wertschätzung sowie beste Rahmenbedingungen. So erfüllt beispielsweise das Kriseninterventionsteam (KIT) Vorarlberg durch die ehrenamtlichen Mitarbeitenden eine wichtige Aufgabe in der Begleitung und psychosozialen Unterstützung von Menschen in akuten Krisensituationen.

Unsere Feuerwehren als Säule der Sicherheit weiter stärken. Vorarlberg verfügt mit 120 freiwilligen Orts- und 25 Betriebsfeuerwehren über ein dicht geknüpftes Netz an Feuerwehren, das fast ausschließlich von Freiwilligen getragen wird. Der Feuerwehrfonds des Landes soll weiter dazu beitragen, das hohe Ausbildungsniveau und die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur beizubehalten. Schwerpunkte sind dabei die Modernisierung der Feuerpolizeiordnung (Stichwort Alter, Jugendfeuerwehr, Aufgaben, Kosten, etc.), die Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur (weitere Gewährung der Unterstützung an die Gemeinden zur Anschaffung von Einsatzgeräten der Feuerwehren sowie weitere Sicherstellung der Finanzierung des Landesfeuerwehrverbandes und damit der Sicherstellung der Ausbildung der Feuerwehrleute), das weitere Forcieren von Schwerpunktaufgaben und Maßnahmen zum Erhalt des Ehrenamtes als Fundament der Feuerwehrarbeit.

Unsere Rettungsorganisationen helfen im Tal, am Berg, im Wasser und aus der Luft. Egal, wo in unserem Land eine Person in eine Notlage gerät – unsere Rettungsorganisationen

helfen schnell und kompetent und arbeiten Hand in Hand. Um dies auch weiterhin zu gewährleisten werden aus dem Rettungsfonds des Landes das Rote Kreuz, der Arbeiter Samariter Bund (ASBÖ), die Bergrettung, sowie die Wasserrettung finanziell unterstützt. Der Rettungsfonds ist weiterhin eine partnerschaftliche Aufgabe von Land und Gemeinden. Die Unterstützung und Festigung zeitgemäßer Infrastrukturen, einer angemessenen und solide ausgebildeten Anzahl an Rettungskräften sowie die Gewährleistung einer modernen Ausrüstung werden zukunftsfähig vorangetrieben. Mit der laufenden Weiterentwicklung der Rettungsfondsstrategie sollen künftig auch verstärkt Faktoren wie Qualitätsanforderungen, Qualitätsmanagement, Kennzahlen und Leistungsvereinbarungen in der Strategie noch stärker abgebildet werden. Es werden auch Maßnahmen zur Eindämmung der Steigerung der Transportzahlen erarbeitet. Die bereits enge Vernetzung mit den Bereichen Gesundheitswesen und Pflege soll weiter ausgebaut, die Zusammenarbeit zwischen Rettung und Spitälern weiter vertieft und Maßnahmen zum Erhalt des Ehrenamtes geschaffen werden. Auf Grund der gestiegenen Einsatzzahlen aber auch der stetig steigenden Kosten wird das System der Flugrettung vor dem Hintergrund der bestmöglichen Patientenversorgung und auch der Wirtschaftlichkeit gemeinsam mit dem Betreiber (Österreichischer Bergrettungsdienst) evaluiert. Die Sicherheit der Bevölkerung und der Gäste in Vorarlberg muss garantiert sein.

Modernisierung des Lage- und Informationssystems (LIS). Das bestehende Lage- und Informationssystem (LIS) der Hilfs- und Rettungsorganisationen muss technologisch auf den neuesten Stand gebracht werden, um eine effektivere Einsatzkoordination und -steuerung zu ermöglichen. Die Modernisierung dieses Systems ist essenziell, um in Krisen- und Katastrophensituationen zeitnah und präzise reagieren zu können.

Rettungs- und Feuerwehrleitstelle als zentrale Drehscheibe. Die Rettungs- und Feuerwehrleitstelle ist die zentrale Schaltstelle für die Einsatzkoordination. Ziel ist es, die technische Infrastruktur der Leitstelle stets auf dem neuesten Stand zu halten und weiter eine führende Rolle bei Innovationen im Bereich des Hilfs- und Rettungswesens zu übernehmen.

5.5 Katastrophenschutz sicherstellen

Krisenvorsorge und Katastrophenschutz sicherstellen. Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Bedeutung einer funktionierenden Krisenvorsorge verdeutlicht. Abgestimmte Strategien und Konzepte sind notwendig, um das Land und die Bevölkerung bestmöglich zu schützen. Im Krisen- und Katastrophenfall kommt es auf das professionelle Zusammenspiel aller Akteure an, um die Einsatz- und Rettungskette schnell und effizient in Gang zu setzen und die notwendigen Informationen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Wir setzen dabei auf unser bewährtes System vor Ort, auf unsere leistungs- und funktionsfähigen Rettungs- und Einsatzorganisationen in den Regionen sowie auf eine professionelle Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des Landes und des Bundes und auf entsprechende Infrastruktur, die ein effizientes und professionelles Handeln im Krisen- und Katastrophenfall ermöglicht. Dies umfasst auch eine funktionierende Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten. Die Wahrung der Katastrophenschutzkompetenzen in Länderhand ist genauso essenziell wie die

Beibehaltung des Katastrophenfonds. Eine Pflichtversicherung gegen Naturkatastrophen wird abgelehnt.

Blackout-Vorsorge. Ein großflächiger, längerfristiger Stromausfall – ein sogenannter Blackout – würde unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen stellen. Das Land Vorarlberg hat sich in den vergangenen Jahren in einem intensiven Prozess unter Einbindung zahlreicher Stakeholder deshalb auf ein derartiges Szenario vorbereitet. Vorarlberg befindet sich in einer vorteilhaften Situation, die Stromversorgung vollständig autonom wiederherzustellen zu können. Dadurch kann den Netzkunden in Vorarlberg eine hohe Versorgungssicherheit und schnellstmögliche Stromwiederversorgung im Falle eines Störungsereignisses geboten werden: Die Information der Bevölkerung wird fortgesetzt und das Szenario mit den Systempartnern beübt.

Weiter professionell warnen - neues Wetterradar Valluga. Die Auswirkungen möglicher Naturkatastrophen können minimiert werden, wenn wichtige Gefahrenpotenziale rechtzeitig erfasst, bewertet und konkrete Umsetzungsmaßnahmen dafür erarbeitet werden. Ein wichtiger Teil davon ist die Wiederinstandsetzung des Wetterradars auf der Valluga.

Integraler Hochwasserschutz. Hochwasserschutz ist eine Daueraufgabe. Wir werden die notwendigen Schutzprojekte zur Verbesserung des Hochwasserschutzes gemeinsam mit Gemeinden, Städten und Wasserverbänden konsequent weiterführen. Wir setzen vor allem auf den integralen Hochwasserschutz. Das beginnt bei der räumlichen Vorsorge, wie z. B. mit den in Österreich einzigartigen Blauzonen und den Gefahrenzonen der Wildbach- und Lawinenverbauung, geht über den Schutzwasserbau am Gewässer inklusive vorgelagerten Retentionsräumen bis hin zum Objektschutz. Sollte es trotz allem zu einem Schadensereignis kommen, beinhaltet der integrale Hochwasserschutz als letzten Punkt einen effizienten und professionellen Katastrophenschutz.

RHESI schnellstmöglich umsetzen. Eines der größten Gefahrenpotenziale für unser Land stellt ein Hochwasser am Alpenrhein dar. Gerade auf Grund der nahen und dichten Besiedelung entlang des größten Wildbaches Europas hätte ein solches Hochwasser verheerende Folgen für das betroffene Gebiet, aber auch das ganze Land Vorarlberg. Das Hochwasserschutzprojekt RHESI ist deshalb konsequent weiterzuverfolgen. Das gilt auch für ein schnelles UVP-Verfahren und im Anschluss eine raschestmögliche bauliche Umsetzung.

Wildbach- und Lawinenverbauung. Die Wildbach- und Lawinenverbauung übernimmt gerade in unseren Talschaften eine wichtige Aufgabe. Hier gilt es weiter an der konsequenten Gefahrenzonenplanung zu arbeiten und entsprechende budgetäre Mittel für die Verbauungsmaßnahmen auf Bundesseite zu sichern.

6. Beste Bildung für alle

Bildung ist das Rückgrat einer starken und zukunftsfähigen Gesellschaft, da sie nicht nur individuelles Potenzial entfaltet, sondern auch soziale Gerechtigkeit fördert und unsere Demokratie stärkt. Durch den gezielten Ausbau der frühkindlichen Bildung werden die Weichen für ein erfolgreiches und eigenverantwortliches Leben gestellt. Frühe Bildungsangebote legen den Grundstein für lebenslanges Lernen und ermöglichen es Kindern, ihre Talente und Interessen zu entdecken und zu entwickeln. Die Elementarpädagogik ist ein zentrales Fundament für die kindliche Entwicklung. Wir setzen auf eine hochwertige und leistbare Kinderbildung und -betreuung, die den Bedürfnissen der Familien gerecht wird.

Die Herausforderungen der modernen Bildungslandschaft erfordern ein gemeinsames Engagement aller beteiligten Akteurinnen und Akteure. Bildungseinrichtungen, Gemeinden und soziale Partner müssen eng zusammenarbeiten, um ein inklusives und zukunftsfähiges Bildungssystem zu gestalten. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung von Chancengleichheit, die effiziente Nutzung von Ressourcen und die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich. Durch innovative Ansätze, gezielte Unterstützung und ein starkes Miteinander können nachhaltige Bildungsangebote gesichert und die Vielfalt der individuellen Potenziale bestmöglich gefördert werden.

Wissenschaft und Forschung sind ein Motor für Innovation und Fortschritt. Indem Forschung und Hochschulbildung eng mit der Wirtschaft vernetzt werden, entstehen neue Impulse für den regionalen und internationalen Wettbewerb, die langfristig den Wohlstand sichern. Die Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen ermöglicht es, praxisnahe Ausbildungsangebote zu schaffen, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden. Die Hochschullandschaft Vorarlberg umfasst eine Vielfalt an Bildungseinrichtungen und spielt eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung und Innovationskraft der Region. Durch gezielte Investitionen in diese Hochschulen wird die Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte gesichert und ein kreatives Umfeld für innovative Projekte geschaffen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen, Unternehmen und der öffentlichen Hand fördert den Wissenstransfer und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft. Ein breites Weiterbildungsangebot ermöglicht unseren Fachkräften, sich auf die rasch wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes gut einzustellen.

Bildung und Wissenschaft sind somit Schlüsselfaktoren, um den vielfältigen Herausforderungen der Zukunft gut Rechnung tragen zu können. Angesichts der rasant fortschreitenden technologischen Entwicklungen ist es entscheidend, dass Bildungssysteme flexibel und anpassungsfähig bleiben. Zusätzlich muss der Zugang zu Bildung für alle Menschen sichergestellt werden, unabhängig von sozialer Herkunft oder Wohnort.

Unsere gemeinsamen Ziele sind:

- *Jedem Kind ein gesundes und glückliches Aufwachsen ermöglichen*
- *Qualitätsvolle und sozial gerechte Kinderbildung und -betreuung*
- *Sprach- und Leseförderung verbessern*
- *Ganztägige Schulformen ausbauen*
- *Attraktivität des Lehrberufs steigern*
- *Hochschulstandort stärken und Forschungsstrukturen unterstützen*
- *Musikschulwesen weiterentwickeln*

6.1 Elementarpädagogik – zentral für die kindliche Entwicklung

Bewegung für alle. Wir verfolgen das Ziel, tägliche Bewegungseinheiten flächendeckend in allen Kindergärten und Volksschulen zu ermöglichen. Gleichzeitig bauen wir das Netzwerk von Bewegungs-Kindergärten und -Schulen weiter aus, um allen Kindern den Zugang zu sportlicher Betätigung zu erleichtern.

Gesunde Ernährung. Mit dem Programm „Kinder.Essen.Körig“ fördern wir die Einführung von gesunden, regionalen und leistbaren Mahlzeiten in Kindergärten und Schulen. Das Ziel ist es, dieses Programm flächendeckend in ganz Vorarlberg zu etablieren.

Eltern stärken. Eltern sollen in ihrer Rolle unterstützt werden, ohne jedoch von ihrer Verantwortung entbunden zu werden. Präventive Maßnahmen und Beratung sollen dabei helfen, den Erziehungsalltag zu erleichtern, während Eltern weiterhin die zentrale Rolle im Leben ihrer Kinder spielen.

Weiterentwicklung des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (KBBG). Am 1. Jänner 2023 ist das neue KBBG in Kraft getreten. Nach einer umfassenden Evaluierung wird das KBBG weiterentwickelt, um pädagogische Standards zu verbessern und die Betreuung bedarfsgerecht auszubauen.

Leistbare Kinderbildung und -betreuung. Wir verfolgen weiter das Ziel, eine sozialverträgliche und leistbare Kinderbildung und -betreuung für alle Familien sicherzustellen. Die soziale Staffelung wird weiterentwickelt.

Tarife Ferienbetreuung. Das KBBG sieht ein ganzjähriges Angebot an frühkindlicher Bildung und Betreuung vor. Es soll in Kooperation mit den Gemeinden ein einheitlicher Tarif angestrebt werden, der sich ebenfalls an den finanziellen Möglichkeiten der Familien orientiert.

Ausbau des Angebotes. Im Einklang mit den Zielen und Vorgaben des KBBG und der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern soll der Ausbau der Bildungs- und Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren sowie der Ausbau der Plätze mit VIF-konformen (Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf) Öffnungszeiten weiter forciert werden.

Digitales Tool für Bedarfserhebung und Anmeldung. Die Gemeinden sollen bei der Entwicklung eines digitalen Tools zur Durchführung der jährlichen Bedarfserhebung sowie Verwaltung der Anmeldungen und Betreuungszeiten der Kinder inhaltlich unterstützt werden.

Qualität und Ausbildung. Wir legen besonderen Wert auf eine hohe Ausbildungsqualität für Pädagoginnen und Pädagogen sowie auf gute Arbeitsbedingungen.

Ausbildungsoffensive. Der Ausbau der Plätze im elementarpädagogischen Bereich bringt einen hohen Bedarf an qualifiziertem Personal mit sich. In Zukunft sollen weitere Ausbildungswege für Elementarpädagoginnen und -pädagogen und Assistenzpersonal angedacht werden. Hierfür wird ein flächendeckendes, kostenloses Angebot benötigt.

Frühe Sprachförderung ausbauen und optimieren. Das Land Vorarlberg setzt sich weiterhin intensiv für die Sprachförderung von Kindern ein, fordert dabei die aktive Mitwirkung der Eltern von Beginn an ein und unterstützt diese bestmöglich. Weiters liegt der Fokus besonders auf der Förderung im Kindergarten, wo durch gezielte Maßnahmen sichergestellt wird, dass jedes Kind die notwendigen sprachlichen Grundlagen erhält. Wir setzen uns beim Bund für ein zweites, kostenloses, verpflichtendes Kindergartenjahr für alle Kinder ein.

Übergang vom Kindergarten zur Volksschule verbessern. Um den Wechsel vom Kindergarten in die Volksschule reibungsloser zu gestalten, wird der Einsatz der BESK-Daten (Beobachtungsbogen zur Erfassung der Sprachkompetenz) weiter ausgebaut. Dies ermöglicht eine gezielte Förderung der Kinder beim Schuleintritt. Die vom Land Vorarlberg finanzierte Stelle an der PH Vorarlberg widmet sich weiterhin verstärkt diesem Thema.

6.2 Beste Schulen für unsere Kinder

Gemeinsame Verantwortung. Wir bekennen uns zur Verantwortung, die Inklusion im Bildungssystem ressortübergreifend zu organisieren und zu finanzieren. Bildungseinrichtungen, Gemeinden und soziale Einrichtungen sollen eng zusammenarbeiten, um inklusive Bildungsangebote nachhaltig zu sichern.

Effizienter Ressourceneinsatz. Wir entwickeln ein System, das auf der aktuellen Ressourcenzuteilung der Bildungsdirektion aufbaut und effizient auf den Lehrermangel reagiert. So sollen Schulen auch in Zeiten knapper Ressourcen optimal unterstützt werden.

Sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung. Aus der Erfahrung aus dem Projekt „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ wird die sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung weiterentwickelt.

Attraktivierung des Arbeitsplatzes Schule. Um den Bedarf an qualifizierten Lehrpersonen zu decken, ist zum einen ein wertschätzender Umgang mit dem Lehr- und Verwaltungspersonal grundlegend. Außerdem werden die erfolgreichen Rekrutierungsmaßnahmen der Landesprojektstelle Arbeitsplatz Schule (PR-Kampagne, Students Teach Students, Welcome

Center, Bildungsmessen, Fokus Quereinstieg, Jobticket etc.) fortgeführt und weiterentwickelt. Außerdem fordern wir den Ausbau des Studienangebots an der PHV.

Unterstützungspersonal an Schulen. Lehrpersonen sollen sich in erster Linie ihren pädagogischen Aufgaben im Unterricht widmen können. Daher ist ein zielgerichteter und wirkungsvoller Einsatz von Assistenzpersonal in Schulen sowohl im Unterricht und in den Freizeit- und Lernzeitangeboten als auch in administrativer Hinsicht von entscheidender Bedeutung. Es sollen bestehende Strukturen evaluiert und die Unterstützung durch Stütz- und Begleitpersonal weiter forciert werden.

Schulleitung neu denken. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der vielfältigen Management-Aufgaben fordern wir den Bund dazu auf, die Funktion der Schulleitung neu zu denken. Ebenso fordern wir vom Bund neue dienstrechtliche Modelle (z. B. Teilung einer Leitungsstelle).

Administrative Entlastung in Pflichtschulen. Das Vorarlberger Modell der administrativen Entlastung wird evaluiert und angepasst. Ziel ist darüber hinaus, eine bundeseinheitliche Regelung zur Ressourcenzuteilung.

Weiterentwicklung der Schule der 10- bis 14-Jährigen. Wir unterstützen Schulen, die sich im Rahmen der Schulentwicklung gemeinsam auf den Weg machen schulartenübergreifend zusammen zu arbeiten, um die Schulen der 10- bis 14-Jährigen weiterzuentwickeln.

Erhalt von Kleinschulen. Kleinst- und Kleinschulen bleiben ein wesentlicher Bestandteil des Vorarlberger Bildungssystems. Veränderungen in der Schulstruktur werden stets im engen Dialog mit den betroffenen Gemeinden und Schulerhaltern getroffen; der Erhalt wird angestrebt, sofern pädagogisch sinnvoll und ressourcentechnisch möglich.

Schulsportticket. Schulklassen können öffentliche Verkehrsmittel kostenlos für eintägige Schulveranstaltungen wie Exkursionen und Ausflüge nutzen. Das Schulsportticket soll gemeinsam mit der Initiative „Freie Fahrt zur Kultur“ weiterentwickelt werden.

Ausbau von Monitoring und Controlling im Bildungsbereich. Das geplante Bildungsmonitoring für Vorarlberg lenkt den Blick auf die Entwicklung und Verbesserung des gesamten Systems, um mit gezielten und evidenzbasierten Maßnahmen die Leistungsfähigkeit unserer Schulen zu stärken.

Lernunterstützung optimieren – Nachhilfeförderung evaluieren. Die derzeitige Nachhilfeförderung des Landes soll evaluiert werden und insbesondere Familien mit geringem und mittlerem Einkommen zu Gute kommen. Die bewährten Caritas-Lerncafés sollen weitergeführt werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass das aktuelle Schulstartgeld-Modell fortgesetzt wird.

Begabungs- und Begabtenförderung. Die Förderung von besonders begabten Schülerinnen und Schülern an Pflichtschulen wird fortgesetzt und ausgebaut. Dazu gehört die Bereitstellung von Ressourcen, die Qualifizierung durch Fortbildungen und die Förderung des gegenseitigen Austauschs unter den Schulen.

Stärkung der MINT-Kompetenzen. Die MINT-Förderstrategie des Landes wird konsequent fortgesetzt. Wir unterstützen die Geräteinitiative des Bundes an Sekundarstufe I sowie die Einführung von KI-Pilotschulen. Zudem wird die Förderung von MINT in allen Regionen des Landes im außerschulischen Bereich fortgeführt.

Förderung der Talente im musischen Bereich. Um Kindern niederschweligen Zugang zu Musikunterricht zu ermöglichen, wird die Kooperationsförderung von Musikschulen und Volksschulen in der Grundstufe 1 weitergeführt. Vorarlberg ist österreichweit und auch über die Grenzen hinaus Vorreiter mit der Durchführung dieser Kooperationen.

Weiterführung erfolgreicher Musikprojekte. Die Jugendmusikwettbewerbe prima la musica und podium.jazz.pop.rock unterstützen junge Musikerinnen und Musiker in ihrer künstlerischen Entfaltung und sollen fortgesetzt werden.

Neue Impulse für Sprach- und Leseförderung. Wir stehen zu den Deutschförderklassen, aber fordern vom Bund mehr Autonomie für die Schulen bei der Gestaltung der Deutschförderung (Deutschförderklassen). In unserem Pilotprojekt „Lernraum Schule und Kultur“ wird Kindern mit Alphabetisierungsdefiziten ein Einstieg in die Regelschule ermöglicht. Die Erfahrungen dieses Projekts sollen in weitere Überlegungen münden. Die Vorarlberger Leseinitiative wird weiter ausgebaut. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Forschungsprojekts, das die „Lesende Schule“ begleitet, sollen ebenfalls in die künftige Sprach- und Leseförderung einfließen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass im Rahmen der Schulautonomie Deutsch als verbindliche Schulsprache in der jeweiligen Hausordnung verankert wird.

Bildungs- und Berufsorientierung. Aufbauend auf dem Talente-Check in der Sekundarstufe I wird eine flächendeckende Berufs- und Bildungsorientierung auch in der Sekundarstufe II angestrebt. Bestehende Angebote werden ausgebaut und neue Maßnahmen entwickelt.

Prävention gegen Gewalt und Mobbing an Schulen. Es werden an allen Schulen Kinderschutzkonzepte erarbeitet. Diese Initiative erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Exekutive und wird durch Fortbildungen für Lehrkräfte sowie den Ausbau der Schulsozialarbeit begleitet. Wir stehen zur eigens eingerichteten Mobbing-Koordinationsstelle in der Bildungsdirektion für Vorarlberg. Zudem soll die derzeitige Suspendierungsbegleitung für suspendierte Kinder und Jugendliche aufrechterhalten werden.

Schulautonomie unterstützen. Die rechtlichen Möglichkeiten der Schulautonomie sind gegeben, jedoch könnten diese stärker genutzt werden. Schulen werden deshalb bei der Entwicklung eigener Konzepte unterstützt, um die Autonomie voll auszuschöpfen.

Ausbau der ganztägigen Schulformen. Wir fordern vom Bund die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Lehrpersonen, um den Ausbau der ganztägigen Schulformen langfristig zu sichern. Zudem ist eine nachhaltige Finanzierung dieser Angebote notwendig.

Qualifizierung für Quereinstieg in der Freizeitbetreuung. Um das Angebot an ganztägigen Schulformen sicherzustellen, sind mittelfristig Qualifizierungsprogramme für Assistenzkräfte und Quereinsteigerinnen und -einsteiger in der Freizeitbetreuung notwendig.

6.3 Dynamischer Wissenschafts-, Forschungs- und Weiterbildungsstandort

Hochschulstandort, Forschungsstrategie, Karriereperspektiven. Das Land Vorarlberg bekennt sich dazu, den Hochschulstandort Vorarlberg zu stärken und hochqualifizierte Fachkräfte vor Ort auszubilden. Die Fachhochschule Vorarlberg (FHV) spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie wird als Hochschule für angewandte Wissenschaften weiter ausgebaut. Durch die gezielte Weiterentwicklung der FHV sollen international wettbewerbsfähige Studienprogramme entstehen, die auf den Fachkräftebedarf in Vorarlberg zugeschnitten sind. Vom Bund fordern wir das Promotionsrecht für forschungsstarke Fachhochschulen.

Erweiterung des tertiären Ausbildungsangebots an der FHV. Die Landesregierung setzt sich zudem für eine Erweiterung des tertiären Ausbildungsangebots an der FHV ein, einschließlich Doktoratsprogrammen. Dies soll dazu beitragen, talentierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Vorarlberg im Land zu halten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der engen Zusammenarbeit mit Universitäten in der Grenzregion, wie der Universität Innsbruck und der Hochschule St.Gallen, um gemeinsam mit Unternehmen industriennahe Doktorate zu etablieren.

Internationalisierung und Vernetzung. Die Einbindung der FHV in die Europäische Universität RUN-EU (Regional University Network – European University) stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschule. Vorarlberg unterstützt die FHV dabei, ihre Rolle als Europäische Universität auszubauen und ihre internationalen Partnerschaften zu institutionalisieren.

Forschung und Wissenschaft. Vorarlberg setzt verstärkt auf wissenschaftliche Entwicklung und Forschung, um zukunftsfähige Karrieren im Land zu ermöglichen. Die Forschungsstrukturen im Land, insbesondere an der FHV, sollen weiter ausgebaut und stärker mit Wirtschaft und Gesellschaft vernetzt werden. Dabei soll die FHV als wichtigster Forschungspartner für Vorarlberger Unternehmen und Institutionen fungieren.

Förderung der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften. Neben den wirtschaftsnahen Forschungsbereichen wird die Vielfalt der wissenschaftlichen Aktivitäten in Vorarlberg gefördert, insbesondere im Bereich der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften.

Ausbau Campus V – Wohnsituation für Studierende verbessern. Der Standort Campus V in Dornbirn wird als zentraler Wissenschaftsstandort weiterentwickelt. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der räumlichen Zusammenführung und der Schaffung eines attraktiven Umfelds für Wissenschaft und Forschung. Die Errichtung eines Studierendenheims am Campus V soll die Wohnraumsituation für Studierende deutlich verbessern und somit die Attraktivität des Standorts steigern.

Weiterbildung und Qualifizierung. Die Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote sind entscheidend für die regionale Attraktivität als Wirtschafts- und Lebensraum. Der Bildungszuschnitt dient hier als wichtige Säule und schafft Perspektiven für die berufliche Aus- und Weiterbildung. Neben Schloss Hofen werden auch private Anbieter wie das WIFI, BFI und die Volkshochschulen weiterhin aktiv unterstützt, um die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu erfüllen, lebenslanges Lernen zu fördern sowie Bildungsdefizite in der Gesellschaft zu verringern.

Musikhochschule Stella. Die Musikhochschule Stella soll reakkreditiert und ihre Ausbildung im Bereich der Musikpädagogik weiter ausgebaut werden. Insgesamt wird dadurch der Standort Feldkirch als Hochschulstandort aufgewertet. Die Musikhochschule garantiert unter anderem, dass unsere Musikschulen auch in Zukunft genügend Musikschullehrpersonen zur Verfügung haben.

Stärkung des Musikschulwesens. Gemeinsam soll mit den Gemeinden an einer qualitativen Weiterentwicklung des Musikschulwesens gearbeitet werden. Im Sinne der Entbürokratisierung soll das Fördersystem vereinfacht werden.

Pädagogische Hochschule. Die Pädagogische Hochschule Vorarlberg spielt eine Schlüsselrolle bei der Ausbildung von Lehrpersonen. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, das Studienangebot zu erweitern, um die Attraktivität des Lehramtsstudiums zu steigern.

Bewusstseinsbildung für Wissenschaft und Forschung. Wissenschaft und Forschung sind für die Zukunft Vorarlbergs von zentraler Bedeutung. Durch Initiativen wie die „Lange Nacht der Forschung“ und die Verleihung des Wissenschaftspreises des Landes soll ein positives Klima für Wissenschaft und Forschung gefördert werden. Zudem werden wir den Aufbau von Vertrauen in die Wissenschaft mit der Förderung von Demokratiebildung und Extremismusprävention verknüpfen.

Demokratiebildung, Extremismusprävention und Vertrauen in die Wissenschaft. Die Arbeit der ressortübergreifenden Koordinationsgruppe „Extremismusprävention und Demokratiekultur“ wird weiter fortgesetzt. Durch Bildungsinitiativen und gezielte Kampagnen wollen wir das kritische Denken und die politische Teilhabe in Vorarlberg stärken und so eine widerstandsfähige, demokratische Gesellschaft fördern.

Ausbau des Vorarlberger Landesarchivs. Das Vorarlberger Landesarchiv dient als gesetzlich verankertes Archiv der Landesverwaltung und ist verpflichtet, Informationen für die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns zu sichern. Das Archiv verwahrt Informationen aus elf Jahrhunderten sowie Unterlagen von Gemeinden, Kirchen und staatlichen Einrichtungen. Die Erweiterung der Depotkapazitäten soll geprüft werden.

7. Selbstbewusstes Land im Herzen Europas

Vorarlberg ist ein selbstbewusstes Land im Herzen Europas. In einer zunehmend komplexen Welt ist es für Vorarlberg unerlässlich, die Balance zwischen finanzieller Stabilität und Zukunftsinvestitionen zu wahren. Unsere solide Finanzpolitik sichert Handlungsspielräume für kommende Generationen. Angesichts wachsender Herausforderungen sowie einer sich verändernden globalen Wirtschaftslage setzt Vorarlberg auf einen nachhaltigen Umgang mit all seinen Ressourcen.

Wir betonen die Bedeutung überregionaler Zusammenarbeit und engagieren uns aktiv in Zusammenschlüssen in der Bodenseeregion, mit anderen österreichischen Bundesländern und in der Europäischen Union, um Vorarlbergs Interessen bestmöglich zu vertreten. Eigenständig und selbstbewusst sieht sich Vorarlberg immer auch als Teil eines größeren Ganzen. Als Teil eines vereinten Europas, das für Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Wohlstand steht.

Unsere Gemeinden sind in vielen Bereichen des täglichen Lebens die erste Anlaufstelle für die Bevölkerung. Die Aufgaben wachsen, die Ausgaben steigen. Wir bekennen uns zu einer fairen Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden.

Unsere gemeinsamen Ziele sind:

- **Landeshaushalt konsolidieren und notwendige Strukturreformen umsetzen**
- **Regionale Handlungsspielräume erhalten**
- **Mehr Kompetenz für die Länder im Sinne von Föderalismus und Subsidiarität**
- **Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden pflegen**

7.1 Finanzielle Spielräume erhalten

Verantwortungsvolle Finanzpolitik. Mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik hat das Land Vorarlberg über Jahrzehnte ein solides finanzielles Fundament und Spielräume für die künftige Entwicklung geschaffen. Eine hohe Investitionsquote und eine im Österreich-Vergleich geringe Verschuldung sind die Eckpunkte der bisherigen und künftigen Finanzpolitik. Die mehrfachen Krisen der vergangenen Jahre (Pandemie, Angriffskrieg auf die Ukraine, außerordentlich hohe Inflation) haben besondere Maßnahmen erfordert, die sich ausgabenseitig zum Teil nachhaltig auf den Landeshaushalt ausgewirkt haben. Um die hohe Investitionsquote weiterhin aufrechterhalten zu können und Spielräume für die künftige Entwicklung zu erhalten, sind auch angesichts der aktuellen Konjunkturprognosen Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich. Aus diesen Gründen kommen die Regierungsparteien überein, den Landeshaushalt im Sinne der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nachhaltig zu konsolidieren und notwendige Strukturreformen umzusetzen.

Finanzausgleich. Die Landesregierung fordert ein Bekenntnis des Bundes zum gerade erst verhandelten Finanzausgleich ab dem Jahr 2024 und den notwendigen Entlastungen von Ländern und Gemeinden. Einseitige Eingriffe des Bundes in den laufenden Finanzausgleich lehnen wir entschieden ab. Wir streben weiterhin in enger Abstimmung und

Zusammenarbeit mit den Bundesländern und Gemeinden eine an die wachsenden Herausforderungen (Gesundheit, Kinderbetreuung, Pflege, Bildung etc.) angepasste Schlüsseländerung an. Der neu geschaffene Zukunftsfonds ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.

Investitionsquote. Ziel der Landesregierung ist es, die Investitionsquote im Landeshaushalt weiterhin hochzuhalten.

Spekulationsgeschäfte. Für das Land war es schon vor den diversen Finanzskandalen über Spekulationsgeschäfte eine Selbstverständlichkeit, mit öffentlichen Geldern keine spekulativen Finanzgeschäfte zu tätigen. Dazu bekennen wir uns auch in Zukunft.

Vorarlberg transparent. Die Landesregierung bekennt sich zu einer vollständigen Befüllung und Umsetzung der Transparenzdatenbank des Bundes. Im eigenen Wirkungsbereich veröffentlicht die Landesregierung unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Vorgaben auf „Vorarlberg transparent“ weiterhin vergebene Förderungen, Aufträge und Studien.

Überarbeitung der Förderrichtlinien. Förderrichtlinien des Landes sind im Sinne des effizienten Umganges mit Steuergeld in regelmäßigen Zeitabständen auf ihre Wirksamkeit zu evaluieren und bei Bedarf zu überarbeiten.

7.2. Die Chancen Europas nutzen – Europa der Regionen

Vorarlberg liegt im Herzen Europas – und trägt Europa im Herzen. Eigenständig und selbstbewusst sieht sich Vorarlberg immer auch als Teil eines größeren Ganzen. Teil eines vereinten Europas, das für Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Wohlstand steht. Vorarlberg repräsentiert die österreichischen Regionen in Brüssel. Als derzeitiges Vorsitzland im Ausschuss der Regionen leitet Vorarlberg die österreichische Delegation und vertritt mit klarer Stimme regionale Interessen in Brüssel. Dies betrifft vor allem die Bereiche Energie und Wasserkraft, Kohäsionspolitik, Bürokratieabbau sowie den Erhalt regionaler Handlungsspielräume (z. B. bei Renaturierung, Großraubwild-Management etc.). In grenzüberschreitenden Gremien wie der Internationalen Bodenseekonferenz, der Rheintalischen Grenzgemeinschaft oder der Arge Alp bekennen wir uns zur überregionalen Zusammenarbeit und stärken die föderalen Strukturen. Entscheidungen werden mit, für und bei den Menschen im Land getroffen. Gleichzeitig nehmen wir unsere Verantwortung wahr und bekennen uns zu einem starken, vereinten Europa.

Ja zu Europa – aber auch Ja zu mehr Kompetenzen für die Länder. Wir bekennen uns klar und eindeutig zur Europäischen Union, zum Friedensprojekt Europa, den europäischen Grundfreiheiten und zu offenen Grenzen innerhalb der EU im Rahmen der geschlossenen Verträge. Bei Überlegungen zu neuen Regelungen fordern wir die strenge Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. In den großen Fragen der Sicherheit, insbesondere beim Schutz der Außengrenzen und der Bekämpfung der illegalen Zuwanderung sind wir für ein stärkeres Europa. Wir sind aber gegen eine weitere Aushöhlung der Landes- und Länderkompetenzen

über die Hintertür oder von oben herab. Deshalb müssen unsere nationalstaatlichen Ebenen die Länderinteressen, wenn es ihre Kompetenzen berührt, frühzeitig und verpflichtend in den Brüsseler Gesetzgebungsprozess – nämlich bereits im Rahmen der Ratsarbeitsgruppen – einbringen und vertreten.

Wir verteidigen mit aller Vehemenz unseren Rechtsstaat und demokratische Grundpfeiler.

Es ist auch in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr, in einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft zu leben. Alle antidemokratischen Tendenzen, die den Rechtsstaat in Frage stellen, die Meinungs- und Pressefreiheit aushebeln wollen oder extreme Positionen vertreten, gefährden den sozialen Frieden. Wir stehen für Freiheit, zu unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung, einem friedlichen Zusammenleben und der unantastbaren Würde des Menschen.

Entwicklungszusammenarbeit: Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber ärmeren Regionen.

Als sicheres und wohlhabendes Land in Europa stehen wir in der Verantwortung und engagieren uns weiterhin für die Hilfe vor Ort in den ärmsten Ländern der Welt. Denn: Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Das lindert die große Not vieler Menschen und ermöglicht eine faire Entwicklung. Hierbei bekennen wir uns auch zur Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit Vorarlbergs im Bereich Innovation, Berufsbildung und nachhaltige Energien als „Hilfe zur Selbsthilfe“ besonders in Kooperation mit Vorarlberger Bildungseinrichtungen und Betrieben, die international tätig sind. Die konkrete Strategie der Entwicklungszusammenarbeit wird überarbeitet. Dabei sollen Vorarlberger Initiativen stärker in den Fokus gerückt werden.

SDG. Die Landesregierung bekennt sich zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs).

7.3 Das Land ist ein verlässlicher Partner von Städten und Gemeinden

Städte, Gemeinden und Gemeindekooperationen. Starke und eigenständige Gemeinden tragen wesentlich zur hohen Lebensqualität und zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Vorarlberg bei. Wir fördern die Zusammenarbeit der Gemeinden. Sie ist der richtige Weg für eine positive Entwicklung auch im ländlichen Raum. Die Landesregierung misst der Kooperation von Gemeinden, insbesondere bei der Finanzierung, Errichtung und Nutzung von Infrastruktureinrichtungen, weiterhin große Bedeutung bei. Sie unterstützt die Gemeinden gezielt bei der Entwicklung von Kooperationsmodellen. Sinnvoll ist die gemeinsame Verwaltung von Leistungen, die eine hohe fachliche Kompetenz erfordern oder Kosteneinsparungen ermöglichen.

Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden. Das Land Vorarlberg ist ein verlässlicher Partner der Gemeinden und unterstützt diese in bewährter Weise bei der Erfüllung ihrer lokalen und regionalen Gemeinschaftsaufgaben. Auf Grundlage des neuen Positionspapiers des Vorarlberger Gemeindeverbands vom 18. Oktober 2024 zu den Themenbereichen Kommunale Selbstverwaltung, Finanzen, Zusammenarbeit Land/Gemeinden, Verwaltungsvereinfachung, Gesundheit/Soziales, Bildung, Infrastruktur/Mobilität und

Energie/Umwelt soll ein Reformdialog zwischen Land und Gemeinden eingeleitet werden, mit dem Ziel, die gemeinsamen Herausforderungen partnerschaftlich zu bewältigen.

Chancengleichheit in allen Landesteilen. Wir setzen uns für eine wirksame Förderung kleiner und finanzschwacher Gemeinden ein. Das Land unterstützt sie dabei nach Kräften, insbesondere mit dem 1997 eingerichteten Strukturfonds. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen.

Gemeindefinanzen. Die Aufgaben der Gemeinden nehmen ständig zu: ganztägige Kinder- und Schülerbetreuung, Bildung, Soziales und Gesundheit. Damit steigen auch die finanziellen Herausforderungen. Das Land steht den Gemeinden dabei partnerschaftlich zur Seite. Das hohe Niveau der finanziellen Unterstützung der Gemeinden wird auch weiterhin sichergestellt.

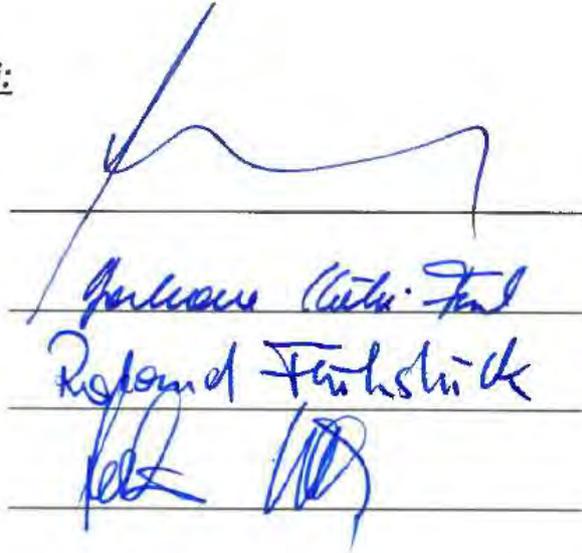
Das Verhandlungsteam der Volkspartei:

Markus WALLNER

Barbara SCHÖBI-FINK

Roland FRÜHSTÜCK

Dietmar WETZ



Handwritten signatures in blue ink on a lined background. The signatures correspond to the names listed on the left: Markus Wallner, Barbara Schöbi-Fink, Roland Frühstück, and Dietmar Wetz.

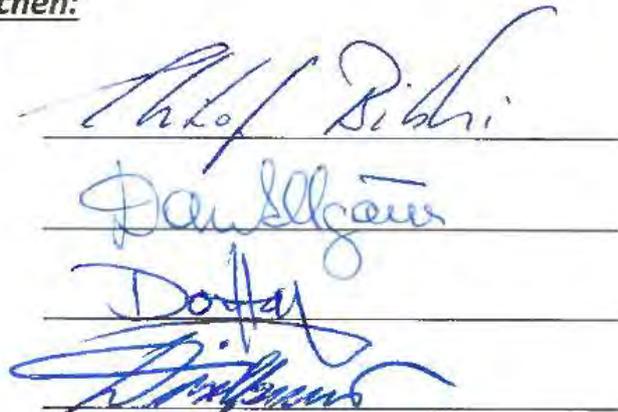
Das Verhandlungsteam der Freiheitlichen:

Christof BITSCHI

Daniel ALLGÄUER

Dominik HAGEN

Joachim WEIXLBAUMER



Handwritten signatures in blue ink on a lined background. The signatures correspond to the names listed on the left: Christof Bitschi, Daniel Allgäuer, Dominik Hagen, and Joachim Weixlbaumer.

Grundsätze der gemeinsamen Arbeit

Die Regierungsmitglieder und Abgeordneten von Vorarlberger Volkspartei und Vorarlberger Freiheitlichen bekennen sich zu einer partnerschaftlichen, fairen und vertrauensvollen Zusammenarbeit und streben gemeinsam die Umsetzung des vorliegenden Arbeitsprogramms an. Dazu gehören insbesondere:

- *die wechselseitige Zustimmung zu Personalvorschlägen betreffend die Mitglieder der Landesregierung, die Mitglieder des Landtagspräsidiums und die Obleute von Landtagsausschüssen, für die Volkspartei und Freiheitliche ein Vorschlagsrecht haben; dies gilt auch bei personellen Veränderungen im Laufe der Gesetzgebungsperiode,*
- *die Zustimmung im Landtag zu Regierungsvorlagen, insbesondere zum Landesvoranschlag und zum Rechnungsabschluss, welche im gegenseitigen Einvernehmen erarbeitet werden und*
- *die Erstellung eines verbindlichen Konsolidierungspfades für das Landesbudget inklusive notwendiger Strukturmaßnahmen und Reformen auf Basis einer mittelfristigen Finanzplanung.*

*Kann auf Regierungs- oder Klubebene in essenziellen Fragen der Zusammenarbeit dennoch kein Einvernehmen hergestellt werden, muss der **Koalitionsausschuss** befasst werden. Dieser besteht aus den Landesparteiobleuten und den Klubobleuten von Volkspartei und Freiheitlichen; bei Bedarf werden zum Koalitionsausschuss weitere Personen beigezogen.*

Zur Arbeit der Landesregierung

Umsetzung des Regierungsprogramms. *Zur Umsetzung des Arbeitsprogramms finden regelmäßig Besprechungen zwischen den Regierungsmitgliedern statt; weiters werden Regierungsklausuren abgehalten, an denen auch die Klubobleute teilnehmen.*

Maßnahmen der einzelnen Mitglieder der Landesregierung. *Die einzelnen Mitglieder der Landesregierung erledigen die ihnen übertragenen Aufgaben entsprechend der Geschäftsverteilung im Sinne des vorliegenden Arbeitsprogramms. Bei strittigen Fragen suchen die betroffenen Regierungsmitglieder das Einvernehmen untereinander bzw. das Einvernehmen mit dem Landeshauptmann.*

Angelegenheiten, die einer Beschlussfassung durch die Landesregierung bedürfen. *Über Regierungsanträge wird zwischen den Koalitionspartnern das Einvernehmen hergestellt.*

Zur Arbeit im Landtag

Sämtliche in Behandlung stehende Verhandlungsgegenstände des Landtages werden zur Festlegung der gemeinsamen Vorgangsweise in den Ausschüssen und im Plenum auf Klubebene vorberaten. Diese Vorberatung erfolgt in der Regel vor den Ausschusssitzungen bzw. nach Bedarf durch die beiden Klubobleute und die beiden Klubdirektoren; bei Bedarf werden weitere Personen beigezogen.

Anträge. *Das Einbringen von Anträgen im Landtag durch einen bzw. durch die Koalitionspartner erfolgt im Einvernehmen. Ein solcher Antrag darf dem Arbeitsprogramm und den finanziellen Vorgaben des jeweiligen Landesvoranschlags nicht widersprechen; einvernehmlich kann davon abgewichen werden. Über die Behandlung von Anträgen von Oppositionsparteien wird auf Klubebene Einvernehmen hergestellt. Die Zustimmung zu einem solchen Antrag, auch nur in Teilen, darf dem Arbeitsprogramm und den finanziellen Vorgaben des jeweiligen Landesvoranschlags nicht widersprechen.*

Anfragen. *Anfragen an Regierungsmitglieder des jeweiligen Koalitionspartners sind nach den Grundsätzen des gegenseitigen Vertrauens und der Fairness zu formulieren.*

Die Abgeordneten und Regierungsmitglieder der Volkspartei:

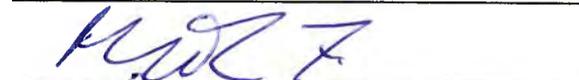
Julia BERCHTOLD



Cenk DOGAN



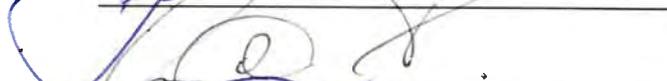
Clemens ENDER



Bernhard FEUERSTEIN



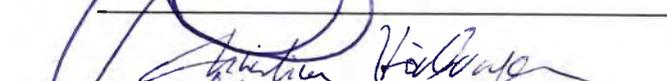
Karin FEURSTEIN-PICHLER



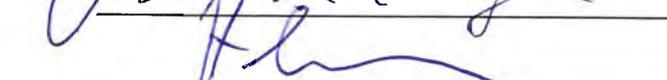
Guido FLATZ



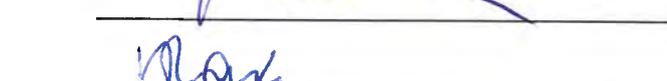
Christian GANTNER



Christina HÖRBURGER



Hanno LECHER



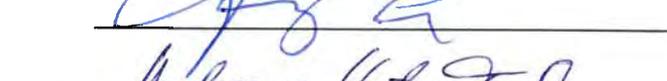
Veronika MARTE



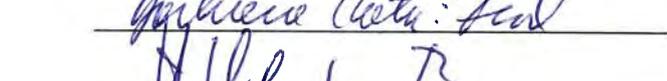
Martina RÜSCHER



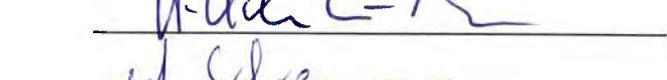
Gerda SCHNETZER-SUTTERLÜTY



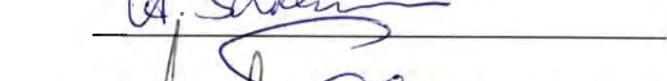
Barbara SCHÖBI-FINK



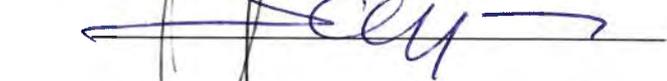
Heidi SCHUSTER-BURDA



Andrea SCHWARZMANN



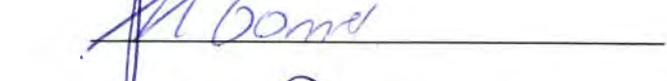
Harald SONDEREGGER



Marco TITTLER



Monika VONIER



Markus WALLNER



Patrick WIEDL



Die Abgeordneten und Regierungsmitglieder der Freiheitlichen:

Daniel ALLGÄUER

Daniel Allgauer

Christof BITSCHI

Christof Bitschi

Robert BLUM

Robert Blum

Nicole FEURSTEIN-HOSP

Nicole Feurstein-Hosp

Joachim FRITZ

Joachim Fritz

Andrea KERBLEDER

Andrea Kerbleder

Hubert KINZ

Hubert Kinz

Markus KLIEN

Markus Klien

Michael KOSCHAT

Michael Koschat

Kornelia SPISS

Kornelia Spiss

Manfred VOGT

Manfred Vogt

Christoph WAIBEL

Christoph Waibel

Joachim WEIXLBAUMER

Joachim Weixlbauer

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landespressestelle
Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz
T +43 5574 511 20135
presse@vorarlberg.at
www.vorarlberg.at/presse